

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Eine gefährliche Entwicklung

Der 70. Jahrestag der DDR ist für die Propagandaeinrichtungen des Imperialismus Anlaß, wieder einmal Absurdes über Ostdeutschland und seine Bewohner in die Welt zu setzen. Wer ständig eine Gesellschaft schönzuschreiben hat, die auf Konkurrenz, Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg beruht, für deren Aufrechterhaltung Faschisten, Rassisten und Militaristen benötigt werden, den stachelt ein Staat, in dem das alles nicht geduldet wurde, zu

er nicht. Wichtig war ihm die z. B. vom Anführer des faschistischen AfD-Flügels Björn Höcke geäußerte Auffassung, wonach DDR und BRD sich in vielem gleichen. Knabe findet das auch. Seine Aufstellung von Gemeinsamkeiten, die angeblich beide Staaten aufweisen, enthält u. a.: „Abgehobenheit der politischen Klasse“. Sein Maßstab: Angela Merkel ist fast so lange im Amt wie Erich Honecker. Unwesentliches läßt Knabe weg: Die eine gibt der Aufrüstung

gegen Rußland gerade einen Schub, der andere pflegte Waffenbrüderschaft mit der Sowjetunion. Die eine führt einen Krieg nach dem andern und sorgt dafür, daß Hunderttausende flüchten müssen. Honecker verhinderte Krieg und Vertreibung.

Weiter: Heute entscheide „nur eine kleine Gruppe von Politikern über die Geschichte der Bundesrepublik“.

Überraschung, das war offenbar früher anders. Die Medien und der „Haltungsjournalismus“ verstärkten die „Entfremdung zwischen Volk und Regierung“. Und: „Überschriften wie ‚Flüchtlinge könnten Wirtschaftswunder bringen‘ erinnern manchen an die Schlagzeilen über Produktionserfolge

im SED-Zentralorgan ‚Neues Deutschland‘.“ Heute hätten die „sozialen Netzwerke“ die Rolle des Westfernsehens in der DDR übernommen. Da ist was dran. Die Lügen über den Sozialismus waren ähnlich faustdick wie die von AfD-Hetzern heute oder so sinnvoll wie Knabes Vergleicherei. „Angstbesetzt“, weil man sehr aufpassen müsse, was man sage, seien laut einer Umfrage in der BRD heute „neben der Flüchtlingsfrage auch die Themen Nationalsozialismus, Juden, Rechtsextremismus, Patriotismus, Homosexualität und die AfD“. Der Druck komme aber nicht nur wie in der DDR von oben, „sondern auch von der Seite durch Journalisten und von ihnen gehypte Minderheiten“. Zum Glück haben alle Ängstlichen heute die AfD und Hubertus Knabe, die sagen, was ist. Oder Hans-Georg Maaßen, den AfD-Liebling und ehemaligen Chef

des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Leute wie die beiden gab es in der DDR nicht.

Knabe, Maaßen und andere Kapazitäten des deutschen Bürgertums wittern 30 Jahre nach der Konterrevolution in der DDR Morgenluft. Was aus ihrer Sicht damals unvollendet blieb, soll endlich verwirklicht werden: Die Barrieren, die das Grundgesetz einer Entwicklung hin zu autoritären, extrem antikommunistischen und faschistischen Regierungsformen noch entgegenstellt, sollen weg. Dafür sind in der AfD Offiziere der Bundeswehr, Oberstaatsanwälte und leitende Richter, Polizisten und Exstaatssekretäre angetreten. Das Zuwanderungsthema ist für sie ein jederzeit austauschbares Mittel zum Zweck, ein „Geschenk“, wie Alexander Gauland 2015 sagte. Nur eins steht fest: Die Konterrevolution in der DDR ist das große Vorbild. Noch fehlt die nötige Massenbasis. Sie werden sie gewinnen, wenn nicht alle Vernünftigen, Demokraten und Linken dagegenhalten.

Arnold Schölzel



Teilnehmer einer Kundgebung des Bündnisses „Döbeln ist bunt“, protestieren gegen eine Wahlkampfveranstaltung der AfD in Döbeln – Aufstehen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus!

Höchstleistungen bei der Produktion von Unfug an.

Auch von gefährlichem. Ein Beispiel dafür lieferte Hubertus Knabe ab. Der unter merkwürdigen Umständen abgelöste frühere Leiter der „Gedenkstätte“ Berlin-Hohenschönhausen versuchte am 16. August in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (NZZ) die Frage zu beantworten, warum die DDR in Deutschland plötzlich wieder zum Thema wird. In Wirklichkeit ging es ihm aber nicht um den ostdeutschen Staat, sondern um die AfD.

Wer sie kritisiere, meinte Knabe, weil sie mit Losungen der „friedlichen Revolution“ Wahlkampf bestreite, der übersehe, daß „die AfD Stimmungen zum Ausdruck bringt, die offenbar tatsächlich existieren“. Ob Stimmungen zum Ausdruck gebracht werden können, die nicht existieren, erörterte

Aus dem Inhalt



Der Traum der deutschen Patrioten	2
Die Jugend begrüßte die Gründung der DDR	5
Kollektiverziehung in Theorie und Praxis	6
Lidice – Gedenken an ein ausgelöschtes Dorf	7
„Regelbasierte Weltordnung“?	8
Neue Stufe der Eskalation im Kaschmir-Konflikt	9
Europa – ein atomarer Schauplatz?	10
Nachdenken über Planwirtschaft und Marktwirtschaft	13
Ketzer, Geld und Verschwörungen	14
Oktober 1935 – Brüsseler Konferenz der KPD	15
Der rechte Rand reicht bis in die Mitte	17
Nichtangriffsvertrag von 1939 – Keine Allianz	18
Aus der Geschichte lernen!	19
Immer noch Fragen zum 17. Juni 1953?	20
Theodor Weißenborn: In aller Stille	21
Rudi Kurz: Fritz und Iwan	22
Erst Kriegsgebrüll, dann AfD	24
Kunst und Kernenergie – materialistisch betrachtet	25
Veranstaltungen	28
Leserbriefe	29

Beilage: Zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR

Der Traum der deutschen Patrioten

Obwohl vor 55 Jahren geschrieben, ist dieser Beitrag des österreichischen Publizisten Bruno Frei zum 15. Jahrestag der DDR lesenswert und angesichts heutiger besorgniserregender Entwicklungen durchaus von großer Aktualität.

„Das arme Deutschland! Das ärmste Land unter der Sonne, jeder äußeren Macht beraubt, Armee und Wirtschaft in Auflösung, der Westen besetzt von übermütigen Siegern, der Osten Tummelplatz kleiner Nachbarn. Das ärmste Land. Und doch das reichste Land. Das reichste an Hoffnungen und günstigen Möglichkeiten. Erbarmungslos ist mit allem Antiquierten aufgeräumt. Geheime Energien sind plötzlich ans Licht getreten und nutzbar gemacht. Freie Bahn für alles Tüchtige, ein Wort, das in den Schranken der alten Gesellschaft nicht mehr war als ein ganz nettes Ornament, ist nun mehr als ein Wort, ist zum tieferen Sinn der Zeit überhaupt geworden.“ Der das schreibt, ist 29 Jahre alt. Ein abgerissener Heimkehrer von der Front. Sein Name ist Carl von Ossietzky. Es ist Dezember 1918. „Das werdende Deutschland“ nennt der junge Ossietzky seine Schrift. Sie ist den „Schwachmütigen“ gewidmet, um sie aufzurichten. Eine heiße Vision blendet den Heimkehrer. Er bemitleidet die Sieger. „Sie werden wenig Freude erleben an ihrem Triumph. Ihre Wirtschaft ist kapitalistisch und imperialistisch, und doch strebt die Weltwirtschaft nach neuen Formen. Überall straffen sich Ideen zur Handlung. Wir haben noch nicht den Sozialismus, aber wir treten in ein Zeitalter des Nachkapitalismus ein.“ Und Deutschland soll allen vorangehen. Ein Deutschland ohne Krieg, ohne Armut, ohne Dummheit ...

So träumte Ossietzky, als der erste Weltkrieg zu Ende war. Noch wußte er nicht, daß es ein Traum war. Für ihn war es ein politisches Programm. Wenige Wochen später sah sich der Träumer der grausamen Wirklichkeit gegenüber. Die Konterrevolution hatte ihr Haupt erhoben. Dem deutschen Volk wurde die Revolution gestohlen.

16 Jahre später, im Krankenrevier des KZ Esterwegen, sah Ossietzky die deutsche Tragödie mit einem durch das Leiden geschärften Blick. Er konnte das Glas Wasser nicht an den Mund führen, so zitterten seine Hände. Aber die Stimme klang fest, als das Gespräch der Kameraden die Schuldfrage berührte. Der Untergang der Weimarer Republik, sagte Ossietzky, habe begonnen, als sie gegründet wurde: im Jahre 1918. Damals sei die Entscheidung gefallen. Statt den fluchbeladenen deutschen Militarismus ein für allemal auszurotten, was freilich die Einheit der revolutionären Kräfte zur Voraussetzung gehabt hätte, habe man die alten Mächte in den Stand gesetzt, von der Republik in dem Augenblick Besitz zu ergreifen, als sie geboren wurde.

*

Festtage sind Besinnungstage. Der Wanderer macht Rast, stärkt sich für den Gipfelanstieg, sein Blick streift die zurückgelegte Wegstrecke. Wie ist denn das alles gekommen? Und mußte es so kommen? War es die

Wegrichtung der Weltgeschichte? Der deutschen Geschichte? Eine Geschichte, die so und nicht anders verlaufen mußte?

Die Vision des jungen Ossietzky war historisch berechtigt. Es gab 1918 die reale Möglichkeit, ein neues, besseres Deutschland zu schaffen. Aber die Vision wurde nicht zur Wirklichkeit. Nicht 1918. Mehr als 30 Jahre mußten vorübergehen – und welche 30 Jahre! –, ehe der Traum vom friedlichen, „nichtkapitalistischen“, „nichtimperialistischen“ Deutschland in Erfüllung ging ...

Wieder war Deutschland, durch eigene Schuld, zum „ärmsten Land unter der Sonne“ geworden. Wieder waren Armee und Wirtschaft in Auflösung, der Westen besetzt von übermütigen Siegern. Im Osten freilich tummelten sich nicht kleine Nachbarn, sondern reckte sich die mächtige Sowjetunion, aus tausend Wunden blutend, aber allein durch die Idee, die sie verkörpert, unbesiegbar.

Wieder hatte das ärmste Land die Wahl, zum reichsten zu werden, zum reichsten an Hoffnungen und günstigen Möglichkeiten. Die siegreiche Sowjetunion streckte Deutschland die helfende Hand entgegen, bot dem deutschen Volk, das sich an seinen Nachbarn so furchtbar versündigt hatte, die Gelegenheit, sein Geschick als einheitliche Nation in Frieden und Recht neu zu gestalten. Die Sowjetunion hat in den Vereinbarungen von Jalta und Potsdam nicht die Teilung Deutschlands gefordert, wie manche unter den westlichen Siegern, sondern seine Erhaltung als einheitlichen, friedlichen, demokratischen Staat.

Daran zu erinnern ist heute, da die Deutsche Demokratische Republik ihren 15. Geburtstag feiert, nützlich. Für die Fünfzehnjährigen ist der geschichtliche Ablauf Unterrichtsstoff, nicht anders als der Dritte Punische Krieg. Vielen, die es erlebt haben, ist das Bild unter dem Schwamm der Zeit undeutlich geworden, ganz zu schweigen von dem unausbleiblichen Effekt einer Dauerberieselung mit Zwecklügen.

Blenden wir also zurück. Potsdam August 1945. Die drei Großen beschließen: Militarismus und Nazismus sollen in Deutschland ausgerottet werden. In gemeinschaftlichem Einverständnis würden die Alliierten die Maßnahmen treffen, „die erforderlich sind, um eine Gewähr dafür zu bieten, daß Deutschland weder seine Nachbarn noch den Weltfrieden jemals wieder bedrohen kann“. Das deutsche Volk soll Gelegenheit bekommen, sein Leben auf eine friedliche, demokratische Grundlage zu stellen, und schließlich einen Platz unter den freien, friedliebenden Nationen der Erde einnehmen.

Das arme Deutschland! Das ärmste Land unter der Sonne war 1945, nach der Höllefahrt des zweiten Weltkrieges, wieder das reichste Land: das reichste an Hoffnungen und günstigen Möglichkeiten.

*

Doch – wir haben es erlebt – es kam anders. Am 5. März 1946 gibt Churchill in Fulton (Missouri) den Startschuß zum kalten Krieg. Der Wechsel der Allianzen wird am 12. März 1947 durch Präsident Truman verkündet: die USA

müßten den Völkern helfen, sich für die amerikanische Lebensart zu entscheiden. Anstatt den zweiten Weltkrieg zu liquidieren, beginnen die Strategen in Washington den dritten vorzubereiten.

Zu diesem Ende mußte in Europa vor allem das deutsche Kriegspotential erneuert und dem amerikanischen Befehl unterstellt werden. Die Rollen wurden vertauscht. Der Verbündete von gestern wurde zum Feind von morgen und der Feind von gestern zum Verbündeten von heute. Erstes Ergebnis der neuen Politik: Die Außenministerkonferenz in Moskau (März/April 1947), einberufen, um eine Provisorische Regierung Deutschlands einzusetzen und einen Friedensvertrag vorzubereiten, geht ergebnislos auseinander.

Am 5. Juni 1947 hielt der US-Staatssekretär George Marshall in der Harvard-Universität eine Rede über den Wiederaufbau Europas. Der Dollar kam ins Rollen. Die Maschinerie zur Zerreißung Europas – Reißlinie quer durch Deutschland – wurde aufgestellt. 17. März 1948: Gründung der sogenannten Westunion. Am 20. Juni 1948 führten die Westmächte in ihren Besatzungszonen die separate Währungsreform durch: erster Schritt zur Spaltung Deutschlands. Ein Jahr später war der westdeutsche Teilstaat gebildet. Seine Eingliederung in das westliche Militärbündnis war am 5. Mai 1955, mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge, perfekt.

Das arme Deutschland! Das ärmste Land unter der Sonne war nun scheinbar reich. Die Sonne des Wirtschaftswunders war aufgegangen. Aber im Rückspiegel der Geschichte erscheint der Tag, an dem der Westen Deutschlands seinen eigenen Weg beschritt, als eines der schwärzesten Daten der deutschen Geschichte. Hoffnungen und günstige Möglichkeiten wurden vertan. Die geschichtliche Chance, Deutschland von dem Fluch seiner schuldbeladenen Herrenklassen zu befreien, wurde nicht wahrgenommen.

Bis zum Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 konnte man noch hoffen, daß ein Weg gefunden werden könnte, die endgültige Spaltung zu verhindern. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Sowjetunion (und die DDR) gesamtdeutsche Wahlen (unter Ausschluß ausländischer Einmischung) mit dem Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands vorgeschlagen. Aber mit der Eingliederung Westdeutschlands in das unter amerikanischer Führung stehende Militärbündnis der Westmächte war diese Perspektive zerstört. Eine neue Lage war entstanden. Als vergeblich hatten sich alle Warnungen erwiesen. Die Zerreißung Deutschlands wurde zur vollendeten Tatsache.

Der in Teheran, Jalta, Potsdam vereinbarte Plan, einen einheitlichen, unabhängigen, demokratischen deutschen Staat zu schaffen, der kommenden Generationen Sicherheit und Frieden im Herzen Europas garantieren sollte, war gescheitert. Es gab nun zwei deutsche Staaten, und einer davon war ein Staat, in dem die gleichen Generale und Generaldirektoren am Steuer saßen, die Hitler zur Macht gebracht hatten.

Seit der Kapitulation der Hitlerarmee waren erst neun Jahre vergangen. Und schon phantasierte ein deutscher Staatsmann, der Vertraute Adenauers, Staatssekretär Hallstein, vom Ural als eines integrierenden Bestandteils des kapitalistischen Europas.

Überblickt man im Zeitraffertempo diese Entwicklung in dem Teil Deutschlands, der nach der Kapitulation unter westliche Kontrolle gekommen war, dann muß die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik im Lichtkegel der Geschichte nicht nur als ein zwingendes, sondern auch als ein glückhaftes Ereignis im Lebensweg des deutschen Volkes begriffen werden ...

Am 7. Oktober 1949 konstituierte sich der deutsche Volksrat, hervorgegangen aus den gewählten Delegierten des 3. Deutschen Volkskongresses, zur Provisorischen Volkskammer der DDR und setzte die Verfassung in Kraft. Damit war der Grundstein gelegt zu einem künftigen einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Gesamtstaat, zur Verwirklichung der Vision jenes abgerissenen Heimkehrers vom Schützengraben des ersten Weltkrieges, der später zum Märtyrer seiner Vision werden sollte.

Das wäre unmöglich gewesen, hätten sich nicht vorher im östlichen Deutschland (21./22. April 1946) die beiden traditionellen Arbeiterparteien, deren Bruderkrieg den Untergang der Weimarer Republik begleitete, zum gemeinsamen Kampf vereinigt. Damit war der entscheidende Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes vollzogen.

Jetzt erst konnte die Arbeiterklasse, wenigstens in einem Teil Deutschlands, darangehen, ihre historische Mission zu erfüllen.

*

Wovon die Besten geträumt hatten, wofür die Tapfersten ihr Leben gaben, würde Wirklichkeit: das Zeitalter des Sozialismus hat auch in Deutschland begonnen ...

Trotz einer furchtbaren Erbschaft, trotz einer überaus schwierigen Ausgangsposition, trotz des Fehlens einer ausreichenden Grundstoffbasis, trotz 12 Jahren offener Grenze, trotz Diskriminierung und Boykott ist die DDR heute einer der führenden Industriestaaten der Welt, mit einer rasch wachsenden Qualitätsproduktion, gestützt auf wissenschaftliche Planung und technische Revolution ...

Hier ist nicht der Ort, irgendeine Art von Bilanz zu ziehen. Das wäre vermessen. Der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat hat Ursache, auf das Vollbrachte mit Genugtuung zu blicken. Unzulänglichkeiten, mögen sie auch im Alltag fühlbar sein, verlieren an Bedeutung in dem Maße, als der Blick zur historischen Gesamtschau sich ausweitet.

*

Die Frage, die sich die zeitbewußten Zeitgenossen innerhalb und außerhalb Deutschlands stellen, die Frage, die im Mittelpunkt alles Denkens der Menschen steht, lautet: Sind die spannungsgeladenen Jahre, die wir erleben, Ausklänge der Nachkriegszeit oder Anklänge einer Vorkriegszeit? Zur Beantwortung dieser Frage trägt nicht wenig die Entscheidung bei, die in Deutschland und um Deutschland fallen wird.

Die Kräfte – wer kennt sie nicht? –, die in Zypern, Vietnam, Kongo, Malaysia, im Mittleren Osten nicht minder wie in Lateinamerika den vorrückenden Zeiger der Weltgeschichte mit Gewalt und Tücke zurückzustemmen versuchen, haben nicht aufgehört, ihre Hoffnungen auf den deutschen Bruderkampf zu setzen. Die westdeutschen Generale, einmal ausgestattet mit Atomwaffen, sollen ihnen zur Weltherrschaft verhelfen. Deshalb lassen sie die glosenden Scheite des großen Feuers nicht verglimmen.

Die DDR ist der Feuerschutz im Herzen Europas. Durch den Vertrag mit der Sowjetunion vom 12. Juni 1964 über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit ist jede Hoffnung auf ein Überrennen oder Überlisten des sozialistischen Deutschlands nur noch ein Zeichen von politischem Irresein. Der sogenannte Westen, einschließlich den USA und der Bundesrepublik, wird mit der DDR friedlich koexistieren müssen, und sei ihm dies noch so unerwünscht – um seines eigenen Vorteils willen und weil es der Frieden der Welt gebieterisch erheischt. Am 15. Geburtstag der DDR wird vor den Augen der Mitwelt ein Kapitel abgeschlossen: der Traum der deutschen Patrioten von einem deutschen Friedensstaat ist Wirklichkeit geworden. Ein neues Kapitel wird aufgeschlagen: der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, die Erziehung des sozialistischen Menschen auf deutschem Boden.

Bruno Frei

(Aus: „Weltbühne“, Nr. 40, 1964)

Geburtstag

Generationen aufrechter Deutscher hatten von einem neuen, friedlichen, von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Deutschland geträumt, das allen Völkern Freund ist. Dafür hatten sie gekämpft und ihr Leben eingesetzt. In der DDR wurde ihr Vermächtnis Wirklichkeit, verkörpert sich, wonach die besten Töchter und Söhne unseres Volkes strebten.

Erich Honecker in „Einheit“ Nr. 9/10, 1984

Natürlich ist es Zufall, ein natürlicher Zufall, an welchem Tag des Jahres ein Mensch seinen Geburtstag feiern darf. Mir hat der Zufall einen besonders schönen Tag zum Geschenk gemacht: den siebenten Tag im Oktober. Wer da sagt: Da hast Du ja stets doppelten Grund zum Feiern, dem antworte ich: Ja, doppelten Grund zum Feiern, aber auch doppelten Grund zum Nachdenken und zum Vordenken.

Worüber denkt man am Geburtstag nach? Darüber, wie es einmal war, was einem alles so passiert ist, über alte Zeiten, die oft gar nicht gut waren. Je älter man wird, desto weiter gehen die Gedanken zurück, in jene Jahre, als es die Deutsche Demokratische Republik noch nicht gab. Ich denke an meinen Vater, der 14 Jahre alt war, als der erste Weltkrieg begann, und der in diesen Krieg ziehen mußte, weil angeblich „Gott, Kaiser und

Vaterland“ bedroht waren. Er wußte nicht, daß „Gott, Kaiser und Vaterland“ nur eine andere Bezeichnung für höheren Profit war. Der „Dank des Vaterlandes“ für ihn war Siechtum und jahrelange Arbeitslosigkeit.

Ich denke an die Jungen, die mit mir in eine Schulklasse gingen. Sie waren vierzehn, als der zweite Weltkrieg begann, und sie waren siebzehn, als sie „ins Feld“ zogen. Diesmal hatte sich der höhere Profit den Titel „Führer, Volk und Vaterland“ zugelegt. Das wußten die Jungen aus meiner Klasse nicht, es kümmerte sie wohl auch nicht so sehr. Als dieser Krieg zu Ende war, waren vier der Jungen übriggeblieben. Die anderen lagen „draußen“, irgendwo, in einem Land, das sie hatten erobern sollen, oder hier, ganz in der Nähe, wo sie in letzter Stunde „verheizt“ worden waren. Was hätten sie alles bei friedlicher Arbeit leisten können? Was hätte ihre unverbrauchte Kraft alles bewegen können? Wieviel Talent und Talente hätten sich da entfalten können?

Am Ende dieses Krieges war das Wort von der verlorenen Generation wieder im Schwange, dieses furchtbare Wort, das sich nicht nur auf die Millionen Toten bezog. Damit waren auch wir, die Davongekommenen, die Übriggebliebenen gemeint, die hilflos und auch haltlos vor den 400 Millionen Kubikmetern Trümmern,

dem größten Schutthaufen der deutschen Geschichte, standen, vor einer „Erbschaft“, mit der wir nichts anzufangen wußten und von der wir meinten, es sei sinnlos, mit ihr etwas anzufangen.

Ich denke an die, die uns damals an die Hand nahmen. Es waren Männer und Frauen, ausgemergelt, manche noch in den gestreiften KZ-Klamotten, viele schon im ersten, noch viel zu weiten Zivil, Männer und Frauen, die wir heute mit Recht Aktivisten der ersten Stunde nennen. Sinnlos, sagten sie, sei es, auf ein Wunder zu warten. Sinnvoll, meinten sie, wäre es, die Trümmer wegzuräumen und Neues hinzubauen. Sie sind mit gutem Beispiel vorangegangen, und ihr Beispiel hat auf einen nach dem anderen gewirkt.

Und ich erinnere mich, wie die Leute der ersten Stunde damals laut auf den Trümmerplätzen von einer Gesellschaftsordnung träumten, in der alles für das Volk und alles mit dem Volk geschehen würde. Sie entwickelten dabei eine rege Phantasie, und es gab nicht wenige, die meinten, es handele sich um – wenn auch gutgemeinte – Phantastereien. Das war kein Wunder – es war noch so viel Dummes in den Köpfen, und es war noch so wenig in den Töpfen. Und es dauerte seine Zeit, bis die Zweifler merkten, daß die Männer und

Frauen mit den Phantasien keine Phantasten waren. Allerdings waren da nicht wenige von denen, die gezweifelt hatten, schon dabei, unmerklich erst, dann bewußt, die Phantasien der ersten Stunde zu verwirklichen. Eine dieser Phantasien besagte: Ihr könnt und müßt alles lernen, Wissen ist Macht, wer Macht ausüben will, muß lernen, wer gut wirtschaften und bauen will, muß lernen. Wir werden die Verhältnisse so gestalten, daß Euch alle Türen zu allen Bildungsstätten offenstehen. Geht hinein, setzt Euch dort

Ingenieure, Künstler, hervorragende Leiter, ausgezeichnete Facharbeiter.

Die, die bei uns etwas geworden sind, und die, die dabei sind, etwas zu werden, sind tatsächlich die Regel und nicht die Ausnahme. Sie sind Millionen. Unsere Verhältnisse garantieren dem Tüchtigen wirklich freie Bahn. Welches kapitalistische Land kann das von sich sagen?

So denke ich an diesem 7. Oktober auch an das kapitalistische Uraltmärchen, das erzählt, wie Tellerwäscher zu Millionären wurden. Das



Begegnung mit Wilhelm Pieck

fest, kommt klug und gebildet wieder heraus. Wir brauchen Kluge und Gebildete!

Vor kurzem stellte der Reporter einer westlichen Fernsehanstalt den Generaldirektor eines volkseigenen Kombinats mit der Bemerkung vor, dieser Mann habe einen „DDR-typischen Lebenslauf. Es sollte ironisch klingen. Der gute Mann merkte offenbar nicht, daß er damit – wenn auch ungewollt – dem Bildungswesen der DDR seine Reverenz erwies. Ja, man findet sie heute in allen Bereichen unseres Landes, Kinder aus Arme-Leute-Haushalten, Kinder aus Tagelöhner-Katen, Kinder von Habenichtsen, Kinder, die früher Zwergschulen und „Pantoffelgymnasien“ besucht hätten, wurden bei uns Wissenschaftler, Diplomaten,

Märchen erlebt immer wieder Neuauflagen, etwas modifiziert, aber dem Wesen nach gleich. Natürlich ist der eine oder andere „hochgekommen“, so er in dieser Ellenbogengesellschaft das notwendige Stand- und anderes Vermögen hatte. Aber als er „oben“ war, zeigte sich, daß er nichts weiter geworden war als ein Ausbeuter.

Einer der bundesdeutschen Neu-Millionäre meinte gar: „Wenn heute jemand reich ist, dann wirkt er auf Frauen doch genauso wie früher einer, der das Ritterkreuz hatte.“ Bildung ist nicht gleich Bildung. Schüler gibt es in der BRD und in der DDR. Wer in unsere Zehnklassen-Schule geht, erhält etwa 10 000 Stunden Unterricht. Aber viele dieser Stunden sind Unterricht in Friedensliebe, in Völkerverständigung, in solidarischer Hilfe, in Achtung menschlicher Würde. Ich denke daran, daß Anfang der siebziger Jahre in der BRD eine Analyse die Runde machte, die Erschreckendes über Bildung oder Verbildung mitzuteilen wußte. Der Psychologe Peter R. Hofstätter hatte einigen tausend Befragten zwanzig Porträtzeichnungen vorgelegt, aus denen drei Köpfe ausgesucht werden sollten,

die typische Bundesbürger, und drei Köpfe, die typische Bewohner Ostdeutschlands seien. Als typische Bundesbürger wurden die „glattgescheitelten Blondinen“, die „intelligent Aussehenden“, die „energisch Wirken“ ausgewählt, als typische „Ostdeutsche“ die Finsterlinge, die mit „semitischen und maghrebinischen Zügen“.

Ein Kommentar von damals lautete: „Ein Wissenschaftler, der ohne Kenntnis der politischen Situation diese Untersuchung analysieren würde, müßte zu dem Schluß kommen, jene DDR-Menschen seien die Erzfeinde der Bundesrepublikaner, auf die sich alle psychischen Aggressionen konzentrieren.“

Im 35. Jahr der DDR denke ich auch daran, daß das fürchterliche Wort von der „verlorenen Generation“, von der „Generation der Niete“ in der BRD wieder die Runde macht. Die Kraft vieler aus dieser Jugend, ihr Unternehmungsgeist reibt sich auf in den Schlangen vor den Arbeitsämtern, Drogen untergraben ihre Gesundheit. Nicht wenige lehnen sich auf dagegen, schlagen sich mit der Polizei, um leerstehende Häuser zu besetzen und für annehmbare Lebenschancen zu demonstrieren.

Was ist das für eine Gesellschaft, die es nicht fertigbringt, jungen Leuten Ausbildung und Zukunftschancen zu garantieren!

*

Geburtstage sollen kräftig gefeiert werden. Was wir uns da gegenseitig schenken, kann sich sehen lassen. Wir haben es uns hart erarbeitet. Es wird weiter vorwärtsgehen, die Kinder von einst, die so ratlos vor den Trümmern des Krieges standen, haben den Stafelstab längst von den Männern und Frauen der ersten Stunde übernommen, sind dabei, ihn an die Nachfolger weiterzugeben. Es ist so vieles selbstverständlich geworden, was damals unmöglich schien. Vielleicht sollten wir deshalb des öfteren an Brechts Wort denken: „Was da üblich ist, das soll Euch erstaunen.“ Geburtstage sind gute Tage dafür.

Kurt Rückmann

(Aus: „Weltbühne“, Nr. 40, 1984)

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Oktober!

zum 93. Geburtstag

Eberhard Georgi (Strausberg)
am 29. Oktober

zum 91. Geburtstag

Siegfried Mauksch (Berlin) am 13. Oktober
Ursula Söder (Panketal) am 15. Oktober
Karl-Heinz Köber (Ellrich) am 24. Oktober

zum 90. Geburtstag

Hans Maluck (Neubrandenburg)
am 1. Oktober
Karl-Heinz Schriefer (Coswig/Anhalt)
am 5. Oktober
Gerhard Miska (Chemnitz) am 11. Oktober
Martha Kokoschko (Schöneiche)
am 13. Oktober

Dr. Werner Ettelt (Berlin) am 29. Oktober
Anni Hausner (Gera) am 30. Oktober

zum 85. Geburtstag

Dr. Martina Melz (Rostock) am 5. Oktober
Dieter Kartmann (Strausberg)
am 23. Oktober
Werner Müller (Berlin) am 29. Oktober
Gerhard Hentze (Berlin) am 31. Oktober

zum 80. Geburtstag

Heidi Richter (Berlin) am 3. Oktober
Klaus Eichler (Berlin) am 11. Oktober
Eberhard Pätzold (Berlin) am 12. Oktober
Siegfried Michaelis (Wismar) am 17. Oktober
Henry Schönherr (Torgau) am 23. Oktober
Heinz Borchert (Prora/Rügen)
am 24. Oktober

Wolfgang Schmidt (Berlin) am 24. Oktober

zum 75. Geburtstag

Angelika Kreßmann (Neubrandenburg)
am 2. Oktober
Marianne Hoffmann (Saint-L'île
de la Réunion) am 9. Oktober
Ingrid Lämmrich (Dessau-Roßlau)
am 27. Oktober

zum 70. Geburtstag

Ralf Overath (Strausberg) am 26. Oktober
Gerhard Görlich (Neubrandenburg)
am 31. Oktober

zum 60. Geburtstag

Raimund Krieger (Delitzsch) am 18. Oktober

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Die Jugend begrüßte die Gründung der DDR

Es waren wahrhaft historische Tage, die wir durchlebten, als wir vor 70 Jahren zur weiteren Qualifizierung unseren Lehrgang an der Jugendhochschule der FDJ am Bogensee bei Wandlitz begannen.

In Europa stritten die Großmächte um die weitere Gestaltung der europäischen Nachkriegsordnung, im Fernen Osten wurde die Volksrepublik China gegründet, und in nicht wenigen Ländern Afrikas und Asiens versuchten die Völker, die Fesseln der kolonialen Vergangenheit abzuschütteln. Gerade mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß im Westen Deutschlands mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes die Weichen endgültig auf Spaltung Deutschlands gestellt worden waren. Nun war zu entscheiden, wie es im Osten Deutschlands, wo wir auch als fortschrittliche Jugend für Einheit und gerechten Frieden gekämpft hatten, weitergehen sollte. Mit heißem Herzen diskutierten wir und verfolgten die Ereignisse.

Bald sollten wichtige Entscheidungen fallen. Zunächst bildete sich der im Mai gewählte Deutsche Volksrat zur Provisorischen Volkskammer um. Die Sowjetische Militäradministration übergab ihre Funktionen an die sich bildende Regierung unter Otto Grotewohl. Am 7. Oktober schließlich wurde die Deutsche Demokratische Republik proklamiert. Das erfüllte uns mit großer Begeisterung. Unbedingt wollten wir am weiteren Geschehen in der Hauptstadt teilnehmen. Als dann für den 11. Oktober die Wahl des Präsidenten angesetzt war, bereiteten wir uns rasch auf die Fahrt nach Berlin vor. Noch waren die großen Straßen der Stadt auf vielen Seiten von Trümmerbergen umgeben, doch aus allen

Teilen der Republik rollten die LKW-Kolonnen mit Jugendlichen heran. Und während vor der Humboldt-Universität die große Tribüne aufgerichtet wurde, übernahmen wir unsere ordnende Funktion für den großen Fackelzug. Es wurde schon allmählich duster, als wir die Kunde von der Wahl Wilhelm Piecks zum



ersten Präsidenten der DDR vernahmen und sich unter Scheinwerfern Wilhelm Pieck und die Mitglieder der Regierung auf der Tribüne zeigten, von Beifallsstürmen begrüßt. Neben Wilhelm Pieck stand die jüngste Volkskammerabgeordnete: Margot Feist.

Nun begannen wir auf der Straße Unter den Linden die Reihen zu ordnen. An der Spitze wurde das große, die ganze Straße überspannende Transparent „Es lebe die Deutsche Demokratische Republik!“ entrollt. Noch übertönten die Hochrufe auf Wilhelm Pieck und die Regierung der DDR das Geschehen, während die jugendlichen Teilnehmer begannen, die Fackeln zu entzünden.

Als rechter Flügelmann und mit einer großen grünen Armbinde (die ich dann jahrelang bei vielen anderen Demonstrationen wieder verwendete) gab ich nach Erhalten des über

Megaphon übermittelten Signals den Startschuß der Demonstration. Diese setzte sich jedoch nur sehr langsam und immer wieder zögerlich in Bewegung, wollten doch alle Wilhelm Pieck und die anderen Ehrengäste sehen und feiern. Den zahlreichen Marschblöcken der FDJler aus den Kreisen der DDR gesellten sich Gruppen aus Westberlin, wo die FDJ noch nicht erlaubt war, und den Westzonen zu. Schließlich wurde der Zug auch immer wieder durch Werktätige aus Ost- und Westberlin mit ihren Hochrufen unterbrochen, hatten doch nicht wenige Wilhelm Pieck noch aus früheren Klassenkämpfen in der Weimarer Republik in Erinnerung.

Erst nach Stunden löste sich wie vorgeesehen die Demonstration am Alexanderplatz allmählich auf, und auch wir konnten in der Nacht nach dem aufwühlenden Erlebnis zurück zum Bogensee fahren. Nur kurze Zeit später hatten wir erneut Gelegenheit, unseren Präsidenten zu begrüßen. Er kam direkt zu uns an die Jugendhochschule und hielt vor den Lehrgangsteilnehmern einen Vortrag über den Kampf um die Einheit Deutschlands. Anschließend beantwortete er zahlreiche Fragen zum Thema und zu seinem Leben. Schließlich half er uns beim Erlernen des richtigen Textes der neuen Nationalhymne der DDR. Daß Wilhelm Pieck gerade unserem jugendlichen Zuhörerkreis gestattete, ihn mit dem freundschaftlichen „Du“ anzusprechen, erfüllte uns mit großem Stolz. Er war einfach „unser Präsident“ geworden, als wir ihn dann mit großer Herzlichkeit verabschiedeten.

Dr. Roland Bach
Berlin

Gelöbnis der deutschen Jugend

Zum erstenmal in der langen Geschichte unseres Landes haben das deutsche Volk und seine Jugend sich einen Staat und eine Regierung geschaffen, die den wahren Interessen der deutschen Nation entsprechen.

Zum erstenmal in ihrer Geschichte darf die deutsche Jugend in Vertrauen und Liebe sich zu diesem Staat und seiner Regierung bekennen.

In dieser feierlich-freudigen Stunde gedenkt die deutsche Jugend der Lehren, die ihr Jahrhunderte bitterster Erfahrungen erteilt haben. Sie gedenkt der Helden und Märtyrer des deutschen Volkes, die von den Bauernkriegen bis zum Widerstand gegen Hitler für ein Deutschland des Volkes kämpften und starben. Sie gedenkt der Millionen junger Deutscher, die für

volksfeindliche Interessen in Eroberungskriegen gegen friedliche Völker hingeopfert wurden.

Wir, die deutsche Jugend, geloben der Deutschen Demokratischen Republik Treue, weil sie der Jugend Frieden und ein besseres Leben bringen will und bringen wird!

Wir geloben der Deutschen Demokratischen Republik Treue, weil in ihr die Selbstbestimmung des deutschen Volkes zum erstenmal im ganzen Umfang hergestellt sein wird!

Wir geloben der Deutschen Demokratischen Republik Treue, weil sie das wahre Haus des Volkes ist und sein wird! Wir geloben, dieses unser aller Haus zu hüten und vor den Anschlägen der Kriegsbrandstifter und Zerstörer unserer Einheit zu schützen!

Wir geloben, unablässig an der Vervollkommnung unserer Fähigkeiten und an der Vertiefung unseres Wissens zu arbeiten! Wir wollen Baumeister sein an unserem neuen Haus der friedlichen Arbeit und der kämpferischen Humanität!

Wir grüßen aus tiefstem Herzen das Neue, unsere strahlende, freudige Zukunft!

Es lebe die deutsche Jugend im Bund mit der friedliebenden Jugend aller Länder! Es lebe die Deutsche Demokratische Republik, ihr Präsident und ihre Regierung in einer friedlichen Welt!

11. Oktober 1949

**Aus: Geschichte der FDJ.
Verlag Neues Leben, Berlin 1982**

Kollektiverziehung in Theorie und Praxis

In dem aktuellen Gebrauch des Begriffs „Kollektiv“ wird dieser „... vorwiegend als politisch gefärbter Gegenbegriff zu Individuum und Persönlichkeit, ... der persönliche Freiheit ausschließt“, interpretiert. Deshalb haben zum Beispiel in der modernen pädagogischen Tätigkeit die Termini „Kollektiv“ und „Kollektiverziehung“ keinen bzw. nur einen eingeschränkten Zugang zur Beschreibung gruppenspezifischer Prozesse gefunden.

Eigene Erfahrungen, die ich als ehemalig leitender Wissenschaftler an der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam in den Jahren 1989 bis 1991 machen konnte, bestätigen die Erkenntnis von Eberhard Mannschatz, daß nach einigen hoffnungsvollen Illusionen um Wissensaustausch und wissenschaftliche Kooperation die zunächst sich anzeigende „wohlthuende und anregende Gemeinsamkeit“ von Erziehungstheoretikern in Ost und West (speziell von Makarenko-Forschern) durch das „massive Bemühen, Erziehung in der DDR als Unrechtsgeschehen vorzuführen“, gekennzeichnet war.

Damit wurden wichtige Erkenntnisse zur Gruppendynamik aus der Feder von DDR-Wissenschaftlern auf dem Altar des Klassenkampfes geopfert, ohne ihre für die Pädagogik konstruktiven Seiten zu prüfen und mit wissenschaftlicher Sachlichkeit zu bewerten. Diese Ignoranz ist die Quelle einer wissenschaftlichen Tragödie großen Ausmaßes.

Nicht nur die Integrität von DDR-Erziehungswissenschaftlern wurde in unsachlicher Weise in Frage gestellt. Auch Hochschullehrer sind im Grunde alle fachlich negativ evaluiert worden. Sie wurden aus ihrer wissenschaftlichen Verantwortung für Lehre und Forschung mit fadenscheinigen Begründungen in unterschiedlicher Form politisch ausgegrenzt. Im Kern war dieses Vorgehen in das Bemühen eingebettet, auch diesen Teil der akademischen Elite der DDR politisch anzuprangern und aus dem Hochschulwesen zu beseitigen. Damit wurden Bedingungen für einen genehmen Personalwechsel zugunsten von oftmals zweit- und drittklassigen Wissenschaftlern aus den alten Bundesländern geschaffen.

Natürlich haben wir unter den objektiven Bedingungen einer anderen Gesellschaftsordnung als der heutigen nach Möglichkeiten gesucht, den dialektischen Prozeß der Einheit von Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen inhaltlich anders zu strukturieren, als es die klassenmäßigen Interessen der Feudalgesellschaft und des Kapitalismus bestimmten.

Aus diesem Grund war im Verständnis der marxistischen Pädagogik für uns in Anlehnung an A. S. Makarenko das „Kollektiv ein sozialer Organismus in einer gesunden menschlichen Gesellschaft“. Darunter verstanden wir eine Gesellschaft, in der es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt und in der die soziale Gerechtigkeit ein wichtiger Wert des kooperativen Zusammenwirkens der Individuen ist.

Zunächst möchten wir einige Aspekte der historischen Sicht von A. S. Makarenko zum Kollektivbegriff hervorheben, um das Wesen

der Kollektiverziehung zu verdeutlichen. So schreibt er: „Als Kollektiv kann jede Kontaktgemeinschaft bezeichnet werden, die auf dem sozialistischen Prinzip der Vereinigung beruht.“ Diese pauschale Begriffsbestimmung unterschlägt, daß das Kollektiv eine besondere Qualität sozialer Beziehungen von Gruppen besitzt, die sich u. a. in ihren verschiedenen Niveaustufen der Solidargemeinschaft, der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung sowie in ihren gesellschaftlich-sozialen Funktionen widerspiegeln. Im Gegensatz zum Verständnis der Schulklasse war in der DDR-Pädagogik die Ansicht vorherrschend, die sozialen Beziehungen an der Schule immer stärker nach dem Solidar- und nicht, wie auch heute praktiziert, nach dem Konkurrenzprinzip zu gestalten.

Besonders deutlich wird diese der unseren entgegengesetzte Position durch eine These des am 15. Juli verstorbenen westdeutschen Pädagogen Prof. Dr. Dieter Ulich. So hob er schon 1971 hervor: „Die Schulklasse ist paradoxerweise im Lernen ein Miteinander, in der Leistung ein Gegeneinander. Das gemeinsam Erarbeitete kommt letztlich nur denen zugute, die sich in der Konkurrenz, nicht in der Gruppenarbeit am besten bewähren.“ Wir setzten dagegen, daß im Prozeß der Realisierung von bedeutsamen Gruppenzielen (kollektive Perspektiven) so ein erzieherisch produktives Auf- und Gegeneinanderwirken demokratisch in der Schülergemeinschaft organisiert werden muß, daß möglichst alle Jungen und Mädchen mit hohen Leistungen das Klassenziel erreichen und niemand zurückgelassen wird. Das wurde unter Nutzung der öffentlichen (kollektiven) Meinung als kollektive Norm verstanden.

Daß dieser Vorgang ein widerspruchsvoller und nicht selten ein konfliktreicher Prozeß war, versteht sich von selbst. Hierbei wurden aber vielfältige Triebkräfte bei der Gestaltung des Gemeinschaftslebens freigesetzt.

Für das Verstehen des pädagogischen Wesens des Schülerkollektivs als eine demokratische Instanz und nicht als pädagogisches Werkzeug des Druckes und des Zwanges ist die folgende Erkenntnis von A. S. Makarenko von besonderer Bedeutung: „Wir betrachten unseren Zögling nicht als Dressurmaterial, sondern sehen in ihm ein Mitglied unserer Gesellschaft, ihren aktiven Mitgestalter, einen Schöpfer gesellschaftlicher Werte.“ Gerade von dieser Position haben wir Kollektiverzieher der DDR uns stets leiten lassen. Es war und bleibt unsere tiefe pädagogische Überzeugung.

Deshalb haben wir uns in theoretischen Schriften und in der Ausbildung von Lehrern und anderen pädagogischen Berufsgruppen darauf orientiert, das Schülerkollektiv als aktiven Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung, als demokratischen Übungs- und Gestaltungsorganismus sowie als bedeutsame Lebensstätte für Jungen und Mädchen zu charakterisieren. In diesem sozialen Organismus sollten die Schülerinnen und Schüler ihre Subjektposition über entsprechende soziale Erfahrungen wahrnehmen und ausleben.

In empirischen Untersuchungen mußten wir aber auch zur Kenntnis nehmen, daß es an Schulen sowie in der Kinder- und Jugendorganisation

verschiedenartige problematische Widersprüche zwischen Theorie und Praxis gegeben hat, welche die qualitätsgerechte Umsetzung pädagogischer Ziele hemmten und mitunter sogar störten.

Worin bestanden diese Widersprüche?

In der Unterrichtspraxis dominierte zu stark der Frontalunterricht (Lehrervortrag u. a.) auf Kosten von gruppenunterrichtlichen Verfahren, so daß Möglichkeiten der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung, der gemeinschaftlichen Korrektur und Bewertung der Leistungen oft verschenkt wurden.

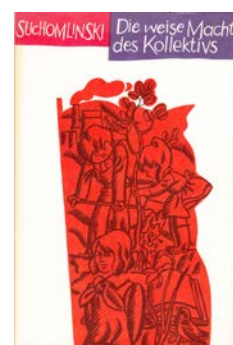
Nicht immer gelang es, das Schülerkollektiv inhaltlich so zu strukturieren, daß sich die gesellschaftlich sozialen und pädagogischen Funktionen der Gemeinschaft voll entfalten konnten. Dieser Umstand war häufig die Ursache für die Entstehung von formalen und auf Äußerlichkeiten orientierten kollektiven Aktionen wie „Prozenthascherei“ und formalistische Abhandlung vorgeschriebener politischer Themen, die den Interessen und Wünschen der Kinder und Jugendlichen wenig oder nicht entsprachen.

Die vorgegebene Rolle des Klassenleiters im außerunterrichtlichen Bereich hatte wesentlichen Anteil daran, daß Formen des kollektiven Gemeinschaftslebens in zunehmendem Maße „verschult“ wurden, was auf Kosten der Lebendigkeit sowie der kind- und jugendgemäßen Gestaltung des Lebens in den Klassenkollektiven ging.

Dr. paed. habil. Jörgpeter Lund
Potsdam

Buch-Tips

- Eberhard Mannschatz: Entwurf zu einer Methodik der Kollektiverziehung. Volk und Wissen, 1968
- Persönlichkeit, Kollektiv, Gesellschaft. Aufsätze aus der UdSSR. Anrich-Verlag, 1972
- W. G. Iwanow: Kollektiv und Persönlichkeit. Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1973
- Makarenko heute. Beiträge zur Kollektiverziehung. Verlag Volk und Wissen, 1973
- Lore Schroeter: Kollektiverziehung im Spiel jüngerer Vorschulkinder. Verlag Volk und Wissen, 1974
- Persönlichkeit und Kollektiv. Sonderheft der „Einheit“, Nr. 1/1978
- Jürgen Schmollack: Kollektiv und persönliche Freiheit. Dietz-Verlag, 1978
- Wassili Suchomlinski: Die weise Macht des Kollektivs. Verlag Volk und Wissen, 1979



Brief eines Hörers an den NDR

In den heutigen Frünachrichten (*am 5. Juni*) sprachen Sie über den sogenannten D-Day. Dort äußerte die Sprecherin, daß der „D-Day“ den, so wörtlich, „Untergang Nazi-Deutschlands einläutete“. Ich weiß nicht, was bei Ihnen in den Redaktionsstuben los ist und wie weit Ihre Geschichtskenntnisse gehen. Den Untergang des deutschen Faschismus läuteten in erster Linie die heldenhaft kämpfenden Soldaten und Offiziere der Roten Armee ein. Ich möchte Sie nur höflich daran erinnern, daß es lange vor dem in den Westmedien überbewerteten „D-Day“, schon die Schlacht von Stalingrad und die Schlacht am Kursker Bogen gab, die bis heute früh noch als die Wendepunkte in dem von Deutschland angezettelten Zweiten Weltkrieg galten. Erinnert sei an dieser Stelle daran, daß bei dem Überfall auf die Sowjetunion der deutsche Faschismus – finanziert durch das deutsche Finanz- und Monopolkapital – drei Millionen deutsche Soldaten und Truppen verbündeter Staaten auf einer 1600 Kilometer breiten Front in die Sowjetunion einmarschieren ließ. Das „Unternehmen Barbarossa“, wie der Codename für den Überfall auf Rußland lautete, war kein gewöhnlicher Feldzug: Dies war ein ideologischer und rassistischer Krieg der Zerstörung mit dem Ziel, die Juden auszulöschen, die sowjetischen Völker zu versklaven und den Kommunismus zu vernichten. Ein Krieg, in dem 27 Millionen

sowjetische Soldaten und Zivilisten starben, darunter eine Million Juden, die von der SS und anderen Verbänden zwischen 1941 und 1942 exekutiert wurden – als Vorlage für die Vernichtung der europäischen Juden durch die Nazis. Bei ihrem Einmarsch verwüstete die deutsche Wehrmacht den europäischen Teil der Sowjetunion. Zerstört wurden 70 000 Kleinstädte und Dörfer, 98 000 genossenschaftliche Kolchosen, Zehntausende Fabriken und aber Tausende Kilometer Straßen und Eisenbahngleise. Durch den Krieg verlor die UdSSR 15 Prozent ihrer Bevölkerung und 30 Prozent ihres Volksvermögens. Wenn beim „D-Day“ ca. 150 000 englische, amerikanische und kanadische Soldaten teilnahmen, so möchte ich daran erinnern, daß alleine bei der Befreiung Polens vom deutschen Faschismus 600 000 sowjetische Soldaten ihr Leben ließen. Schlimm nur, was heute in Polen mit den polnisch-sowjetischen Denkmälern geschieht und welcher Haß – auch durch deutsche Medien – wieder gegen Rußland geschürt wird. Das hatten wir alles schon einmal – und wie das gerade für „Großdeutschland“ ausging, sollte selbst jeder Geschichtsklitterer wissen.

Ich finde es einfach nur widerlich, daß auf so eklatante Weise die Geschichte nicht nur verfälscht, sondern mit einer nicht zu übersehenden Arroganz umgeschrieben wird. Und was Frankreich und die Verbrechen

der deutschen Faschisten anbetrifft, so möchte ich es nicht versäumen, an Klaus Barbie, alias Klaus Altmann („Der Schlächter von Lyon“) zu erinnern, einen nach 1945 mit internationalem Haftbefehl gesuchten Kriegsverbrecher und Judenmörder. Der BND war sich trotz dieses Haftbefehls nicht zu schade, ihn auf seine Gehaltsliste zu setzen und ihn mehrfach in den Bonner Staat ungehindert einreisen zu lassen. Aber das nur nebenbei. Erinnert sei im Zusammenhang mit dem „D-Day“ auch daran, daß deutsche Antifaschisten, die in Frankreich in der „Resistance“ aktiv gegen die deutsche Wehrmacht und die Mörderbanden der Waffen-SS kämpften, noch heute als „Vaterlandsverräter“ gelten. So war es kein Geringerer als der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl, der sich bei einer dieser Feiern weigerte, an dem Gedenken teilzunehmen, solange diese „Vaterlandsverräter“ durch die damalige französische Regierung nicht ausgeladen würden, was dann durch den damaligen Präsidenten Frankreichs auch geschah, während die Regierungen der BRD, gleich welcher Couleur, ausländischen Kollaborateuren, die gemeinsame Sache mit den deutschen Faschisten machten und deren Massenmorde mittrugen, Renten auszahlte und nach wie vor auszahlt.

Gerhard Richard
(E-Mail)

Lidice – Gedenken an ein ausgelöschtes Dorf

Am 15. Juni gedachten Hunderte Kinder, Frauen und Männer aus vielen Ländern Europas der Ermordeten am von der Bildhauerin Marie Uchytilová geschaffenen Mahnmahl in Lidice.

Nach Bekanntwerden der Vernichtung und Vertreibung der Bewohner von Lidice wegen einer vermeintlichen Unterstützung des Attentats auf den stellvertretenden „Reichsprotektor“ Heydrich am 10. Juni 1942 wurde im Ghetto Theresienstadt (Terezin) ein Gedicht der am 6. Oktober 1944 in Auschwitz ermordeten Lyrikerin Ilse Weber „Lidické ovce – Die Schafe von Lidice“ verbreitet. Das Gedicht konnte auch aus dem Ghetto geschmuggelt werden. Es gibt sinnbildlich wieder, daß das Dorf und seine Menschen „ausgelöscht“ wurden und Teile des Tierbestandes der Bauern in das Ghetto überführt wurden. Bekannt wurde durch Augenzeugen, daß auf Anforderung der SS-Kommandantur ein Arbeitskommando von 30 Häftlingen aus Theresienstadt nach Lidice befohlen wurde, um ein Massengrab auszuheben und die Leichen zu beerdigen. Einige Tage nach der Vernichtung von Lidice wiederholten ähnliche „Einsatzgruppen“ von Ordnungspolizisten Racheaktionen gegen das Dorf Ležáky. Insgesamt wurden 1357 tschechische Bürger standrechtlich erschossen. In das wiederaufgebaute neue Lidice kehrten nach der Befreiung 143 Frauen zurück, nach zweijähriger Suche konnten 17 Kinder



ihren Eltern übergeben werden. Zur Erinnerung tragen acht Gemeinden und Ortsteile in der Welt und Frauen in 24 verschiedenen Staaten der Welt den Namen Lidice. Oftmals werden die Namen Lidice, Ležáky und das norwegische Telvag (Ort eines Vergeltungsaktes für eine Widerstandsaktion in Norwegen am 30. April 1942) gemeinsam genannt. Am 15. Juni nahm eine Abordnung des Stadtverbandes der VVN/BdA mit sieben

Mitgliedern an der Ehrung im „Lidice Memorial“ teil. Bis 1989 konnten in der DDR Kriegs- und Naziverbrecher, die an „Vergeltungsaktionen“ im Zusammenhang mit dem Verbrechenskomplex „Heydrichiade“ beteiligt waren, dank dem zuständigen MfS-Referat – oft im Zusammenwirken mit tschechischen Behörden – verurteilt und ihrer Strafe zugeführt werden.

Peter Blechschmidt
Vorstandsmitglied der VVN-BdA Chemnitz

KURZ KOMMENTIERT

Heiko Maas auf den Spuren von John Bolton

Außenminister Heiko Maas plädierte für neue internationale Abrüstungsgespräche, bei denen China mit an den Tisch gehöre. Mit diesem diplomatischen Reflex auf den Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag wird er bei dem „Sicherheitsberater“ Donald Trumps, John Bolton, offene Ohren finden. Dieser ausgewiesene Kriegstreiber hat den Ausstieg schon seit 1991 herbeigesehnt. Bolton stören die Mittelstreckenraketen, die sich China als Nichtunterzeichner des INF-Vertrags angeschafft hat – als nahezu einziges Verteidigungsmittel gegen angreifende US-Kriegsschiffe. Er trachtete seither auf Abhilfe. Weil China dank der Raketen in der Lage war, sich mit Aussicht auf Erfolg gegen angreifende US-Kriegsschiffe zu verteidigen, sollte und mußte aus US-Sicht etwas unternommen werden. Den diplomatischen Schlenker, China zur Unterzeichnung des INF-Vertrags zu nötigen, hat China nicht einmal ignoriert. Als Alternative wurde erwogen, den INF-Vertrag zu kündigen, um auf dem Gelände südostasiatischer Bündnispartner eben diese vermaledeiten Mittelstrecken stationieren zu können. Das wird nun geschehen.



18. August – US-Mittelstreckenraketen-Test gleich nach Kündigung des INF-Vertrags

Ein Außenminister, der als überzeugter Atlantiker diesen Zusammenhang nicht zur Kenntnis nimmt, ist eine erbärmliche Nummer. Nein er ist, was er ist, ein Speichellecker Washingtons.

Da nun die komplette NATO-Junta sich hinter die Entscheidung Trumps gestellt und alle Verifikationsangebote Rußlands bezüglich der neuen Waffen in den Wind geschlagen hat, wissen wir: Nichts ist so verlogen wie das Bekenntnis der NATO, mit Rußland im Dialog bleiben zu wollen. Hier werden Vernehmungspläne geschmiedet, die auf Anwendung zielen.

Deshalb eine allgemeine Feststellung: Marxisten und Sozialisten sollten aus ihrem Wortschatz den Begriff „Wettrüsten“ tilgen. Spätestens mit der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens galt es einzig und allein, die Sowjetunion als gesellschaftlichen Gegenentwurf zu liquidieren. „Totrüsten“ ist genauer. Dieses übergeordnete Ziel richtet sich heute gegen alle sich dem imperialen Anspruch entgegenstellenden Staaten – so gegen Rußland, China, Kuba und Venezuela ...

Hans Schoenefeldt

Regelbasierte Weltordnung?!

Immer dann, wenn im diplomatischen Sprachgebrauch ein neuer Begriff auftaucht, heißt es, die Ohren zu spitzen und die Augen zu öffnen. Besonders ratsam ist es zu hinterfragen, in welchen Kontext die Begriffe gestellt werden. Mit einer solch jüngst aus der Taufe gehobenen Wortschöpfung wollen wir uns heute befassen, weil sie vorzugsweise von Außenminister Heiko Maas strapaziert wird: „regelbasierte Weltordnung“. Was hat es damit auf sich? Es gibt doch die Charta der Vereinten Nationen? Die in ihr zusammengeschlossenen Völker haben sich in diesem Dokument verpflichtet, die Gleichberechtigung aller Nationen, ob groß oder klein, zu bekräftigen. Und – ganz wichtig – „Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können“.

Da diese Grundsätze von den USA und ihren Vasallen im Klima eines von ihnen reanimierten kalten Kriegs eingeschmolzen wurden, sollen nun Pflöcke eingeschlagen werden, um der „internationalen Ordnung“ ein mit westlichen Werten geliftetes Gesicht zu geben. Deren Maskenbildner haben nichts anderes in ihrem Besteck als den Auftrag, alle Beschlüsse der USA/NATO/EU mit einem demokratisch gefärbten Tarnanstrich zu versehen und sie als weltweit gültiges Recht zu verkaufen. Dafür erfand man den Begriff „regelbasierte Weltordnung“. Dem aber steht die UNO mit ihrer Charta im Weg. Wir wollen

dies an einem der derzeit brennendsten Konfliktherde darlegen.

Der Satz, Trump sei aus dem „Abkommen“ über das iranische Atomprogramm – dem Joint Comprehensive Plan of Action – „ausgestiegen“, enthält gleich zwei Fehler. Hans Blix, sowohl ehemaliger schwedischer Außenminister als auch Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) schafft Klarheit (siehe „Blätter für deutsche und internationale Politik“, 8/2019, S. 107): China, Frankreich, Deutschland, Rußland, Großbritannien, die USA und Iran haben kein „Abkommen“ mit einer Ausstiegsklausel unterzeichnet. Sie haben überhaupt kein Dokument unterzeichnet. Was aber haben sie dann erreicht? Etwas Bedeutenderes! Sie haben nach über zehn Verhandlungsjahren einen detaillierten Aktionsplan ausgearbeitet, der eine substantielle Reduzierung des iranischen Atomprogramms, eine strikte Inspektion durch die IAEO und – nicht zuletzt – die Aufhebung von Wirtschaftssanktionen vorsah. Die von den Vereinten Nationen schon Jahre zuvor verhängten Sanktionen können nicht selbstherrlich nur von diesen am Aktionsplan beteiligten Nationen im Alleingang aufgehoben werden. Deshalb legten die sieben Staaten ihren Plan dem Weltsicherheitsrat mit dem Ziel vor, dieses Gremium möge die Aufhebung der Sanktionen beraten, unterstützen und beschließen. So geschah es. Die dann folgenden Beschlüsse des höchsten Gremiums der Vereinten Nationen sind für *alle*

UN-Mitglieder bindend und haben folglich Gesetzeskraft. Ein „Ausstieg“ war und ist nicht vorgesehen. Allerdings wäre ein entsprechender Umgang mit Beschwerden möglich. Davon haben die USA bis zum heutigen Tag keinen Gebrauch gemacht. Was sie aber getan haben, ist, den Iran völkerrechtswidrig mit einer Flut von Sanktionen zu überziehen. Sagen wir es so: Die USA haben einen Beschluß des UNO-Sicherheitsrats mehr als nur mit den Füßen getreten. Es kam aber noch schlimmer: Sie wollen alle anderen UN-Mitglieder zwingen, sich am Bruch eines Beschlusses des UNO-Sicherheitsrats zu beteiligen, den zu respektieren sie verpflichtet sind. Ungeheuerlich (dies aber nur, wenn man die Ideale der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung im Kopf hat!) ist, daß die USA weltweit allen Firmen Sanktionen androhen, die weiterhin mit dem Iran Handelsbeziehungen aufrechterhalten wollen.

Die am 1. August wirksam gewordene Kündigung des Abkommens über atomare Mittelstreckenraketen (INF) durch Donald Trump ist (vorläufig) trauriger Höhepunkt einer 30jährigen Politik der Sabotage des Völkerrechts und des Vertragsbruchs durch die USA. Obwohl sie eine der Hauptarchitekten der Charta der Vereinten Nationen sind, legen sie es mittlerweile darauf an, dieses Dokument der Völkerverständigung aus dem Weg zu räumen zugunsten einer „regelbasierten“ Weltordnung unter ihrer imperialen Führung.

H. Sch.

Droht ein atomarer Schlagabtausch zwischen Pakistan, Indien und China? Neue Stufe der Eskalation im Kaschmir-Konflikt

Die indische Regierung hat die Sonderrechte des Bundesstaates Jammu und Kaschmir außer Kraft gesetzt. Am 5. August verkündete Amit Shah, Innenminister der rechtskonservativen nationalistischen Regierungspartei „Bharatiya Janata Party“ (BJP), im Parlament, der Verfassungsartikel 370, der den Status des indischen Teils der Himalaja-Region regelt, sei aufgehoben. Dieser Artikel gab der Zentralregierung in Neu-Delhi die Hoheit über die Außenpolitik und die Verteidigung, garantierte Kaschmir jedoch eine eigene Verfassung und weitreichende Selbständigkeit. Dieses schützte zum Beispiel die exklusiven Rechte der Kaschmiris am Grundeigentum. Diese Sonderrechte sind nun aufgehoben, so daß Siedler aus anderen Regionen Indiens dort jetzt ebenfalls Land kaufen können. Das sehen viele Kaschmiris als ersten Schritt, die ethnographischen Verhältnisse in dem Bundesstaat zugunsten einer hinduistischen Mehrheit zu verändern. Der indische Premierminister Narendra Modi fordert sogar die VR China zur Rückgabe von Aksai Chin auf.

Um die Lage unter Kontrolle zu halten, hatte die Zentralregierung in Neu-Delhi schon am 4. August die politische Führung der Provinz, darunter die zwei ehemaligen Ministerpräsidenten Omar Abdullah und Mehbooba Mufti, unter Hausarrest gestellt und alle Kommunikationskanäle von und nach Kaschmir blockiert. Kaschmir ist der einzige indische Bundesstaat mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit, und sein Sonderstatus steht der BJP-Vision eines hinduistischen Indiens im Weg. Beobachter vor Ort warnen vor einer schrecklichen Eskalation der Gewalt. Narendra Modi dürfte doch bewußt sein, daß die Aufhebung der Autonomie tatsächlich die gesamte Region in und um Kaschmir stark destabilisieren wird. Deswegen hat er zur dort bereits bestehenden Truppenstärke von 500 000 Soldaten weitere 8000 stationiert.

Diese Maßnahmen aus Neu-Delhi sind eine Steilvorlage für die Radikalen in Kaschmir wie in Pakistan, den bewaffneten Kampf mit Unterstützung der Regierung und des Geheimdienstes aus Islamabad zu intensivieren. Darüber hinaus verschärfen sie die Spannungen zwischen Indien und Pakistan weiter. Sucht Indien nun tatsächlich eine endgültige Entscheidung um den Status Kaschmirs? Das wäre brandgefährlich. Schließlich stehen sich mit Pakistan und Indien zwei Atomkräfte gegenüber. Die pakistanische Regierung hat den indischen Botschafter des Landes verwiesen, jedoch angekündigt, den Konflikt nicht militärisch, sondern diplomatisch lösen zu wollen. Der pakistanische Ministerpräsident Imran Khan hat US-Präsident Donald Trump um Vermittlung gebeten. Dieser hatte signalisiert, in eben dieser Funktion tätig werden zu wollen. Ob gerade Trump der geeignete Mann ist, um zu vermitteln, muß dahingestellt bleiben.

Zum ersten Mal seit 1972 berät der UN-Sicherheitsrat über den Kaschmir-Konflikt. Chinas UN-Botschafter beantragte das Treffen des Sicherheitsrates, nachdem Pakistan das UN-Gremium um eine Sitzung gebeten hatte. Die chinesische Regierung gab Indien die Schuld an den neu aufgeflamten Spannungen in der Kaschmir-Region und kritisierte deutlich die Regierung in Neu-Delhi. „Was betont werden sollte, ist, daß Indiens Handlungen auch Chinas Souveränität (bezüglich Aksai Chin) in Frage gestellt und ein bilaterales Abkommen verletzt haben“, sagte der chinesische UN-Botschafter Zhang Jun am 16. August nach einer Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in New York, die hinter verschlossenen Türen stattfand. Solche einseitigen Handlungen von Seiten Indiens seien nicht zulässig, betonte Zhang Jun weiter. Der Frieden und die Stabilität in der Grenzregion seien gefährdet, China sei über die Entwicklung „ernsthaft besorgt“. Vor allem Pakistan und Indien sollten gemeinsam eine friedliche Einigung bezüglich ihrer Spannungen finden.

Im indischen Teil der umstrittenen Region hat es am 16. August Zusammenstöße Hundertter Demonstranten mit der Polizei gegeben. Pakistans Regierungschef Imran Khan telefonierte mit US-Präsident Donald Trump über diese Situation. Es wäre ein „gutes Gespräch“ gewesen, und beide hätten entschieden, „in ständigem Kontakt zu bleiben“, sagte der pakistanische Außenminister Shah Mehmood Qureshi.

Inzwischen ist es an der Grenze mehrfach zu Schießereien gekommen, bei denen sowohl pakistanische als auch indische Soldaten ums Leben gekommen sind, berichteten die Presseagenturen AFP und dpa übereinstimmend.

Vorschläge für eine politische Lösung des Konflikts

Zunächst müssen alle am Konflikt beteiligten Parteien ohne Vorbedingungen zu Verhandlungen bereit sein. Auf der Tagesordnung sollten folgende Punkte stehen:

1. Die völlige Demilitarisierung ganz Kaschmirs, d. h. des von der VR China und des von Pakistan besetzten sowie des von Indien regierten, aber von Pakistan beanspruchten Teils als Voraussetzung für eine mögliche Lösung des Konflikts.
2. Es muß sichergestellt werden, daß alle Beteiligten absolute Zurückhaltung bezüglich Kaschmirs an den Tag legen und keine weiteren Versuche unternehmen, die Situation in Kaschmir zu ihren Gunsten zu verändern.
3. Vertrauensbildende Maßnahmen, wie Gefangenenaustausch, Reiserleichterungen (z. B. Aufhebung der Visapflicht) für alle Kaschmiris, wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit, gemeinsame Radio- und Fernsehsendungen usw., sollten vereinbart

und durchgeführt werden. Vordringlich muß auch die Lösung der enormen sozialen Probleme, die nicht zuletzt durch den Konflikt verursacht worden sind, ernsthaft in Angriff genommen werden.

In weiteren Verhandlungen sollte es um die Wiedervereinigung der getrennten Teile Kaschmirs gehen, eingeschlossen die Rückgabe des von der VR China besetzten Gebietes, um eine Autonomie für ganz Kaschmir zunächst im Rahmen der Verfassung der Republik Indien zu vereinbaren. Am Ende sollte in einem angemessenen Zeitraum ein Referendum unter internationaler Aufsicht über die Selbstbestimmung Kaschmirs stattfinden. Ein Referendum am Anfang dieses ganzen Prozesses in einem von islamischen Fundamentalisten jahrelang vergifteten Klima würde hingegen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Separierung Kaschmirs von Indien unter der Führung dieser Islamisten zur Folge haben, zweifelsohne unter starker Abhängigkeit von Pakistan. Dies würde keinesfalls zum Frieden in Kaschmir und auf dem indischen Subkontinent beitragen. Im Gegenteil, Pakistan würde sich gegenüber Indien in einer Position der Stärke befinden, was Gefahren in sich birgt und eine mögliche dauerhafte Lösung des Konfliktes eher erschweren würde. Daher muß von solchen verfrühten Maßnahmen dringend abgeraten werden.

4. Wenn es zur Zeit auch unrealistisch erscheinen mag, sollte doch im Ergebnis der vertrauensbildenden Maßnahmen langfristig auf eine Union zwischen Afghanistan, Indien und Pakistan hingearbeitet werden. Denn alle drei Länder haben eine zumindest seit der Mogulherrschaft gemeinsame Geschichte, Kultur und zum Teil auch Religion. Eine solche Union könnte sowohl den afghanisch-pakistanischen Grenzkonflikt im Stammesgebiet (Duran-Vertrag von 1893 zwischen Britisch-Indien und Afghanistan) sowie den Kaschmir-Konflikt auf einen Schlag lösen und die Region für längere Zeit stabilisieren.

Vermittler in einem Verhandlungsszenario, in Punkt 1 bis 3 dargelegt, wären m. E. am besten die blockfreien Staaten und die Konferenz der islamischen Staaten, die als relativ neutrale Akteure von beiden Seiten akzeptiert würden.

Der Ruf der kaschmirischen Völkerschaften nach Frieden ist unüberhörbar. Deren Freude über eine erneute faktische Grenzöffnung zwischen Indien und Pakistan am 21. Oktober 2008 war überwältigend. Es ist an der Zeit, diesem Wunsch endlich zu entsprechen.

Dr. Matin Baraki

Unser Autor ist Mitglied des Zentrums für Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg.

Europa – ein atomarer Schauplatz?

Benjamin Disraeli, englischer Staatsmann aus dem 19. Jahrhundert, hat einmal gesagt: „Auf der Welt gibt es Lügen, gemeine Lügen und Statistiken.“ Eine dieser Statistiken besagte seinerzeit, daß der Warschauer Pakt eine mehrfache Überlegenheit bei den konventionellen Waffen besitze, mithin über eine, wie der damalige BRD-„Verteidigungs“minister Wörner in den 70er Jahren des zurückliegenden Jahrhunderts behauptete, bedrohliche Interventionsfähigkeit verfüge. Das war zwar schon allein vom rein militärischen Standpunkt aus blanker Unfug, weil es zum kleinen Strategie-Einmaleins gehört, daß ein Angreifer dem Verteidiger mindestens um das Dreifache überlegen sein muß, wenn er aus einer militärischen Auseinandersetzung als Sieger hervorgehen will. Die imaginierte Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten mußte als Rechtfertigung für die Stationierung der Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles in der BRD und für die Ablehnung des im Spätherbst 1987 zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow unterzeichneten INF-Vertrags herhalten.

Wer die Vergangenheit nicht kennt, kommt auch mit der Gegenwart nicht zurecht, oder besser: bleibt alten Legenden verhaftet. Wieder einmal wird man nicht müde zu behaupten, daß ein auf Expansion orientiertes Rußland auf dem Sprung steht, Westeuropa anzugreifen. Gerne würden wir den politischen Akteuren den Rat geben, daß sie, wenn sie sich schon wieder die alten Hüte aufsetzen, darauf achten sollten, ihre Ohren frei zu lassen, damit sie in der Lage sind, die Vorschläge und Angebote Rußlands wenigstens akustisch wahrzunehmen. Rußland hat

der NATO angeboten, alle Verifikationsmöglichkeiten (Datenübermittlung, Besuche vor Ort, etc.) auszuschöpfen, um das neue Waffensystem auf INF-Vertragstreue zu überprüfen. Kein Interesse. Warum? Weil mit der medial gezüchteten Bedrohungslüge ein Billionen Dollar schweres Rüstungsprogramm gerechtfertigt werden soll. Doch es geht um noch mehr. Erinnern wir uns: Henry Kissinger (Ex-US-Sicherheitsberater) und Richard Nixon (Ex-US-Präsident), wetteten schon wenige Tage nach Unterzeichnung des INF-Vertrags gegen ihn, weil aufgrund eines Gleichgewichts bei den strategischen Waffen die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa notwendig gewesen sei, um die Sowjetunion von einem Standort außerhalb der USA bedrohen zu können. Das sah auch Springers „Welt“ so: „Pershing II und Cruise Missiles haben die Aufgaben, Moskaus Führung mit dem Einsatz amerikanischer Nuklearmittel von Europa aus mit kriegsentscheidenden Potentialen konfrontieren zu können.“ Gänzlich ungeniert bekannte die FAZ: „Um primär politisch wirken zu können, benötigt das Bündnis Systeme mit genügender Reichweite, um die Sowjetunion treffen zu können.“ Wer so redet, hat keine Angst vor militärischen Übergriffen, der schmiedet selbst an solchen. Allen Bedrohungsszenarien zum Trotz: Die atomare Erstschlagsoption spielte in allen Planungen der USA seit 1945 eine übergeordnete Rolle. Diesen Planungen hat die Trump-Administration nun den INF-Vertrag geopfert.

Wer wissen will, warum die Bonner Regierungen (Schmidt/Kohl) die Stationierung von Erstschlagswaffen auf bundesdeutschem Boden gegen die Friedensbewegung so vehement haben

durchsetzen wollen, muß auf den „Spiegel“, als er noch ein Nachrichtenblatt war, zurückgreifen (Nr. 18/1987): „Die Pershings, mit denen sich die westlichen Gebiete der Sowjetunion unter Feuer nehmen lassen, sind in der NATO allein auf Bundesgebiet stationiert und haben zur Freude der Konservativen die Bundesrepublik in den Rang einer Mittelmacht erster Klasse gehoben. Wenn die Westdeutschen auch nicht die Hand am Atomdrücker haben, so sicherte ihnen doch die bloße Existenz dieser weittragenden Waffen auf deutschem Boden ein Mitspracherecht in den oberen Etagen des exklusiven Klubs der westlichen Atomkräfte.“ Davon träumen offenbar auch gegenwärtige politische Akteure, wenn sie von neuer Macht und neuer Verantwortung schwadronieren. Verantwortung für die Menschen, die in einem auf dem europäischen Kontinent ausgetragenen atomaren Nahkampf geopfert werden?

Es war Kurt Schumacher, erster SPD-Vorsitzender nach 1945, der in einem Gespräch mit dem kommunistischen Philosophen Robert Steigerwald die Ängste der Menschen vor einem Dritten Weltkrieg zu beschwichtigen versuchte – mit dem Argument, daß wir, die Deutschen, diesmal gewinnen würden, weil „wir“ an der Seite der Amerikaner stünden. Der Griff nach der Weltmacht in der Hinterhand war nie wirklich vom Tisch, ebensowenig wie der Griff nach der Atomkraft. Daß sich die europäischen Mitglieder der NATO geschlossen hinter den US-Präsidenten gestellt haben, ist nicht als Beweis der Sympathie für den Autokraten, wohl aber als Signal für die erstrebte Weltgeltung in eigener Sache zu verstehen.

Hans Schoenefeldt

Frieden braucht Bewegung

Unser Ziel: Eine starke und aktive Friedensbewegung

Seit 1989 unterstützt das Netzwerk Friedenskooperative tatkräftig die Friedensbewegung, indem es Aktionen und Kampagnen initiiert, koordiniert und gestaltet. Unser Ziel ist eine starke Friedensbewegung, die Gehör findet und Alternativen zu Krieg und Militär aufzeigt.

Als Servicebüro für die Bewegung engagieren wir uns vielfältig für einen sozialen Wandel, hin zu einer echten Friedenspolitik. Ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Unterstützung der Ostermärsche sowie die Mitarbeit in Kampagnen, wie z. B. „Büchel ist überall! Atomwaffenfrei.jetzt“ oder „Abrüsten statt aufrüsten!“

Werde Teil des Netzwerks Friedenskooperative!

Mit Deiner Unterstützung als Fördermitglied erzeugen wir gemeinsam mit den vielen Aktiven aus der Friedensbewegung den nötigen Druck von unten. Um unabhängig zu sein, finanzieren wir uns ausschließlich aus Spenden und verzichten auf staatliche Unterstützung. Dein Beitrag versetzt uns in die Lage, die Friedensbewegung mit voller Kraft

zu unterstützen. Denn in Zeiten zunehmender Militarisierung und globaler Konflikte braucht es dringend eine aktive und lautstarke Friedensbewegung.

Fördermitglieder erhalten unsere Zeitschrift „FriedensForum“

Als Fördermitglied schicken wir Dir sechsmal jährlich unser Magazin „FriedensForum“ zu. Jede Ausgabe hat einen eigenen Themenschwerpunkt und berichtet über die aktuellen Aktivitäten und Initiativen der Bewegung. Das „FriedensForum“ ist mit unserer Webseite www.friedenskooperative.de ein wichtiges Medium, um über friedenspolitische Themen zu informieren und Menschen zu mobilisieren.

Frieden braucht Dich! Werde jetzt aktiv!

Auf unserer Webseite www.friedenskooperative.de findest Du vielfältige Mitmachmöglichkeiten:

- Informiere Dich über aktuelle Themen, Kampagnen und Aktionen der Bewegung
- Abonniere unseren monatlichen Newsletter, der über unsere und die Aktivitäten der Bewegung informiert

- Suche mit Hilfe unseres Terminkalenders nach friedenspolitischen Veranstaltungen und Aktion in Deiner Nähe
- Schau in unsere Liste der Friedensorganisationen, ob bei Dir in der Nähe eine Friedensgruppe aktiv ist und nimm Kontakt auf
- Oder gründe eine eigene Friedensgruppe und nutze unseren Leitfaden als Hilfestellung dazu.
- Tritt in Kontakt mit Politikern, und werde Lobbyist für die Friedensbewegung!

Kontakt

Netzwerk Friedenskooperative
c/o Förderverein Frieden e. V.
Römerstr. 88, 53111 Bonn
Tel. 0228 / 692 904
Fax 0228 / 692 906
friekoop@friedenskooperative.de
www.friedenskooperative.de

Spendenkonto

Förderverein Frieden e. V.
ISBN: DE89 4306 0967 4041 8604 00
Kennwort: Mehr Bewegung

Gedanken im Herbst

Siebzig Jahre lebt der Mensch, heißt es im Buch der Psalmen. Hat man achtzig erreicht, ist es hohe Zeit, sein Haus zu bestellen. Eine der Aufgaben ist, zurückzublicken, eine Zusammenfassung, eine Art Buchschluß zu versuchen. Wichtiger aber ist doch, vorwärtszuschauen vor dem Hintergrund dessen, was gewesen. Vielleicht kann etwas von alldem, was ungetan blieb, nachgeholt, vielleicht eine Enttäuschung ausgesöhnt werden; vielleicht ist ein ganz neuer Einsatz möglich.

Ich verlor meinen Kinderglauben frühzeitig, nicht ohne Schmerz. Was damals wehtat, war die neu gewonnene Gewißheit, daß dieses Leben definitiv endet, daß man unwiderruflich aus dem Dasein verschwindet. Es dauerte viele Jugendjahre, bis ich mich ganz mit dem Tod aussöhnen konnte. Meine ersten Gedichtsammlungen bezeugen das. Die Lösung lag darin, daß für mich die Menschheit an die Stelle Gottes trat. Das einzelne Menschenleben erhielt Sinn durch die Einordnung in die Entwicklung des menschlichen Geschlechts. Der Glaube an Gott wurde durch den Glauben an das Leben ersetzt, den Glauben an die Entwicklung. Das war gleich nach Ende des ersten Weltkrieges.

Ich schloß mich als junger Student der Arbeiterbewegung an und begriff die Dialektik der Entwicklung. Nun weiß ich, daß sich die Produktivkräfte fortgesetzt entwickeln, daß das Verhältnis zwischen ihnen und den Produktionsverhältnissen von Spannung und Gegensätzen gekennzeichnet ist. Doch den Glauben an die Entwicklung verlor ich nicht. Die wachsende Bewußtheit der Menschen kann zu gesellschaftlichen Verhältnissen führen, in denen sie, auf hohem technischem und intellektuellem Niveau, in schöpferischer Aktivität, Solidarität und Brüderlichkeit miteinander leben.

Die ersten Atombomben, von Amerikanern abgeworfen auf wehrlose japanische Städte, erschütterten meine relative Sicherheit. Die Entwicklung der Kernwaffen hat mich seither mit immer größerem Entsetzen erfüllt. Ich hatte einst den Glauben an ein Weiterleben für mich selbst verloren. Soll ich jetzt, achtzig Jahre alt, konstatieren müssen, daß die ganze Menschheit keine Zukunft hat? Habe ich eine Illusion nur durch eine andere ersetzt? War das Leben, das Leben der Menschheit, nur ein Gaukelspiel, das mit einer tragischen Katastrophe enden soll? Vieles scheint auf die Unvermeidbarkeit einer solchen Katastrophe hinzudeuten: der vom Imperialismus angeheizte Rüstungswettlauf und die ungeheuren Kernwaffenlager, Waffen, die von gewissenlosen imperialistischen Politikern und Militärs zur Anwendung vorgesehen sind. Die Versuchung, auf den Knopf zu drücken, kann für sie übermächtig werden.

Die Welt hat sich jedoch seit dem zweiten Weltkrieg verändert. Als er begann, gingen nur 17 Prozent der Weltproduktion auf sozialistischem Territorium vor sich, in

der Sowjetunion. Heute kann man mit fast 40 Prozent rechnen, viele Länder haben seither den sozialistischen Weg eingeschlagen. Führende imperialistische Politiker befürchten, daß sich diese Entwicklung fortsetzen wird. Und manche überlegen, ob es nicht „angebracht“ sei, den Sozialismus, bevor er sich in der ganzen Welt durchgesetzt hat, zu vernichten. Das aber könnte, so kalkulieren sie, nur durch Krieg geschehen. Gleichzeitig herrscht die ökonomische Krise in der kapitalistischen Welt. Sie erscheint nicht überwindbar. Der Monopolkapitalismus hat keine Mittel, seine eigenen Probleme zu lösen. Die Arbeitslosigkeit wird weiter zunehmen, Not und Hoffnungslosigkeit werden wachsen, und das Vertrauen in die Kräfte der „Marktwirtschaft“ wird weiter abnehmen. Die Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen werden stärker. Ich kann mir kaum vorstellen, daß es heute in der westlichen Welt noch einen klar denkenden führenden Ökonomen oder Industriellen gibt, der wirklich an eine Zukunft des Kapitalismus glaubt. Aber die Männer in der Milliardärsklasse werden die Macht nicht freiwillig aus der Hand geben. Wenn die Arbeiterklasse nicht auf der Hut ist, wird das Resultat, wie es leider manchenorts in der kapitalistischen Welt der Fall ist, Faschismus sein. Und Faschismus bedeutet Krieg.

Doch: durch die Welt geht eine mächtige Friedensbewegung. Immer mehr Menschen beginnen einzusehen, daß die Gefahr eines Kernwaffenkrieges droht. Die Friedensbewegung ist am stärksten im Osten, aber sie hat auch im Westen erstaunliche Kraft gewonnen. Die vielen Friedensorganisationen arbeiten für ein konkretes Ziel: internationale Abkommen für einen Kernwaffenstopp, Rüstungseinschränkung und Abrüstung sowie Anerkennung des europäischen Nordens als kernwaffenfreie Zone. Berufsgruppen, so Ärzte, Lehrer, Geistliche u. a., werden von ihren berufsethischen Prinzipien ausgehend aktiv, und mit Befriedigung stelle ich fest, daß auch meine eigenen Berufskollegen, die Schriftsteller, beginnen, sich für die Sache des Friedens zu organisieren. Ich habe manchmal – jene oben genannten bedrohlichen Fakten bedenkend – gefürchtet, daß die Friedensbewegung zu spät in Gang gekommen sei. Es ist ja doch ein sehr schlechtes Zeichen, daß Präsident Reagan sich weigert, dasselbe zu tun wie der sowjetische Staatschef: zu versichern, daß sein Land niemals einen Kernwaffenkrieg beginnen wird. Was kann die Weigerung anderes bedeuten, als die Hände frei haben zu wollen, um auf den Knopf zu drücken? Gleichzeitig wird, und das seit vielen Jahren, in den Massenmedien der westlichen Welt eine systematische Hetze gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder geschürt.

Das Ziel ist, eine Art Kreuzzugsstimmung zu erzeugen, in der ein Angriffskrieg akzeptabel erscheint. Hinter dieser Hetze

stehen die handfesten ökonomischen Interessen der kapitalistischen Rüstungsindustrie. Nichts fürchtet diese Industrie mehr als Entspannung, denn Entspannung würde die Staaten weniger geneigt machen, enorme Summen für das Wettrüsten anzulegen. Daß es offenkundig sehr mächtige Interessen sind, die hinter der Hetze gegen die Länder des Sozialismus stehen, macht die Lage äußerst gefährlich.

Die Frage ist, ob die Friedensbewegung stark genug geworden ist, bevor es zu spät ist. Und Sorge macht, daß sich mancher im Westen dieser Situation noch nicht bewußt ist, sondern sich immer noch von der Hetze beeinflussen läßt. Niemals zuvor war die Menschheit einer solchen Bedrohung ihrer ganzen Existenz ausgesetzt. Ich betrachte diese Bedrohung als akut. Deshalb widme ich die Zeit, die mir verbleibt, der Arbeit für den Frieden, als Vorsitzender des Schwedischen Friedenskomitees und als Vorsitzender des Verbandes Schweden – DDR, der ebenfalls eine Friedensorganisation ist mit dem konkreten Ziel, zwei Länder mit gegensätzlichem Gesellschaftssystem einander näherzubringen.

Wenn ich, im Alter von achtzig Jahren, meinen innerlichsten Wunsch ausdrücken darf, dann ist es ohne Zögern der: Mögen die Kräfte des Friedens rechtzeitig so stark werden, daß die Menschheit überlebt.

Stellan Arvidson (1902–1997)

Übersetzung aus dem Schwedischen: A. Storni

Stellan Arvidsons „Herbstgedanken“ sind Gedanken eines Mannes, der viel ausgerichtet hat. In sehr verschiedenen Formen, immer streitbar, setzte er sich mit der Wirklichkeit seines Landes und unserer Welt auseinander: in messerscharfen antifaschistischen Kampfschriften wie in dialektisch verdichteten Versen, in vielbeachteten Reden als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter wie in lebenslanger literaturtheoretischer Arbeit.

Er trägt den Ehrennamen eines „Vaters der schwedischen Einheitschule“ und stand viele Jahre an der Spitze des Schwedischen Schriftstellerverbandes. Nach seinem unvergessenen solidarischen Einsatz für deutsche Antifaschisten und für die Sache Spaniens und Vietnams wählte er folgerichtig die antiimperialistische Friedensbewegung zu seinem Kampfplatz. Sein verdienstvolles Wirken als Vorsitzender der Gesellschaft Schweden – DDR ist in unserem Lande (davon zeugt auch seine Auszeichnung mit dem „Stern der Völkerfreundschaft“ in Gold) sehr geschätzt.

(Aus: „Weltbühne“, 26. Oktober 1982)

Alles wahre Demokratie, oder was?

Im neugewählten Europäischen Parlament gab es drei bemerkenswerte Eklats. Die Katalanen Carles Puigdemont, sein Parteikollege Antonio Comín und ein dritter Katalane (befindet sich z. Z. in Spanien in Haft) waren Ende Mai demokratisch ins EU-Parlament gewählt worden. Sie konnten jedoch ihre Abgeordnetenplätze in Straßburg nicht einnehmen. Das spanische EU-Wahlrecht verlangt nämlich von jedem gewählten spanischen Abgeordneten, einen Schwur auf die Verfassung abzulegen. Da gegen die beiden katalanischen Gewählten Puigdemont und Comín in Spanien ein Verfahren wegen Aufruhr droht, konnten die im Exil Lebenden keinen Eid ablegen. Auf Betreiben der spanischen Regierung werden ihnen ihre Sitze im EU-Parlament verweigert. Nur einen Tag vor der konstituierenden Sitzung des EU-Parlaments in Straßburg wies das Gericht der Europäischen Union im Eilverfahren eine Klage der beiden Katalanen ab. „Laut dem EU-Gerichtspräsidenten könne das Europaparlament nicht nachprüfen, ob Abgeordnete einen legitimen Anspruch auf ihr Mandat haben, wenn sie nicht in der nationalen Liste erwähnt sind.“ („Zeit Online“, 1. Juli 2019) Ist das nicht wahre Demokratie? Zu Beginn der konstituierenden Sitzung (2. Juli 2019) haben Hunderte Menschen vor dem EU-Parlament dafür demonstriert, daß die katalanischen Abgeordneten ihre Mandate antreten können. Die angereisten Demonstranten standen auf zwei Zugangsbrücken zum Parlamentsgebäude in Strasbourg. Sie schwenkten Fahnen und Losungen. „Selbstbestimmung ist kein Verbrechen“ war auf einem Banner zu lesen. Nach Polizeiangaben sollen 10 000 Demonstranten aus Spanien/Katalonien an dem Protest teilgenommen haben.

Den zweiten Eklat bei der Parlamentseröffnung provozierten britische EU-Parlamentsmitglieder. Abgeordnete der britischen Brexit-Partei haben sich demonstrativ umgedreht, als die „Ode an die Freude“ aus dem letzten Satz der neunten Sinfonie Ludwig van Beethovens (vermeintliche Europahymne) zu Beginn der konstituierenden Sitzung des EU-Parlaments intoniert wurde. Die Briten demonstrierten deutlich ihre ablehnende Haltung zur EU.

Den Posten des EU-Parlamentspräsidenten erhielt David-Maria Sassoli (63) von der italienischen sozialdemokratischen PD (Partito Democratico) im zweiten Wahlgang mit 345 von 667 gültigen Stimmen für zweieinhalb Jahre. Der deutsche Spitzenkandidat der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) für irgendeinen EU-Posten, Manfred Weber (CSU), hatte keine Chance. Vielleicht erhält er den gut dotierten Job in zweieinhalb Jahren.

Auf dem G20-Treffen in Osaka heckten Merkel und Macron einen Plan aus, wie der Posten des EU-Kommissionspräsidenten besetzt werden könne. Spitzenkandidat Weber flog aus dem Rennen. Er hätte im EU-Parlament keine Mehrheit erhalten.

Gemeinsam mit Spanien und den Niederlanden einigte man sich auf den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Frans Timmermans als Vorschlag zur Besetzung des Postens als Kommissionschef. Die Personalie scheiterte jedoch an den rechten osteuropäischen Staats- und Regierungschefs wegen der Rolle Timmermans bei der Maßregelung osteuropäischer Länder, z. B. Polens und Ungarns.

Der französische Präsident und die deutsche Kanzlerin wollten sich jedoch das Heft nicht aus der Hand nehmen lassen und präsentierten am 3. Juni 2019 Frau Ursula von der Leyen als Vorschlag für den Posten des EU-Kommissionspräsidenten. Schließlich sind Frankreich und die BRD die Führungsmächte in der EU.

Die nun ehemalige deutsche Kriegsministerin stand daheim unter ständigem Feuer wegen eines Untersuchungsausschusses zu dubiosen Beraterverträgen, wegen Rechts extremismus in der Bundeswehr und finanzieller Engpässe/Fehlentscheidungen. Mit der Personalie Ursula von der Leyen steuerte Frau Merkel den SPD-Koalitionspartner aus. Entsprechend enthielt dieser sich der Stimme im Europäischen Rat bei der Abstimmung über die Kandidatin für den Posten des Kommissionspräsidenten. Frau von der Leyen wurde am 11. Juli 2019 im EU-Parlament durchgewunken. Sie erhielt von 747 Mandaten 383 Stimmen, nur neun Stimmen mehr als erforderlich. Das ist ein mehr als miserables Ergebnis. Eine wirkliche Wahl hatte das Parlament jedoch nicht. Um der Dame innerhalb von 14 Tagen in den Sattel des Kommissionschefs zu helfen, wurde im Vorfeld ein Stab gegründet, der das Parlament beeinflussen sollte. Dazu bediente man sich aller Methoden der Demokratie wie „Gespräche“ mit den Fraktionen, politische Versprechungen, Druckausüben auf Abgeordnete z. B. durch nationale Regierungen oder auch Bestechung (Postenangebote) u. a. m.

Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten wurden ja fast schon als vaterlandslose Gesellen dargestellt, weil sie ihre Stimmen von der Leyen nicht geben und am Spitzenkandidatenprinzip festhalten wollten.

Das Postengeschacher ist jedoch umfassender: Donald Tusk gab bekannt, daß der Europäische Rat Christine Lagarde, bisher Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), für die Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB) und den Spanier Josep Borrell i Fontelles für den Posten des EU-Außenbeauftragten nominierte. Der belgische Ministerpräsident Charles Michel ist als neuer EU-Ratspräsident vorgesehen und löst somit Tusk ab.

Die Juristin Lagarde war als Chefin des IWF im Rahmen der „Troika“ sehr stark in die brutale Regelung der Verschuldung Griechenlands involviert. Weniger bekannt ist, daß sie in einem Betrugsskandal als Ministerin unter dem früheren Präsidenten Nicolas Sarkozy verwickelt war. Sie

schanzte Bernard Tapie, Adidas-Hauptanteilgeber und Spezi von Sarkozy, in einem der größten Justiz- und Betrugsskandale der vergangenen Jahrzehnte 403 Mio. Euro aus der Staatskasse zu. Unter dem Sozialdemokraten Präsident Hollande mußte Tapie diesen Betrag nach 2012 zurückzahlen. Lagarde wurde Ende 2016 als politisch Verantwortliche vor Gericht der „Fahrlässigkeit“ im Umgang mit öffentlichen Finanzen schuldig gesprochen. Die Euro-Finanzminister nominierten sie trotzdem als EZB-Präsidentin. Zu ihren herausragenden „Fähigkeiten“ zählt übrigens auch, daß sie nie eine nationale Zentralbank von innen „gesehen“ hat.

Nach der EU-Parlamentswahl 2019 wurde Josep Borrell i Fontelles (72 Jahre) Anfang Juli 2019 vom Europäischen Rat für die Position des EU-Außenbeauftragten nominiert. Um das Amt zu bekommen, muß er vom Europäischen Parlament noch bestätigt werden. Er ist ebenfalls ein typischer Berufspolitiker. Karriere machte er im spanischen Staatsapparat und wurde 1991 Minister für Infrastruktur, Transport und Umwelt und ist ab 2018 spanischer Außenminister. 2004 wurde er ins EU-Parlament gewählt und war sogar dessen Präsident. Januar 2010 wurde Borrell Präsident des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz. Da er „vergessen“ hatte, 300 000 Euro Einnahmen pro Jahr als Aufsichtsratsmitglied beim Energiekonzern Abengoa offenzulegen, mußte er zum Ende des akademischen Jahres 2012 das Amt als EHI-Präsident räumen. Bemerkenswert ist auch seine Rolle im Konflikt um die politische Zukunft der Region Katalonien. Der Katalane Borrell engagierte sich auf der Seite jener Kräfte in Spanien, die mehr Freiheiten und Selbstbestimmung für Katalonien verhindern. Dieser Mann soll die europäischen Werte (welche?) nach außen vertreten!

Kommen wir zur vierten Person des Personaltableaus – Charles Michel. Auch er ist ein typischer rechter Politikarier. Im Jahre 2014 ist er Premierminister in Belgien geworden. Seit Dezember 2018 regiert er in Belgien mit einer Minderheitsregierung. Er hat sich als unfähig erwiesen, eine ordentliche funktionsfähige Regierung zu bilden. Dieser Mann soll ab 1. Dezember den Posten des Ratspräsidenten übernehmen und hochkomplexe Probleme, divergierende Interessen der EU-Staaten und den Führungsanspruch der EU in Europa und in der Welt koordinieren. Sicher ist jedoch: Er und von der Leyen kennen sich von den Bilderberg-Konferenzen 2015 und 2016. Bei der jährlich tagenden Bilderberg-Konferenz handelt es sich um ein informelles Treffen von einflußreichen Personen aus Wirtschaft, Politik, Militär, Medien, Hochschulen, Hochadel und Geheimdiensten. Auf diesen geheimen Treffen stimmt die vermeintliche Weltelite ihre Standpunkte zur Politik und zu Strategien für die Sicherung und Durchsetzung der kapitalistischen Weltherrschaft ab.

Für den dritten Eklat im EU-Parlament sorgte der deutsche EU-Abgeordnete Martin Sonneborn (Die Partei) am Wahltag der neuen Kommissionspräsidentin mit viel Spott. Sonneborn freute sich darüber, daß er nicht mehr der unseriöseste Vertreter der Europäischen Demokratie ist. Er bezeichnete das „Personaltableau“ des EU-Rates als Parade von Inkompetenz und moralischer Wurstigkeit.

Abschließend bleibt nur noch festzustellen, daß nach den „demokratischen“ Wahlen zum EU-Parlament 2019 die Europäische Union sich als das entlarvte, was sie ist: ein undemokratischer imperialistischer Zusammenschluß von europäischen Staaten mit supranationalem Charakter und einer Fassadendemokratie. Die wesentlichen Organe der EU werden nicht durch die Völker der Mitgliedstaaten demokratisch

gewählt oder kontrolliert. Die Gesamtkonstruktion wird beherrscht durch die großen Führungsmächte BRD und Frankreich. Das Großkapital, die Monopole, bestimmen die wirtschaftliche, politische und militärische Entwicklung auch über die Postenbesetzung in den einzelnen Strukturen der EU.

Dr. Ulrich Sommerfeld

Nachdenken über Planwirtschaft und Marktwirtschaft

In der OXI-Ausgabe Nr. 4/19 des ND fragt Erika Maier in ihrem Beitrag: „War die DDR marode?“ Es wurde mit konkreten Fakten nachgewiesen, daß dieses planwirtschaftliche Modell trotz widriger Bedingungen beachtenswerte wirtschaftliche Ergebnisse vorzuweisen hatte. Aber nicht nur die Startbedingungen haben uns das Leben so unerhört schwer gemacht. Mit dem uns aufgezwungenen Wettrüsten, dem fast flächendeckenden Embargo, den Handelsbeschränkungen usw. hat der Gegner versucht, uns in die Knie zu zwingen. Alle diese bekannten Fakten werden aber oft in aktuellen Diskussionen, auch bei linken Experten, einfach unterschlagen und Probleme, die es natürlich gab, allein der Planwirtschaft und dem Volkseigentum zugeschoben.

Deshalb unterstütze ich die Feststellung der Autorin, daß die DDR-Wirtschaft allen Bürgern eine hohe soziale Sicherheit gab und insgesamt in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Leistungen hervorgebracht hatte, an welche die reiche BRD bis heute oft nicht heranreicht.

Es greift aber zu kurz nur zu konstatieren, daß es bei uns auch gute Seiten gegeben hätte, die man in ein Plus-Minus-Saldo einrechnen sollte.

Als entscheidend betrachte ich, daß ein qualitativ grundsätzlicher, man kann sagen, epochaler Unterschied zwischen den beiden Wirtschaftsmodellen, dem kapitalistischen Marktwirtschaftssystem und der Planwirtschaft im Sozialismus, besteht. Diese beiden Modelle unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Zielsetzung. Die kapitalistische Marktwirtschaft ordnet ihr ganzes Handeln der Erzielung maximalen Profits unter, und der Bedarf ist nur Mittel zu diesem Zweck (wobei der Bedarf hier auch nur insoweit zählt, wie er auch ausreichend zahlungsfähig ist).

In unserer Planwirtschaft standen vor allem die Befriedigung der grundlegendsten Bedürfnisse der Menschen überhaupt im Mittelpunkt: Arbeit, Wohnen, Umweltschutz, Friedenserhalt, Zukunftssicherheit aller Menschen, Menschenwürde.

Natürlich konnten wir diesen Erfordernissen nicht „auf Anhieb“ vollumfänglich gerecht werden.

Dazu waren einerseits die – wie oben angedeutet – äußeren Bedingungen viel zu schwierig, andererseits hatte unser praktiziertes Planmodell zu viele Unzulänglichkeiten. (Das besagt aber auch, daß wir die Möglichkeiten eines solchen Wirtschaftssystems noch lange nicht ausgeschöpft haben.)

Aber die nachweisbaren Erfolge berechtigen zu der Aussage, daß wir bewiesen haben, daß ein besseres, sozialeres, gerechteres Wirtschaftsmodell möglich ist. Wir haben Probleme gelöst, an denen sich die „freiheitlich-demokratische Ordnung“, die „soziale Marktwirtschaft“ seit ihrem Bestehen die Zähne ausbeißt oder die sie einfach nur als unabwendbar hinnimmt. Ich verweise nur auf permanente Arbeitslosigkeit, Kinder- und Altersarmut, Zukunftsängste usw.; aber auch auf Betrugsskandale, Steuerhinterziehung, Korruption, Lobbyismus, Medienmanipulation und anderes mehr. Das waren für uns praktisch Dinge aus einer fremden Welt. Natürlich sind auch wir nicht völlig problemlos geblieben. Die Frage ist nur: Waren diese Probleme zwangsläufig, also unabwendbar mit dem planwirtschaftlichen System verbunden oder einfach nur vermeidbare Unzulänglichkeiten in der konkreten Umsetzung, Unzulänglichkeiten und Fehlentscheidungen also, wie sie auch in der heutigen Unternehmenswelt tagtäglich auftreten, ohne daß deswegen je die Systemfrage gestellt worden ist?

Im Gegensatz zu unseren Defiziten sind die Gebrechen der heutigen kapitalistischen Welt systembedingt, also im Rahmen dieses Systems nicht lösbar, bestenfalls kann man ihre Auswirkungen etwas glätten, aber nicht aufheben.

Eine Formulierung im Programm der Linkspartei heißt „... aufgrund bitterer historischer Erfahrungen ...“ Damit sind aber nicht etwa die jahrtausendelangen Erfahrungen mit Privateigentum gemeint, sondern die rund 40 Jahre Planwirtschaft und Volkseigentum, was die Partei Die Linke veranlaßt zu verkünden, daß dies „unser Ziel“ nicht sein könne. Die Geschichte beweist anderes. Denn dieses Privateigentum ist es – ob zunächst nur Grund und Boden, dann ganze Länder, Bodenschätze, Naturreichtümer, auch Menschen von Leibeigenen und Sklaven bis zu „abhängig“ Beschäftigten (nämlich abhängig von Privateigentümern der Produktionsmittel),

Produktions-, Handels-, Kommunikationsmittel, Medien und so weiter bis hin zu riesigen Kapitalvermögen, Banken, Versicherungen, Hedgefonds –, das ursächlich verbunden ist mit Ausbeutung, Unterdrückung, Versklavung, Vertreibung und gar Vernichtung ganzer Völkerschaften, Spaltung der Bevölkerung in Arm und Reich, Raubbau an der Natur, sozialen Spannungen und Konflikten bis hin zu blutigen Auseinandersetzungen und Kriegen. Das ist das Wesen des Privateigentums! Alle diese Probleme lassen sich direkt oder indirekt auf Wirtschaftssysteme zurückführen, die auf privatem Eigentum an Produktionsmitteln und Kapital allgemein basieren.

Ein anderes Wirtschaften ist selbst bei bestem Willen der einzelnen Marktakteure nicht möglich. Denn das auf Privateigentum beruhende Wirtschaftssystem ist durch einen nicht aufhebenden Widerspruch charakterisiert: Alle Entscheidungen und Handlungen sind dem Profitstreben und dem Konkurrenzkampf der Einzelkapitale untergeordnet, bei dem die wirklich wichtigen volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfordernisse weitgehend unberücksichtigt bleiben.

Wer sich erst einmal in die Fänge des Privateigentums hineinbegeben hat, kann sich daraus nicht selbst wieder befreien, er ist gefangen in dem selbstgewählten Weg des ständigen Dranges nach Maximalprofit und des Zwanges, sich im Konkurrenzkampf zu behaupten. Und alles, was diesen Drängen und Zwängen im Wege ist, was also keinen oder nicht genügenden Profit abwirft, wird ignoriert und sabotiert, und es wird ihm höchstens auf äußeren Druck entsprochen.

Im System der kapitalistischen Marktwirtschaft haben solche für die Existenz der Menschheit notwendigen Erfordernisse wie Klima- und Naturschutz, soziale Gerechtigkeit, Friedenssicherung keinen systemeigenen Platz. Diesen Erfordernissen kann bestenfalls durch gesellschaftliche Kräfte, Gewerkschaften, Massenbewegungen, politische und staatliche Entscheidungen entsprochen werden, sie können aber den Widerspruch insgesamt nicht aufheben. Zumal dann, wenn bei den politisch herrschenden Kräften neoliberale Auffassungen dominieren, nach denen (angeblich) der Markt alles richten würde und sich der Staat möglichst nicht einmischen dürfe. Und ich

befürchte, daß auch bei „linken“ Vordenkern solche Auffassungen verwurzelt sind. Und wenn darauf verwiesen wird, daß im Laufe der Zeit durchaus auch gesellschaftliche, zivilisatorische Fortschritte erreicht worden sind und auch das Lebensniveau der einkommensschwächeren Menschen deutlich höher ist als vielleicht noch vor hundert Jahren, so jedenfalls nicht *wegen*, sondern *trotz* des Kapitalismus. Diese Fortschritte hat der Kapitalismus nicht aus seinem inneren Trieb heraus den Menschen angedeihen lassen, nein, es mußte ihm in harten Kämpfen abgetrotzt werden. Dieser Widerspruch ist letztlich nur lösbar durch Aufhebung der Spaltung der Gesellschaft in Besitzende und Besitzlose. Das lehrt die bittere historische Erfahrung, und zwar seit weit mehr als einem Jahrtausend. Die Leistungsfähigkeit und Qualität eines Wirtschaftssystems ist nicht daran zu messen, was das kapitalistische System an sich selbst als Maßstab anlegt, nämlich Wachstum, Effektivität, Kreativität, unternehmerische Freiheiten usw., sondern vielmehr daran, was es mit dem gegebenen Potential für alle seine Bürger zu leisten imstande ist.

Das ist nicht nur eine allgemein theoretische Überlegung, das waren auch Erkenntnisse, die dem Wesen der marxistischen Lehren entsprechen und dem Grundkonzept des praktizierten planwirtschaftlichen Modells in der DDR entsprachen.

Wir haben unsere Wirtschaftspolitik den grundlegenden Anforderungen nach Wohlergehen aller Menschen, der Sicherung des Friedens, der Bewahrung der Natur usw. untergeordnet und uns frei gemacht von der Diktatur privater Kapitaleigentümer. Daß wir dabei nicht immer die glücklichste Hand hatten, ist nicht abzustreiten. Dennoch bleibt wahr, daß wir die Gebrechen des Kapitalismus überwinden und ein hohes Maß an Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit erreichen konnten. Die entscheidenden Grundpfeiler eines künftigen Modells sind Planwirtschaft im Sinne von bewußtem, vorausschauendem Durchdenken aller wirtschaftlichen Prozesse und vergesellschaftetes Eigentum, also die Verfügungsmacht über die wirtschaftlichen Potentiale der Gesellschaft als unabdingbare Voraussetzung dafür, daß die getroffenen Entscheidungen auch tatsächlich realisiert werden können.

Zugleich geht es darum, einen entscheidenden Schwachpunkt unserer praktizierten Plan- und Leitungsmethoden, die Unterschätzung der marktwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten, die über Wertkategorien wie Preis Kosten, Gewinn usw. vermittelt werden, zu überwinden.

Das ist mein Denkansatz für ein künftiges „Neues Ökonomisches System“, das in der Tat Parallelen zum damaligen NÖS der DDR aufweist, aber in nicht unwesentlichen Fragen auch neue Vorschläge beinhaltet. Ich nenne es marktgestützte Planwirtschaft.

Mir geht es darum, die Vorzüge, die bereits in unserer (unvollkommen) praktizierten Planmethodik ihre Wirksamkeit auf volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene gezeigt haben, mit den Vorzügen einer kontrollierten Marktwirtschaft mit ihrer die Effektivität, Bedarfsgerechtigkeit und Stabilität fördernden Wirkung zu verbinden.

Eine kritische, aber auch konstruktive Auseinandersetzung mit unseren Erfahrungen ebnet den Weg zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsstrategie.

Dr. Peter Elz

Königs Wusterhausen

Ketzer, Geld und Verschwörungen

Am 6. Juli 1415 wurde ein „Ketzer“ auf dem Scheiterhaufen verbrannt: der tschechische Reformator und Nationalheld Jan Hus (1370 – 1415)

Er stand auf der Seite der von katholischer Kirche und dem Adel geknechteten und ausgebeuteten Bauern und Handwerker. In seinem 1413 verfaßten Werk „De Ecclesia“ (Über die Kirche) übernahm er die Thesen des englischen Theologen John Wyclif (1330–1384), der schon 150 Jahre vor Martin Luther als „Dr. Evangelicus“ die Abschaffung des widernatürlichen Zölibats, der Ohrenbeichte, der Heiligenverehrung und des Papsttums gefordert hatte. Wyclif und seine Anhänger, die Lollarden, wurden unerbitlich verfolgt.

Jan Hus hatte erkannt, daß dieses parasitäre System abgeschafft werden mußte, da die Mächtigen aus Kirche und Adel die Völker immer wieder in neue Kriege treiben würden. Er verlangte die Säkularisierung des gesamten Kirchenbesitzes und das Verbot der Ausübung militärischer Gewalt durch die Kirche – ein Angriff auf die Grundfesten der Kirche und damit auch auf das Schmarotzertum des Adels. Mit dem Versprechen des freien Abzuges lockte Papst Gregor XII. Hus nach Konstanz. Nach der Weigerung des Widerrufes seiner Thesen und Forderungen verurteilte man ihn zum Tode und verbrannte ihn.

Oder erinnern wir uns an einen anderen Mann, der schon früh den Kampf gegen Papsttum, Obrigkeitdenken, Unterdrückung und Ausbeutung der Bauern durch den Adel aufgenommen hatte. Es war der radikale Sozialrevolutionär Thomas Müntzer (1489–1525). Als Agitator und einer der Anführer der thüringischen Bauernaufstände hielt er am 13. Juli 1524 in Allstedt seine „Fürstenrede“. Seine Anklage richtete sich

gegen die vom Papsttum beherrschte Obrigkeit und die durch die Macht geprägte weltliche Ordnung. Und anders als Luther stand er für die gewaltsame Befreiung der Bauern. In seiner Rede forderte er die Abschaffung aller Privilegien für Kirche und Adel, Auflösung aller Klöster, Unterkünfte für Obdachlose und eine permanente Armenspeisung.

Sein Todesurteil! Der Versuch, die Bauernheere zu vereinigen, um gegen die Söldner von Kirche und Adel zu kämpfen, wurde durch Verrat, Erpressung, Lüge und Geldzahlungen an einige Freibauern als Strategie der Macht verhindert. Nach der Schlacht bei Frankenhausen wurde er am 15. Mai 1525 gefangengenommen, enthauptet, seine Gebeine wurden verbrannt und der Kopf auf eine Pike gesteckt. Die in die Stadt geflüchteten Bauern wurden allesamt von den Söldnern erschlagen.

Sein Andenken und sein Kampf gegen die Feudalherrschaft wurden in der DDR geehrt. Seine Geburtsstadt und der Ort seines Todes (Stolberg und Mühlhausen) erhielten den Zusatz „Thomas-Müntzer-Stadt“ so wie in der BRD Eisleben und Wittenberg den Zusatz „Martin-Luther-Stadt“ tragen. Nach der „Wende“ wurde diese Ehrung auf Betreiben der CDU unter Helmut Kohl gestrichen.

Zu erinnern ist ebenso an den 13. Juli 1949. Dieser Tag verbindet sich mit einer der schmutzigsten Machenschaften der katholischen Kirche unter dem Pontifikat Pius XII. In Italien ging ein Gespenst um, das Gespenst des Kommunismus. Und das Gespenst drohte, Realität zu werden. Unter der Führung von Palmiro Togliatti (1893–1964) war die Kommunistische Partei Italiens zur zweitstärksten Partei in Italien und zur stärksten nichtregierenden kommunistischen Partei Europas erwachsen. Von 1944 bis 1945 als stellvertretender Ministerpräsident

an einer bürgerlichen Regierung beteiligt, strebte er mit den Sozialisten eine Volksfront an, um auf parlamentarischem Weg Staat und Gesellschaft zu revolutionieren. Und eine Übernahme nach der Wahl schien möglich!

Bei der Democrazia Cristiana unter de Gasperi brach Panik aus. Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, wandte man sich an die USA, die Hüterin des Kapitalismus. Präsident Truman reagierte sofort, bewilligte 8,4 Millionen US-Dollar und beauftragte die CIA, die Sache zu „regeln“.

Deren Agenten setzten die in die USA eingewanderten Italiener unter Druck, ihre Verwandten in Italien „aufzuklären“, warum sie auf keinen Fall die KPI wählen durften, denn dann würde die Welt untergehen. Hunderttausende von Briefen erreichten die „armen“ Verwandten mit den Aufforderungen, „christlich“ zu wählen. Um sicherzugehen, daß keiner aus der Reihe tanzt, wurde Papst Pius XII. an die Spitze des Kreuzzuges gegen die kommunistische „Bedrohung“ gestellt.

Der Papst, der durch die von Pius IX. beim 1. Vatikanischen Konzil erklärte Unfehlbarkeit die absolute „Wahrheit“ verkörperte, verkündete am 13. Juli 1949 das am 1. Juli 1949 erlassene Dekret des heiligen Offiziums gegen den Kommunismus: Wer einer kommunistischen Partei beitrifft, den Kommunismus fördert oder unterstützt, kommunistische Publikationen schreibt, druckt, herausgibt oder liest, wird exkommuniziert.

Für einen Katholiken in Italien, ob Mann, Frau oder Kind, die geistige Todesstrafe.

Die von der Mafia infiltrierte DC siegte. Die stärksten Waffen des Kapitalismus, Geld und Verschwörungen, haben der Wahrheit keinen Platz gelassen.

Joachim Augustin

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Oktober 1935 – Brüsseler Konferenz der KPD

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen

Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderer unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

9. Oktober 1975

Im Winter 1935 erhielten Gestapoleitstellen eine Information ihrer Zentrale, in Brüssel habe eine Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands stattgefunden. Die Grenzposten wurden angewiesen, Teilnehmer dieser Konferenz bei ihrer illegalen Rückreise aufzuspüren und zu verhaften. Der ganze Fahndungsapparat der Nazibehörden wurde alarmiert; man konnte jedoch nicht einen einzigen Delegierten festnehmen.

Quelle für die Gestapoinformation war eine Dezemberrnummer der „Roten Fahne“, des Zentralorgans der KPD, das unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur seit Frühjahr 1933 illegal erschien. Die „Rote Fahne“ hatte eine Notiz über die Parteikonferenz veröffentlicht und als Tagungsort Brüssel genannt – aus Tarnungsgründen und zur Irreführung der Faschisten. Die Zeitung hatte diese Meldung erst gebracht, nachdem der Parteiführung der KPD Nachrichten vorlagen, daß die Delegierten wieder ihre Heimatorte erreicht hatten. Die Konferenz war nämlich längst beendet, sie hatte vom 3. bis 15. Oktober 1935 nicht in Brüssel, sondern in der Nähe Moskaus getagt. Diese Zusammenkunft war von historischer Bedeutung für den Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen den Hitlerfaschismus, um eine antifaschistische Demokratie und für den Sozialismus in Deutschland. In der Geschichte der KPD zählt diese Konferenz als 13. Parteitag.

Sicher vor den Anschlägen des faschistischen Klassenfeindes hatte also die Brüsseler Konferenz – so wurde sie auch künftig genannt – ihre verantwortungsvolle Arbeit durchführen können. Fast 40 stimmberechtigte Delegierte und einige Gäste nahmen an ihr teil. Zu den Delegierten zählten Mitglieder des Zentralkomitees und des Politbüros der KPD, die von ihren Emigrationsorten aus die illegalen Parteiorganisationen in Deutschland anleiteten; andere kamen aus Berlin und Bremen, Frankfurt am Main und Hamburg, dem Rhein-Ruhr-Gebiet, von der Saar und aus Sachsen. Zu ihnen gehörten Funktionäre aus den Massenorganisationen der Arbeiterklasse und Mitarbeiter der Parteipresse. Fast alle illegalen Parteibeirke der Kommunistischen Partei Deutschlands waren vertreten.

Lange vor der Konferenz brachen die Delegierten auf; den Weg hatten die dafür zuständigen Parteiorgane vorbereitet. Einer von ihnen, Karl Mewis, erinnerte sich: „Die Reise verlief ohne Zwischenfall. Diesmal fuhr ich als

Holländer. Mit einem dänischen Schiff ging es nach Esbjerg und von dort mit der Eisenbahn zunächst bis Kopenhagen; weiter dann über den Öresund nach Stockholm, von dort wieder mit einem Schiff nach Abo, dem finnischen Hafen, und schließlich mit der Eisenbahn über Helsinki und Wyborg nach Leningrad ... Man fuhr wieder durch Freundesland, nach Mos-



kau.“ So oder ähnlich reisten auch die anderen Delegierten, illegal Grenzen überquerend, gesichert durch die Solidarität der Bruderparteien.

Manche Genossen waren sogar schon Monate vor der Parteikonferenz von ihren Kampfplätzen aufgebrochen, weil die Partei sie noch zu einem bedeutenderen Kongreß delegiert hatte, zum VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der im Juli/August 1935 stattgefunden hatte. Ich kann mir ersparen, auf den VII. Weltkongreß detailliert einzugehen – er wurde in dieser Reihe bereits ausführlich gewürdigt. Nur soviel zur Erinnerung: Ausgehend vom veränderten Kräfteverhältnis in der Welt durch den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion und ausgehend von den ersten Gefahren für Frieden und Demokratie durch die Errichtung der faschistischen Diktatur in

Deutschland, entwickelte der VII. Weltkongreß die Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung zum Kampf gegen Krieg und Faschismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Er begründete damit jene Strategie, die den einzelnen kommunistischen Parteien half, eine ihren Kampfbedingungen entsprechende Politik auszuarbeiten, die in ihren Grundzügen bis heute aktuell geblieben ist.

Den deutschen Kommunisten oblag nach dem Weltkongreß die Aufgabe, die dort verallgemeinerten Erfahrungen der Bruderparteien für die eigene Politik auszuwerten und den neuen Weg zum gemeinsamen Kampf aller Antifaschisten zum Sturz der Hitlerdiktatur abzustecken. Diesen Problemen widmete sich Wilhelm Pieck auf der Brüsseler Konferenz im Hauptreferat, dem Bericht des Politbüros des Zentralkomitees der KPD. Wilhelm Florin sprach über „Die konkrete Anwendung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale“. Weitere führende Funktionäre der KPD äußerten sich in Konferenzbeiträgen zu Fragen der Massenpolitik. Walter Ulbricht sprach über das Thema „Die Arbeit in der ‚Deutschen Arbeitsfront‘ und der Wiederaufbau der freien Gewerkschaften“. Anton Ackermann behandelte den „Kampf der Partei um die werktätige Jugend“. Franz Dahlem beschäftigte sich mit dem Thema „Parteiaufbau und Massenarbeit“.

An der Brüsseler Parteikonferenz nahm im Auftrag des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale der Sekretär des Exekutivkomitees und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, Palmiro Togliatti, teil. Er würdigte in einem besonderen Beitrag den VII. Weltkongreß und half den deutschen Kommunisten, die Politik zum Sturz der faschistischen Diktatur und für ein neues, antifaschistisches Deutschland auszuarbeiten. Auch Genosse Dimitri Manuilski, Sowjetunion, war einige Tage anwesend, mit ihm weitere Mitarbeiter des Exekutivkomitees sowie Vertreter der Kommunistischen Parteien Chinas, Frankreichs und Großbritanniens. Sie sprachen ebenfalls auf der Konferenz.

Die Delegierten mußten sich Klarheit über Fragen von großem Gewicht verschaffen. Warum hatte der Faschismus in Deutschland zur Macht kommen können? Welche Politik mußte entwickelt werden, um die Hitlerdiktatur zu stürzen und den drohenden Krieg zu verhindern? Wie sollte nach dem Sturz des Naziregimes ein neues Deutschland aussehen?

Diesen für die Zukunft des deutschen Volkes und für die ganze internationale Arbeiterbewegung so wichtigen Fragen waren nicht nur die Referate und Berichte gewidmet. 38 Delegierte trugen in 54 Diskussionsbeiträgen ihre Erfahrungen aus dem illegalen Kampf zusammen und halfen, diese Fragen zu beantworten. Wilhelm Pieck erklärte zur ersten Frage: „Klar und eindeutig steht vor der deutschen Arbeiterklasse die Tatsache, daß die Kommunistische Partei Deutschlands von dem einzigen Willen beseelt war, die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse gegen den Faschismus zur Verhinderung des Sieges der faschistischen Diktatur herzustellen. Ihre Angebote an die Sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsleitungen waren auf die Auflösung des breitesten Massenkampfes gegen den anstürmenden Faschismus gerichtet.“ Die faschistische Diktatur hätte also verhindert werden können, wenn dieser breiteste Massenkampf zustande gekommen wäre. Aber die sozialdemokratische Parteiführung hatte alle kommunistischen Angebote abgelehnt. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse als einzige Kraft, die alle Demokraten zur Verhinderung der faschistischen Diktatur vereinen konnte, war deshalb nicht zustande gekommen. Die reaktionärsten Teile des Monopolkapitals hatten davon profitiert – der Weg war frei zur Errichtung der faschistischen Diktatur.

Die Brüsseler Konferenz analysierte die bisherige Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die Würdigung ihrer großen Leistungen verband Wilhelm Pieck mit einer kritischen Betrachtung des zurückgelegten Weges. Gestützt darauf sowie auf die Lehren des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und die Erfahrungen der Bruderparteien, arbeitete die KPD die Strategie und Taktik zum Sturze des Hitlerregimes und zum Aufbau eines antifaschistischen Deutschlands aus. Das war entscheidend für die ganze weitere Entwicklung.

Im Referat Wilhelm Piecks und in den Diskussionsbeiträgen anderer Konferenzteilnehmer wurde eine Einheitsfront- und Bündnispolitik der Partei entwickelt, die darauf gerichtet war, alle Teile der Arbeiterklasse, alle Arbeiterorganisationen sowie alle anderen Gegner des Hitlerregimes zusammenzuschließen. Diese antifaschistische Volksfront durfte nicht von den politischen und weltanschaulichen Positionen ihrer einzelnen Teile abhängig gemacht werden. Sie hatte nur eine Voraussetzung: ehrlicher Kampf gegen das Hitlerregime und gegen den Krieg. Zur Sammlung dieser unterschiedlichen sozialen, politischen und weltanschaulichen Kräfte des deutschen Volkes mußten nicht nur alle illegalen, sondern

auch alle legalen Möglichkeiten, die selbst das faschistische Regime bot, ausgenutzt werden. Dazu gehörte die Arbeit in solchen faschistischen Massenorganisationen wie der Deutschen Arbeitsfront und den Sport- und Jugendorganisationen.

Die Verwirklichung der antifaschistischen Einheit der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront bis hinein in das Bürgertum war jedoch entscheidend davon abhängig, daß sich alle Hitlergegner auf das politische Ziel einigten, das mit dem Sturz der Hitlerdiktatur erreicht werden sollte. Deshalb unterbreitete das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands mit der Brüsseler Konferenz allen demokratischen Kräften in Deutschland den Vorschlag, ein „neues, freies Deutschland“ zu schaffen, wie es im Manifest der Parteikonferenz an das werktätige deutsche Volk hieß, nach dem Sturz des Hitlerregimes eine Regierung der proletarischen Einheitsfront bzw. der antifaschistischen Volksfront zu bilden. In dieser Regierung mußte die Arbeiterklasse den entscheidenden Einfluß besitzen; denn nur so war zu sichern, daß in Deutschland eine demokratische Ordnung entstehen konnte, die entscheidende Maßnahmen gegen Faschismus und Militarismus, gegen Großkapitalisten und Großgrundbesitzer durchsetzte. Nur auf diese Weise waren neue gesellschaftliche Grundlagen für eine antifaschistische Demokratie

zu schaffen. In dieser antifaschistischen Demokratie sollten durch den Kampf des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse die Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus geschaffen werden, sollte das Volk über seine Zukunft entscheiden.

Rückschauend ist zu sagen: Die Brüsseler Parteikonferenz beantwortete richtig die Grundfrage des revolutionären Klassenkampfes, die seit dem Eintritt in die Epoche des Imperialismus auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt worden war – die Frage nämlich, wie unter den Bedingungen eines hochindustrialisierten imperialistischen Landes mit einer starken, in bedeutenden Teilen revisionistisch beeinflussten Arbeiterbewegung der Weg zur Errichtung der Diktatur des Proletariats und zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu beschreiten sei. Die KPD wandte damit umfassend die Leninsche Revolutionstheorie auf Deutschland an. Diese Politik ermöglichte während des zweiten Weltkrieges, die breite antifaschistische Volksfront aller Hitlergegner in Gestalt der Bewegung „Freies Deutschland“ zu schaffen. Sie legte den Grundstein dafür, daß nach der Befreiung vom Faschismus in einem Teil des ehemaligen Deutschen Reiches durch den Sieg der Sowjetarmee die antifaschistisch-demokratische Umwälzung beginnen konnte, die schließlich zur Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik führte.

Aus der Schlußansprache von Wilhelm Pieck

Das von der Parteikonferenz gewählte neue Zentralkomitee übernimmt eine sehr hohe Verantwortung vor der Partei, vor der Kommunistischen Internationale und vor den deutschen werktätigen Massen. Die Zuspitzung der Lage in Deutschland, die Verschärfung der Klassengegensätze, die hohe Spannung der internationalen Gegensätze, die zum Weltkrieg treiben, erfordern von dem neuen Zentralkomitee, daß jedes Mitglied sich nicht nur dieser Verantwortung bewußt ist, sondern daß es sich der hohen Aufgabe, der Mobilisierung der Partei, der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Massen für den Kampf zum Sturz der faschistischen Diktatur und zur Verhinderung des Krieges, gewachsen zeigt.

Die einstimmig angenommene Resolution gibt der Partei die Richtschnur ihrer Orientierung und ihres Handelns. Die Resolution enthält die konkrete Anwendung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses. Ich sage nicht zuviel, wenn ich behaupte, daß sie die bedeutendste Resolution ist, die die Partei bisher geschaffen hat. Sie erhält ihren besonderen Wert durch die hohe und komplizierte Aufgabe, die sie in der taktischen Neuorientierung zur Schaffung der Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront der Partei stellt. Es gilt, mit den sozialdemokratischen Arbeitermassen ein enges Kampfbündnis zu schaffen und es bis zur Vereinigung in einer revolutionären Massenpartei zu entwickeln. Es gilt, die werktätige Jugend in einer gewaltigen Freiheitsfront zu erfassen, die Verbündeten des Proletariats, die städtischen Mittelschichten und die Bauernmassen, in der antifaschistischen Volksfront zu vereinigen

– alles für ein Ziel: für den Sturz der faschistischen Diktatur, für die Verhinderung des Krieges, für die Freiheit des deutschen Volkes.

Wir müssen die Resolution in die Tat umsetzen, wir müssen alle Kräfte der Partei dafür gewinnen, wir dürfen nicht zulassen, daß die Aufgaben nur auf dem Papier bleiben. Wir müssen allen unseren Mitgliedern, jedem unserer Funktionäre im Lande die hohe Bedeutung unserer Aufgaben verständlich machen und sie zum höchsten Einsatz ihrer Kräfte veranlassen.

Genossen! Ihr, die ihr von dieser Konferenz ins Land zurückkehrt, übernehmt eine besonders hohe Aufgabe unter den schwierigsten Kampfbedingungen. Ich bin fest überzeugt: Keiner von euch zittert, sein Leben einzusetzen. Ihr habt auf dieser Konferenz, aus unseren gemeinsamen Beratungen, vor allem aus den Beratungen und Beschlüssen des VII. Weltkongresses, und durch den wenn auch nur kurzen Einblick in die Welt des siegreichen Sozialismus neue Kräfte für den Kampf gesammelt, die euch befähigen, der Partei im Lande, der deutschen Arbeiterklasse den höchsten Dienst zu erweisen: die Voraussetzungen für die proletarische Revolution zu schaffen. Ihr sollt nicht mit dem Gefühl ins Land gehen, „Tote auf Urlaub“ zu sein. Jeder von euch muß für das Höchstmaß seiner persönlichen Sicherheit sorgen. Keine Unüberlegtheiten bei euren Verbindungen, Treffs oder Besprechungen! Es geht nicht nur um eure Person. Es geht um das teuerste Gut der Partei. Wir wollen keinen von euch verlieren. Wir brauchen jeden einzelnen von euch für die Erfüllung dieses großen Werkes. Was wir auf dieser Konferenz begonnen, das wollen wir mit euch im Lande vollenden.

Wir gratulieren

Christel Hentsche

(Hoppegarten) zum 80. Geburtstag, den sie am 29. Oktober begeht. Als Mitglied des Versandkollektivs leistet Christel zuverlässig ihren Beitrag, damit der „RotFuchs“ pünktlich die Leser erreicht.

Der rechte Rand reicht bis in die Mitte

Die klare Positionierung für die kommunale Aufnahme von Geflüchteten im Jahr 2015 hat den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke das Leben gekostet: Er wurde am 2. Juni durch einen Kopfschuß ermordet. Oft wird darauf hingewiesen, dies sei der erste rechte Mord an einem Politi-

Ebene eine Zusammenarbeit mit den völkischen Nationalisten eingehen. Gleichzeitig macht die große Koalition aus CDU/CSU und SPD mit steten Gesetzesverschärfungen in der Asyl- und Aufenthaltspolitik aus Geflüchteten Straftäter, verschärft und entgrenzt die Abschiebehaft, und Innenminister Horst

juristische Definition einer „terroristischen Vereinigung“ ist zur Erfassung des rechtsterroristischen Konzepts des „führungslosen Widerstandes“ allerdings auch ungeeignet – obwohl dort bekanntlich bereits seit den 90er Jahren Gewalttaten durch Einzelpersonen und durch kleine autonome Zellen



ker nach 1945. Als Mensch ist Walter Lübcke allerdings einer von mindestens 170 Personen, die laut einer Studie des „Tagesspiegels“ bundesweit seit 1990 durch rechte Gewalttaten ums Leben gekommen sind. Ein Mann aus Eritrea überlebte einige Wochen später den rassistischen Mordversuch eines rechten Attentäters im hessischen Wächtersbach nur knapp. Auch hier wurde von einer Schusswaffe Gebrauch gemacht.

Der Rechtsextremismus müsse in seinen Anfängen bekämpft werden, forderte Angela Merkel kürzlich auf dem Evangelischen Kirchentag in Dortmund nach dem gewaltsamen Tod ihres Parteikollegen. Dazu müsste die Uhr allerdings um Jahrzehnte zurückgedreht werden. Bereits die rassistischen Anschläge und Pogrome zu Anfang der 90er Jahre in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen und anderswo wurden von der „Das Boot ist voll“-Rhetorik der damaligen Bundesregierung begleitet, wenn nicht gar mitproduziert. Im Anschluß wurden die Täter mit der faktischen Abschaffung des ausnahmelosen Grundrechts auf Asyl 1993 quasi belohnt. Heute wird die politische Verantwortung für das menschenverachtende, ideologische Klima, das den Mord an Walter Lübcke zweifelsohne begünstigte, allein auf die rassistische und islamophobe Demagogie der AfD abgewälzt, während in Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern die ersten Politiker der CDU auf kommunaler

Seehofer hält entgegen aller Warnungen vor der prekären Sicherheitslage in Afghanistan Abschiebungen dorthin generell für vertretbar.

Die Sicherheitsbehörden nehmen den mutmaßlichen rechtsterroristischen Mord an Walter Lübcke zum Anlaß, den Verfassungsschutz weiter ausbauen zu wollen und erweiterte Befugnisse wie Staatstrojaner, Online-Durchsuchung und den Zugang zu verschlüsselter Messenger-Kommunikation erneut zu legitimieren.

Es waren allerdings nicht zu geringe nachrichtendienstliche Befugnisse, weshalb der Verfassungsschutz den NSU nicht aufdeckte: Dies tat der NSU im Jahr 2011 bekanntlich selbst. Trotz intensivem und jahrzehntelangem Einsatz von V-Männern in der rechtsradikalen Szene – nachweislich im Umfeld des NSU – besitzen die Sicherheitsbehörden offensichtlich nur ein sehr oberflächliches Verständnis von den Strukturen und Arbeitsweisen der extrem rechten Netzwerke oder verharmlosen sie bewußt. Nach der Selbstenttarnung des NSU tat der Verfassungsschutz sein Bestes, möglichst nichts bis wenig zur Aufklärung beitragen zu müssen. Quellenschutz vor Opferschutz ist das Mantra der Behörde. – Während das Netzwerk des NSU weiterhin nicht vollständig aufgeklärt wird, erklärt man den mutmaßlichen Mörder Walter Lübckes vorschnell zum Einzeltäter. Die bis heute angewandte

propagiert werden. Walter Lübcke tauchte bereits auf einer Namensliste des NSU auf. Eine Todesliste mit 25 000 Namen bundesweiter „politischer Gegner“ führen auch rechtsterroristische Netzwerke wie „Nordkreuz“ und „Revolution Chemnitz“ für den „Tag X“, an dem diese Personen liquidiert werden sollten, wie seit dem Jahr 2017 bekannt ist. Damals verbreitete der AfD-Politiker Heiner Merz die Daten ebenfalls via Email und forderte zu „phantasievollen Gegenmaßnahmen“ auf. Namenslisten werden zudem in Polizeirevieren gesammelt: In Frankfurt am Main erhielten auf den Listen genannte Personen Todesdrohungen, gezeichnet mit dem Pseudonym „NSU 2.0“. Der rechte Abgrund reicht also bis in Teile der nur mangelhaft kontrollierten Sicherheitsapparate.

Es ist somit offensichtlich, daß den Sicherheitsbehörden der Kampf gegen rechts nicht überlassen werden darf. Dies ist vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus müssen wir klar als solche benennen. Diese dürfen nicht als „Fremdenfeindlichkeit“ oder gar „Asylkritik“ verharmlost werden und menschenverachtende Haltungen und Reden damit nicht länger salonfähig bleiben. Die Betroffenen von rassistischer und rechter Hetze und Gewalt müssen gehört, ernst genommen und geschützt werden.

Britta Rabe

(Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V.)

Eine neue Studie zum Nichtangriffsvertrag von 1939 verfehlt ihr Thema

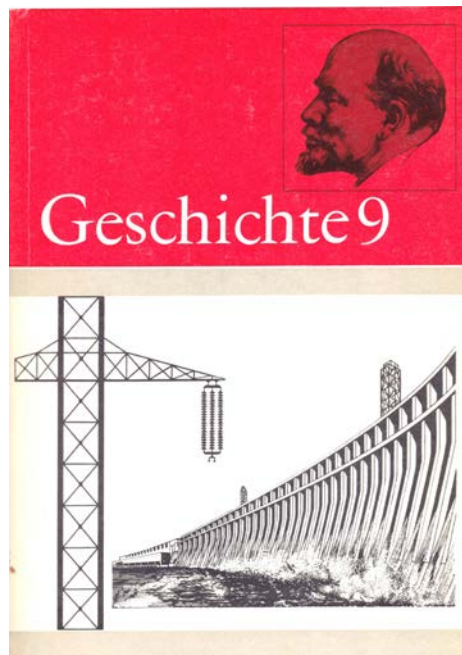
Keine Allianz

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 ist ein Element in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Durch ihn war das Deutsche Reich in der Lage, die geplante Reihenfolge der imperialistischen Unterwerfung Europas bis zum späteren Hauptkriegsziel der Vernichtung der Sowjetunion in die Tat umzusetzen. Für die UdSSR, die über Jahre und noch bis Mitte August 1939 vergeblich um ein System der kollektiven Sicherheit mit Großbritannien und Frankreich gerungen hatte, damit das faschistische Deutschland in die Schranken gewiesen werden konnte, besaß der Vertrag folgende Vorteile: keine Verwicklung in den Krieg auf absehbare Zeit, keine antisowjetische Einheitsfront in Europa, territoriale Zugewinne zum Ausbau des strategischen Vorfeldes zur Abwehr eines deutschen Angriffs, kein japanischer Angriff, solange der Vertrag mit Deutschland bestand. Das sind die Fakten, die sich bei genauer Betrachtung des Kontextes der Entstehung des Zweiten Weltkrieges als unanfechtbar erweisen.

Keinesfalls kann daraus eine Zusammenarbeit, ein Bündnis, ein Pakt oder eine inhaltliche Übereinkunft zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion konstruiert werden. Keine der beiden Mächte hatte bis in den August 1939 hinein an einen solchen Vertrag auch nur gedacht, und noch die Besetzung Polens ergab sich für beide Seiten aus vollkommen gegensätzlichen Motiven.

Genau eine solche Interessensgleichheit (Expansionsdrang und Herrschaftswille) unterstellt hingegen Claudia Weber in ihrem Buch „Der Pakt“. Die Professorin für Europäische Zeitgeschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder folgt darin der von ihr als „ausgezeichnet“ bezeichneten Studie „Bloodlands“ des dubiosen US-Historikers Timothy Snyder, obwohl inzwischen durch eine Reihe von Repliken (verwiesen sei hier nur auf den ausführlichen Artikel „Timothy Snyder's Lies“ in der US-Zeitschrift „Jacobin“ und das Buch „Blood Lies“ von Grover Furr [beide 2014]) bekannt ist, daß viele der dortigen Aussagen über Stalin und die sowjetische Politik falsch oder zumindest fragwürdig sind. Weber traut sich, den Ansatz von Snyder noch zu radikalisieren, um die Vertragslaufzeit von 1939 bis 1941 in die „Mitte des Weltkriegsgeschehens zu rücken“ und zu zeigen, daß „Hitler und Stalin“ Europa und die Welt „für Jahrzehnte“ teilten. Sie behauptet dafür nicht nur ein intensives „Miteinander“ der deutschen und sowjetischen Truppen auf dem polnischen Besatzungsgebiet, sondern auch „im Kern ein pragmatisches Arbeitsverhältnis“ der an der Bevölkerungspolitik „beteiligten SS- und NKWD-Mitarbeiter“. Behaupten freilich läßt sich viel; sie müßte es dann nur noch beweisen. Ihre Hauptaktenressource ist der Bestand der sogenannten

Volksdeutschen Mittelstelle, die für die Umsiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung Osteuropas nach Deutschland bzw. in die annektierten Gebiete zuständig war. Diesem Bestand steht keinerlei adäquate Quellenauswertung für die sowjetische Seite gegenüber. Die Autorin ist auch deshalb nicht in der Lage, die ihrem sozialen und politischen Inhalt nach deutlich voneinander abweichenden Maßnahmen der beiden Staaten in Osteuropa einzuordnen.



Besonders auffällig ist, daß sämtliche Aussagen von sowjetischer Seite, die inhaltlich über die Grundzüge des Zweckabkommens hinausgehen und auf eine besondere Aggressionspolitik der UdSSR oder betonte „Deutschfreundlichkeit“ hinweisen, lediglich mit Quellen aus zweiter und dritter Hand belegt werden, etwa aus der fragwürdigen, für die Zwecke des kalten Krieges geschriebenen Memoirenliteratur deutscher Diplomaten und aus Aufzeichnungen von SS-Angehörigen, die ein Historiker, der Minimalstandards der Quellenkritik beachtet, nicht unbedingt als autoritatives Material für eine Analyse der sowjetischen Politik heranziehen würde.

Höhepunkt dieses – wenn man Vorsatz nicht unterstellen will – fahrlässigen Vorgehens ist eine zitierte Bemerkung der 1967 in die USA ausgewanderten Stalin-Tochter Swetlana Allilujewa, derzufolge ihr Vater nach dem Krieg gesagt haben soll: „Ach, zusammen mit den Deutschen wären wir unschlagbar gewesen.“ Die dazugehörige Fußnote verweist auf eine Ausgabe des „Spiegels“ aus dem Jahr 1969 – wenn es in dem Hamburger Nachrichtenmagazin steht, das gerade in historischen Dingen bekanntlich seit je ein Muster an Seriosität und Korrektheit ist, muß es ja stimmen. Ein solcher Satz aus dem Munde Stalins ist einfach widersinnig, denn über die

deutsche Stoßrichtung gen Osten bestand seit spätestens 1936 (und auch nach 1939) im Kreml nicht der geringste Zweifel.

Hinsichtlich Polens unterläßt Weber eine Mitteilung darüber, daß die polnische Regierung, die 1934 einen eigenen Nichtangriffsvertrag mit Berlin abgeschlossen hatte (der selbstverständlich nicht als „Allianz“ interpretiert wird), bis 1939 hoffte, Teil eines von Deutschland angeführten antisowjetischen Kriegsblocks zu werden. Ebenso fehlt der nicht ganz unwichtige Hinweis, daß die Sowjetunion während der Verhandlungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der polnischen Exilregierung in London am 31. Juli 1941 die deutsch-sowjetischen Vereinbarungen vom 23. August und vom 28. September 1939 für ungültig erklärte. Weder stehen diese Vereinbarungen also in der „Mitte des Weltkriegsgeschehens“ (dort befindet sich immer noch Stalingrad), noch teilten „Hitler und Stalin“ Europa und die Welt im 20. Jahrhundert (das war eine Leistung der „westlichen“ Führungsmächte nach 1945).

Nebenbei: Es muß irritieren, daß Autorin und Rezensent beide gleichen Jahrgangs (1969) sind und aus demselben Land (DDR) stammen. Offensichtlich sind der Lehrstoff des damaligen Geschichtsunterrichts der Klassenstufe 9 (1984) und die darauffolgende geschichtswissenschaftliche Universitätsausbildung höchst unterschiedlich wahrgenommen worden.

Detlef Kannapin

(Aus „junge Welt“, 12. August 2019)

Der US-Botschafter in Paris, William C. Bullitt, über die internationale Situation im Dezember 1938:

„Deutschland wird zu gegebener Zeit den Versuch unternehmen, die Ukraine zu erobern, die die reichste Kornkammer der Sowjetunion ist. Dabei wird sich Deutschland so sehr schwächen, daß es die Anspannung nicht mehr durchhält. Es wird letzten Endes zusammenbrechen. Dementsprechend wird Japan Sibirien erobern oder versuchen, es zu erobern, und ebenfalls vor Erschöpfung zusammenbrechen. Indem England und Frankreich Rußland seinem Schicksal überlassen, lenken sie die deutsche Gefahr für ihre eigenen Länder ab.“

Aus der Geschichte lernen!

Achtzig Jahre ist es her, da die deutschen Faschisten mit dem Überfall auf Polen den zweiten Weltkrieg begannen. 1945 endete er dort, wo einst Hitler den Angriffsbefehl gab. Fünfzig Millionen Kriegstote und flächendeckende katastrophale Zerstörungen hat dieser mörderische Feldzug die Menschheit gekostet.

Nun besteht seit siebzig Jahren jener Nachfolgestaat Bundesrepublik Deutschland. Nachfolgestaat deshalb, weil sich ihr erster Bundeskanzler, Konrad Adenauer, beeilte, der Welt mitzuteilen, daß die BRD der Nachfolgestaat dieses faschistischen 3. Reiches sei. Gegenwärtig erleben wir im ganzen Land Aufmärsche von Neonazis, die sogar mit der Reichskriegsflagge demonstrieren dürfen, begleitet von einem Polizeikordon fast wie eine Ehrenstaffel, damit ihnen ja nichts passiert. Nur die Antifaschisten, die sich gegen einen solchen Aufmarsch mit einer Sitzblockade oder einer Gegendemonstration zur Wehr setzen, bekommen den Gummiknüppel, Pfefferspray oder Reizgas zu spüren. Sie werden erkenntnisdienlich behandelt. Im Verfassungsschutzbericht werden dann Antifaschisten als Antifa-Schlägertrupp, als radikale Linksextremisten und lauthals als Gefährdungspotential für den demokratischen Rechtsstaat der Öffentlichkeit vorgeführt. Den NSU-Trupp hat man nach zehn von ihm begangenen rassistischen Morden aufgespürt und entlarvt, doch Dokumente werden den Ausschüssen in den Länderparlamenten vorenthalten, vorher geschreddert, geschwärzt, oder es werden Seiten aus ihnen entfernt. Vorsorglich werden sie für über hundert Jahre als geheim eingestuft, um der Öffentlichkeit die ganze Wahrheit vorzuenthalten. Waffenlager werden entdeckt und Messer gewetzt. Eine Oberbürgermeisterin (Henriette Reker) wird lebensgefährlich verletzt, und ein mutiger Regierungspräsident (Walter Lübcke) wird ermordet. Morddrohungen werden an Politiker verschickt, deren Autos angezündet, Reifen zerstochen, Bomben gelegt, oder es werden Gewehrmodelle aus Pappmaché an die Familie eines Politikers geschickt. Da gibt es Drohbriefe, der Absender nennt sich NSU 2.0, und man findet Verbindungen zu einer Polizeidienststelle. Wie tief und wo überall ist dieser Neofaschismus in Deutschland schon verankert? Der Rechtsruck ist bereits in der Entstehung dieses Staates angelegt.

1956 wurden in der BRD die KPD und die ihr freundschaftlich verbundenen Organisationen verboten. Im Urteil heißt es unter anderem: „... diese Partei ist eine Gefahr für unsere demokratische Grundordnung ...“ So paßte es, handelte es sich ja um eine antifaschistisch-demokratische Arbeiterpartei. Nach zwölf Jahren Verbot wurde 1968 die DKP gegründet. Bei den Politikern der BRD ging die Angst um, linke Kräfte könnten den Staat in Politik, Justiz und Verwaltung unterwandern. Der Innenminister der BRD und die Minister der Länder trafen sich in Hamburg und erörterten „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im

öffentlichen Dienst“. So unterzeichnete der damalige Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) am 28. Januar 1972 den Radikalenerlaß. 1 400 000 Menschen wurden einer Überprüfung unterzogen. Lokführern, Schornsteinfegern, Briefträgern, Justiz- und Staatsbeamten und besonders Lehrern wurden entsprechende Fragen gestellt. Großen Verdacht erregten schon allein die Teilnahme an Demonstrationen oder Besuche in der DDR.



Mama, ich habe Angst!

Plakat: Dairaku Takeschi

Es ging um die Gesinnung oder darum, ob Begriffe wie „Diktatur des Proletariats“ oder „Imperialismus“ benutzt wurden. Wer in diese Kategorie eingeordnet werden konnte, erhielt Berufsverbot. Nach Abschluß der Überprüfungen kam an die Öffentlichkeit, daß diesem „radikalen Aufräumen“ gegen links nahezu 300 000 Bundesbürger zum Opfer fielen; etwa 30 000 der vom Radikalenerlaß Betroffenen verloren ihre Pensionsansprüche. Gegen links wurde brachial und radikal aufgeräumt und so der bürgerlich-freiheitlich-demokratischen Grundordnung eine feste Burg gebaut. Man sparte schon vorher nicht mit Schußmunition. Philipp Müller und Benno Ohnesorg waren die ersten, die für diese „demokratischen Grundordnung“ sterben mußten.

Diametral entgegengesetzt war die Haltung der bundesdeutschen Politik gegen rechts. Zweimal wurde ein Antrag zum Verbot der neofaschistischen NPD gestellt, und zweimal wurden diese Anträge mit der Begründung abgelehnt: „... unsere bürgerlich-demokratische Grundordnung muß eine solche Partei aushalten ...“ Und da wundert man sich, daß in der BRD neofaschistische Parteien und Organisationen wie Pilze aus dem Boden schießen und ein faschistisches Szenario dem anderen folgt?

Diese Faschisierung hat nun mittlerweile nahezu ganz Europa erreicht. Auch die AfD entstand aus diesem Sumpf. Wie lange wird es dauern, bis CDU und AfD eine Koalition eingehen – auch wenn das heute noch vehement ausgeschlossen wird? Dann würde wohl auch von Staats wegen ganz offiziell der Rechtsruck vollzogen.

Wer kann sagen, wie tief faschistische Elemente schon in Institutionen vorgedrungen und dort seßhaft geworden sind? Im Verfassungsschutzbericht wird die Tageszeitung „junge Welt“ als verfassungswidrig genannt, aber die Pegida-Bewegung überhaupt nicht erwähnt. Dazu gibt es eigenartigerweise auch wenig politische Meinungen. Nur wenn es um Linke geht, werden die Schreie der Politiker laut. Da hört man schon ihre Forderungen, doch die VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten) und die Rote Hilfe zu verbieten!

Nun stehen zum dritten Mal deutsche Soldaten mit ihren Panzern und Geschützen an der russischen Grenze. Die Umzingelung Rußlands wird mit einer behaupteten Gefährdung für Europas Frieden, besonders dem der baltischen Staaten, „begründet“. Die „Annexion“ der Krim wird ins Feld geführt. Dabei gehört die Krim schon seit mehr als 245 Jahre zum russischen Reich. Doch geht es weniger um die Zugehörigkeit der Halbinsel Krim und ihrer Bewohner zur Ukraine als vielmehr um ihre strategische Bedeutung im Schwarzen Meer, und da ist der NATO einschließlich der USA ein strategisch wichtiges Stück Territorium für ihre militärischen Ziele abhanden gekommen. Das ist wohl der entscheidende und wahre Grund der Aufregung.

Von 1914 bis 1918 tobte der erste Weltkrieg. Väter, Söhne, Brüder, gefallen in fremden Ländern und in fremder Erde verscharrt, kehrten nicht wieder zur Familie zurück. Damals wurde der Ruf laut: Nie wieder Krieg! Doch es waren kaum 15 Jahre vergangen, da hatten viele Menschen die Folgen des Krieges, aber auch diesen Ruf schon vergessen. Es kamen wieder Wahlen, und Kommunisten warnten: Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, und wer Hitler wählt, wählt den Krieg! Das Volk wählte, Hindenburg mauschelte, Hitler kam an die Macht, und wieder schulterten viel zu viele Verführte und Betrogene die ihnen gegebenen Waffen anstandslos. Wieder zogen sie in den Krieg, überfielen fremde Länder und wollten dem „tausendjährigen Reich“ die Welt zu Füßen legen. Dieser Faschismus mit seinem 2. Weltkrieg hat 50 Millionen Menschen das Leben gekostet! Zehn Millionen wurden aus Völker-, Rassen-, Kommunisten- und Sozialistenhaß ermordet, aber auch Behinderte, Schwule, Lesben, Sinti und Roma wurden massenhaft umgebracht.

Wieder wird aufgerüstet. Es ist höchste Zeit, aus der Geschichte zu lernen und den Kriegstreibern in den Arm zu fallen!

Klaus Glaser
Schwarzenberg

Immer noch Fragen zum 17. Juni 1953?

Ja, das Eigentliche ist noch immer zu sagen, das Grundsätzliche, um das es am 17. Juni 1953 für den Sozialismus – unter Beachtung aller sozialistischen Länder, nicht nur der DDR – ging: Zu sprechen ist über das sozialistische Leistungsprinzip sowohl hinsichtlich seiner Bestimmung der Zeit nach, auf die Löhne/Gehälter zu zahlen sind, als auch dem Lohn nach, der auf diese Zeit zu zahlen ist. Diese Fragen waren bis zum 17. Juni 1953 nicht geklärt? Nein, praktisch wurden sie erst neun Jahre nach den Ereignissen am 17. Juni gelöst. Die theoretische Klärung ist aber bis heute offen.

Es ist zunächst an den 13. Oktober 1948 zu erinnern. Damals kam es zu jener Sonder-schicht des Bergmanns Adolf Hennecke, die zur Initialzündung einer neuen Bewegung in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wurde: der Aktivisten-Bewegung. Es ging um Normenübererfüllungen in der Arbeitswelt. Dieser Bewegung lag jedoch ein Widerspruch zugrunde, der Anlaß für die Unruhen am 17. Juni wurde.

Adolf Hennecke war ein Lohn-gleich-Stück-Arbeiter. D. h. anders als in der Zeit-gleich-Lohn-Arbeit steht in der Stück-Lohn-Arbeit das geleistete Stück für Zeit. Adolf Hennecke hatte also, als er seine Norm mit 387 % erfüllte, das 3,8fache seines *Tariflohnes*, der auf die geleistete Zeit gezahlt wird, verdient. Und alle Aktivisten gleicher Lohnform ebenfalls gemäß der Übererfüllung ihrer Normen. Alle reinen Zeitarbeiter (Gehaltsempfänger) der DDR dagegen (in deren Arbeit ja keine Stückmengen festgemacht werden können) verdienten weiterhin nur den *Tariflohn*. Abgesehen von diesem Gegensatz, der aufgrund der Hennecke-Bewegung entstanden war, ging es natürlich um die Frage, wie im Rahmen des Leistungsprinzips im Sozialismus das Verhältnis von *Arbeitszeit* und *Arbeitslohn* für alle Arbeitenden und einheitlich dem gesellschaftlichen Verhältnis nach gelöst werden muß – damit es als ein gerechtes Prinzip erkennbar ist und richtig dem *gesellschaftlichen Eigentumsverhältnis an der Arbeit* nach wirken kann.

Welcher Sinn steckte also in der Forderung, wieder Normen analog der geleisteten *Arbeitszeit* zu bestimmen? Er besteht darin, auch für die Stück-Lohn-Arbeiter das Prinzip der Zeit bei der Bestimmung für die Lohnhöhe zu garantieren.

Wie ist es nun mit dem Lohn, der für die Übererfüllung von Normen verdient worden war? Bloße Erhöhung der Normen löst nicht die Frage, was mit den auf Übererfüllung beruhenden Löhnen geschieht. Verschwinden sie? Mit der Normenerhöhung – angepeilt waren zunächst 10 % – war ein Lohnverlust von 10 % verbunden. Und das erregte die Arbeiter. Berechtigt?

Im Prinzip ja. Es geht um die Erkenntnis der zwei Seiten des Leistungsprinzips im Sozialismus: Einerseits wird der Lohn auf *geleistete Arbeitszeit* gezahlt – was bedeutet, diese Arbeitszeit exakt zu bestimmen; 8 Stunden sind als 8 Stunden zu bestimmen, und nicht als 10, 12 und mehr Stunden, nur weil man

statt 8 Stück in 8 Stunden aufgrund der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit 10, 12 und mehr Stück produzieren kann. Andererseits ist *der Lohn zu bestimmen*, der auf diese so ermittelte Zeit gezahlt wird. Und wieso muß der, bei sagen wir, 8 Einheiten Geldes bestehen bleiben? Er kann doch auch auf 10, 12 und mehr Einheiten Geldes steigen. Und zwar dann, wenn die Summe der Preise wie des Geldes *bei den Gütern*, auf die sich der Lohn bezieht, auf 10, 12 und mehr Einheiten steigt!

Genau das war der Fall. Es kommt an dieser Stelle das grundsätzlich andere Ware-Geld-System des Sozialismus ins Spiel. Es war ein mit dem Anstieg der *Stück-Produktion* steigendes Preissummen- wie Geldsummen-System. D. h. die Preise sanken nicht, wenn die Werte – oder ab nun Normen – sanken. Und dieses anzueignen bedeutete, es per *steigendem Lohn* anzueignen (gemeint sind natürlich nur Güter der individuellen Konsumtion und nur Löhne, die sich auf diesen Anstieg beziehen – siehe Marx, Gothaer Programmkritik). Damit wird klar, worin das Problem des 17. Juni 1953 bestand: Nicht darin, daß mit der Normenübererfüllung (durch die nach Stücklohn arbeitenden Arbeiter) sich der Lohn erhöhte, im Gegenteil, diese Lohnerhöhung war *richtig*. Sie war gesellschaftlich gesichert. Im Prinzip ist sie durch einen Produktionsanstieg gedeckt – gesellschaftlichen allerdings, nicht an sich individuellen. Das Problem war, daß er in der Stücklohn-Arbeit, bei Normenübererfüllung, auf einer Verletzung des *Zeitmoments* im sozialistischen Leistungsprinzip beruhte. Ein realer, ökonomisch begründeter Lohnanstieg im Sozialismus kann (außer wenn er auf einer individuellen Qualifizierung beruht) nur (!) gesellschaftlich, durch Bezug auf eine besondere Abteilung der gesellschaftlichen Produktion und deren Anstieg, erfolgen.

Die SED erkannte, daß das Zeitmoment im sozialistischen Leistungsprinzip wiederhergestellt werden und die Aktivistenbewegung eine Überprüfung erfahren mußte. Was aber noch nicht ins Wissen der Partei gelangte, war, daß auf nunmehr wieder nach der Uhr bestimmte *Zeit steigender Lohn* gezahlt werden mußte. Denn der steigende Lohn beruht ja nicht auf Normenübererfüllungen bei x-beliebigen Produkten, sondern auf normalem Anstieg der Produktion/Konsumtionsmittel in der Abt. II der gesellschaftlichen Produktion (Marx). Die (angestrebte) Regelung des 17. Juni, die Normen-Politik auf die Grundlage der geleisteten Zeit zu stellen, war richtig. Daß sie nicht durch eine Politik steigender Löhne zu ergänzen war, war der Unkenntnis über das schon begonnene neue Preis- wie Geldsystem des Sozialismus geschuldet. Was nämlich beim Normensystem falsch ist – daß mehr Stück mehr Zeit bedeuten –, ist beim Preis-Geldsystem genau das Richtige: Mehr Stück bedeuten mehr Summe an Preis wie Geld.

Im Zeitprinzip des Leistungsprinzips ist also ein Moment der Waren- resp. Wertökonomie erhalten, während im Lohnprinzip des

Leistungsprinzips diese Ökonomie bereits überwunden worden ist. D. h. es ist beim sozialistischen Leistungsprinzip richtig, daß die Zeit, auf die Lohn gezahlt wird, mit dem Anstieg der Produktivkraft sinkt, während der Lohn, der auf die sinkende Zeit gezahlt wird, steigt. Das Problem des 17. Juni 1953 war, daß das richtige Zeitprinzip für den Lohn nicht durch ein richtiges Lohnprinzip für die Zeit ergänzt wurde.

Diese Ergänzung erfolgte erst durch die Lohnreform von 1962/63. In ihr wurden die Normen erhöht, d. h., die realen Arbeitszeiten in der Stücklohn-Arbeit, und wie sie sich entwickelten, wurden wieder zu Normen erklärt, Übererfüllungen quasi noch bis zu 10 % erlaubt, dann wurden neue Normen festgesetzt, und der auf der bisherigen Normübererfüllung beruhende Mehrlohn wurde dem Tariflohn als ein Extralohn hinzugefügt. D. h., die 62er/63er Reform ergänzte die Normenreform durch eine Lohnreform, wie sie 1953 noch gar nicht ins Bewußtsein gerückt war.

Hermann Jacobs
Berlin



Am Vormittag des 18. Juni wurde ich als Sprecher für den Stadtfunk eingeteilt. Mit knappen Texten unterrichtete ich die Bürger über den Zusammenbruch des ersten großangelegten Versuchs, den begonnenen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus zu blockieren und das politische System der DDR zu beseitigen ... Vielleicht noch ein Wort dazu, wie ich den 17. Juni damals empfunden habe. Aus Rostocker Sicht hielt ich die Vokabel „faschistischer Putsch“ für überzogen. Von einem „Arbeiteraufstand“ oder einer „Volkserhebung“ hatte ich aber auch nichts feststellen können. Wer „Rias“ hörte – und das taten in diesen Tagen natürlich noch mehr Leute als sonst – konnte keinen Zweifel daran haben, daß der Westen gewaltig ins Feuer geblasen und auch personell kräftig die Strippen gezogen hatte. In Rostock kam das allerdings nicht zum Tragen ...

Dr. Klaus Steiniger

In aller Stille

Die Beerdigung war auf Samstag, 15 Uhr, angesetzt.

Ich nahm mir ein Taxi und fuhr zum Südfriedhof. Um Viertel vor drei ging ich durch das Tor und hinüber zur Friedhofskapelle, vor deren Eingang mich der Juniorchef des Bestattungsinstituts erwartete. Er sagte, es sei alles vorbereitet und ich könne schon hineingehen.

Im Chor der Kapelle stand der Sarg, an dessen unterem Ende ein Kranz lehnte mit einer Schleife, auf der, in Druckbuchstaben, mein Vorname stand. Meine Mutter hatte dies vor drei Jahren, vermutlich in meinem Sinne, so angeordnet, um mir jede denkbare Mühe zu ersparen.

Es war mir recht. Ich hatte mich nicht mit dem Tod, sondern mit dem Leben meiner Mutter beschäftigt. Sie aber hatte sich mit ihrem Tod beschäftigt.

Ich setzte mich in die erste Bank und sah auf das Corpus des Gekreuzigten an der Chorwand, das offenbar von moderner Künstlerhand geschaffen war. Meine Mutter hatte – vermutlich in einem Akt der Entscheidung – verfügt, daß die Beerdigung in aller Stille stattfinden sollte – die Todesanzeigen würden erst nach der Beerdigung verschickt werden –, so war ich das gesamte Trauergefolge.

In diesem Augenblick setzte Orgelmusik ein, links im Chor öffnete sich eine Tür, und zwei Männer in Frauenkleidern traten herein. Sie hielten jeder ein schwarzes Buch in der Linken und trugen einen Regenschirm in der Armbeuge. Der jüngere trug außerdem einen kleinen Eimer, aus dem ein Stiel hervorragte. Sie gingen raschen Schritts bis zur Längsachse der Kapelle, vollzogen daselbst eine Vierteldrehung, wobei sie mir den Rücken zukehrten, blättern kurz in den mitgebrachten Büchern und verharren sodann schweigend. Der mit dem Eimerchen hatte das Eimerchen neben sich abgestellt.

Als das Orgelspiel nach etwa fünf Minuten verklang, öffnete der ältere der beiden den Mund und bat einen Herrn, dessen Namen er nicht nannte, ihn vor dem ewigen Tod zu retten an jenem Tage des Schreckens, wo Himmel und Erde wankten, da er (der Herr) komme, die Welt durch Feuer zu richten. Zittern, so sagte er, befallte ihn und Angst, denn die Rechenschaft nahe und der drohende Zorn, wo Himmel und Erde wankten. O jener Tag! rief er aus, Tag des Zornes, des Unheils, des Elends! O Tag, so groß und so bitter! Da er (der Herr) komme, die Welt durch Feuer zu richten! Der Herr, so bat er, möge ihnen die ewige Ruhe geben, und das ewige Licht möge ihnen leuchten.

„Amen!“ sagte der zweite, was wohl bedeutete, daß er sich mit den Worten seines Vorredners vollinhaltlich einverstanden erkläre. Zugleich hielt er dem andern das Eimerchen hin, dieser griff nach dem Stiel, der daraus hervorragte und an dem sich eine Art Tee-Ei befand, und sprühte Wasser über den vor ihm stehenden Sarg, ähnlich wie meine Mutter beim Bügeln die Wäsche

anzufeuchten pflegte. Als Kind hatte ich ihr oft dabei zugesehen.

Nachdem dies erledigt war, führten beide mit kurzen, knappen Sätzen einen Dialog, in dessen Verlauf der ältere den Herrn unter anderem bat, er möge die Seele meiner Mutter von den Pforten der Hölle erretten. Dies schien auch dem Wunsch seines jüngeren Kollegen zu entsprechen.

Schließlich und unisono baten beide ihn, den Herrn, er möge die Seele seiner Dienerin Antonie Weißenborn von jeglicher Fessel der Schuld lösen, damit sie neu erweckt in der Herrlichkeit der Auferstehung inmitten seiner Heiligen und Auserwählten wieder lebe, und zwar durch Christus, ihren Herrn, wobei das Wort „ihren“ grammatikalisch auf die Sprechenden bezogen war ... Ich hörte, wie einer der beiden sich scharf räusperte, beide vollzogen eine Halbdrehung und schritten – der ältere hochroten Gesichts – sehr rasch an mir vorbei, wobei mich ein Regenschirm streifte. Sie verließen die Kapelle durch den Haupteingang, fast lautlos wurde ein Wagen mit gummibereiften Rädern hereingeschoben, vier Männer setzten den Sarg auf den Wagen, fuhren ihn hinaus, und ich folgte ihnen. Draußen ging es die sanfte Schrägung einer Rampe hinunter und dann, auf dem Hauptweg, in gemäßigtem Tempo weiter in Richtung der Familiengrabstätte Weißenborn-Brungs. Voraus gingen die Männer in den Frauenkleidern, dann folgte der Wagen mit den vier Männern, die ihn zogen, dann ich.

Es dauerte einige Minuten, bis ich mein Schritt-Tempo dem Tempo des Wagens angepaßt hatte, wobei der Abstand zwischen mir und dem Wagen sich bald verringerte, bald vergrößerte. Ich fühlte mich unglücklich. Mir war, als hätte es mich verschlagen in eine Traumwelt, in einen fremden Kulturkreis, ein exotisches Land, in dem ich einem mir rätselhaften, gespenstischen Ritual beiwohnte, unter Menschen, deren Sprache ich nicht verstand, deren Sitten und Gebräuche mir unbekannt waren, unter tanzenden Derwischen, Kopfürgern in Neu Guinea oder Schamanen auf Feuerland – ich fühlte mich nicht wohl.

Die Schamanen hatten deutsch gesprochen – so hatte es wenigstens geklungen –, aber ich hatte kein Wort von dem, was sie sagten, verstanden. Manches hatte eine vage, unfreundliche Reminiszenz an meine Kindheit in mir geweckt ... Es wäre mir lieb gewesen, die beiden Männer hätten in schlichter Umgangssprache ein paar alltägliche Worte mit mir gewechselt. Daraus hätte sich ein Gespräch ergeben können, in dessen Verlauf wir vielleicht Reste einer gemeinsamen Sprache, also einer gemeinsamen Erfahrung entdeckt hätten, feststellend vielleicht, sogar, daß was wir, sie wie ich, dachten und taten, wenn auch auf verschiedene Weise, so doch demselben Leben, demselben Geiste gemeint war.

Sicherlich war irgendwann und irgendwo einmal irgend jemandem der Sinn ihrer Worte verständlich gewesen, hatte ein Geist

geweht, ein feuchter Wind, da, wo das Land nun verdorrte, weil sie geglaubt hatten, den Wind einsperren zu können in das Gehäuse der Wörter, wo er sogleich sich gelegt hatte, erstorben war in den Dogmen als den Särgen der Wahrheit. Aber entmannt am Leibe wie im Geiste funktionierten sie noch, wie Marionetten funktionieren, erbrachten sie die Dienstleistung ihres Betriebs und trugen die Wahrheit zu Grabe.

Rechts am Weg wurde der Grabaushub sichtbar, ein letztes quietschendes Geräusch, und der Wagen hielt an.

Die vier Männer setzten den Sarg auf zwei Bohlen, die quer über der Grube lagen, und schoben den Wagen beiseite. Die Männer in den Frauenkleidern standen störend zwischen meiner Mutter und mir und begannen erneut einen einsamen Dialog. Ich lauschte und suchte, vergeblich, den Sinn ihrer Worte zu fassen. Einer erklärte, der Tod sei das Tor zum Leben, was mich auf den Gedanken brachte, ob dann die Geburt das Tor zum Tode sei.

Das Entsetzliche war, daß sich in solcher Rede überhaupt nichts Sinnvolles mitteilen ließ, daß der Geist, der doch nur Geist als Sprache und Klarheit sein konnte, in ihr kollabierte und bankrottierte, daß solch sprachliches Getön überhaupt nirgendwohin führte, sondern nur ins Bodenlose.

Plötzlich wurde es still. Die vier Männer hatten den Sarg hinabgelassen und hielten sich an ihren Mützen fest, das Schlußwort schien gesprochen, die beiden Männer im Maxi-Look verharrten noch einen Augenblick reglos und traten dann zurück, dabei wandte der jüngere der beiden sich nach mir um, drückte mir die Hand und sagte etwas, was ich jedoch nicht verstand, da in diesem Augenblick ein Düsenjäger über uns hin tobte. Doch dankte ich ihm, lächelte freundlich, ja strahlte ihn geradezu an, obgleich ihm dies ungewohnt, ja sogar unschicklich erscheinen mochte. Indes, er hatte die Geste der Freundlichkeit vollzogen, die ich ersehnt hatte, und ich wußte nicht, warum ich meine Freude darüber nicht hätte zeigen sollen.

In der Erwartung, daß nun auch sein Amtsbruder mir kondolieren werde, blickte ich zu diesem hin, doch der Mann war ein paar Schritte zur Seite getreten, stand da, steif wie ein Stock, also verstockt, nickte nur kurz, während ich vergebens seinen Blick suchte, wandte sich dann, hochroten Gesichts, abrupt um und ging, gefolgt von seinem jüngeren Kollegen, mit raschen Schritten zu dem bereitstehenden Taxi, dessen Ankunft ich zuvor nicht bemerkt hatte und dessen Fahrer taktvoll in einiger Entfernung gewartet hatte.

Ein wenig ratlos sah ich ihnen nach, dann nahm ich das Schüppchen, das einer der Totengräber mir hinhielt, nahm ein wenig Erde darauf und warf sie in die Grube, wobei das Schüppchen seitlich abkippte, was auf meine Nervosität oder Ungeschicklichkeit zurückzuführen war.

Theodor Weißenborn

Fritz und Iwan

Ich brauchte einen General. Einen richtigen. Einen kompetenten und glaubwürdigen. Eben einen original russischen. Da gab es nur einen einzigen, der diese Rolle gestalten konnte. Aber er spielt in keinem deutschen Film. Um nichts in der Welt. Egal ob Ost oder West. Unter keinen Umständen!

Konrad Wolf wollte ihn schon in seinem Film mit der herrlichen Rolle des Goya besetzen. Er lehnte ab. Strikt.

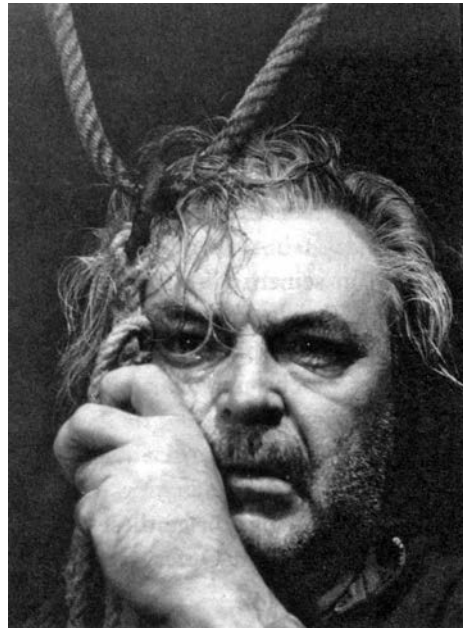
Und Koni war ein ausgewiesener Spitzenregisseur, sprach Russisch als zweite Muttersprache und war während des Krieges Offizier der Roten Armee. Wie sollte es also mir gelingen?! Koni meinte, keine Chance. Erst viel später erfuhr ich, daß viele Angehörige dieses Schauspielers dem Krieg der Deutschen zum Opfer gefallen waren.

Ich hatte sonst für meinen Film eine Topbesetzung beisammen. Horst Schulze als Protagonisten, Renate Blume seine Frau, dann Rolf Hoppe, Hans Teuscher, Peter Marx, Hannes Fischer, Joachim Tomaschewsky, Jürgen Zartmann, Martin Trettau und viele andere gute Schauspieler. Es fehlte nur noch die Besetzung für die zweite Hauptrolle. Damit stand oder fiel der ganze zweiteilige Fernsehfilm über den erzgebirgischen Lehrer und widerständigen Landtagsabgeordneten Ernst Schneller. Ich war verzweifelt. In der Hoffnung, ihn überreden zu können, hatte ich im Drehbuch die historisch authentische Rolle ganz auf ihn zugeschnitten. Auf seine Fähigkeiten, seine Ausstrahlung, seine überragende Leinwand- und Fernsehpräsenz. Da half nur ein Umweg. Ein fast aussichtsloser, aber wir versuchten ihn.

Mein oft erprobter und vielseitiger Kameramann Horst Hardt, mit dem ich schon viele Filme gedreht hatte und mit dem ich in meinen Abenteuersonnen durch manches Feuer geritten bin, hatte an der Moskauer Filmhochschule studiert, dort eine russische Schauspielerin geheiratet und bewegte sich wie ein Einheimischer in der russischen Sprache. Beide, Horst und Larissa, bekamen einen gelinden Schreck, als ich ihnen mein Vorhaben mitteilte. Genau wie die Leitung des Fernsehens, die nicht bezahlbare Kosten auf sich zukommen sah. Es war, als ob ich Clint Eastwood oder Robert Redford besetzen wollte. Tatsächlich ging es um Sergej Fjodorowitsch Bondartschuk, eigentlich den populärsten russischen Mimen überhaupt. Bekannt und beliebt im gesamten „Ostblock“ und auch darüber hinaus. Er war mit der ebenso bekannten Schauspielerin Irina Skobzewa verheiratet. Beide hatten unter seiner Regie schon in einigen international bekannten Filmen wie „Ein Menschenschicksal“ oder dem vielbeachteten Film „Othello“ die Hauptrollen gespielt. Weltbekannt sein Filmepos „Krieg und Frieden“ nach Tolstoi mit großer internationaler Besetzung. Wie sollte er also für Adlershof auch nur den kleinen Finger rühren?! Von Horst Hardts Larissa geschickt eingefädelt, erhielten wir eine Einladung zum Nachmittagstea bei ihrer hochgeschätzten Kollegin

Irina in Moskau. Natürlich schaute bei unserem Plauderstündchen über Moskauer und Berliner Theater- und Filmkulissentratsch auch ihr Mann vorbei, der gerade am nächsten Drehbuch bastelte. Über Höflichkeitsfloskeln und Film-Smalltalk streiften wir kurz auch unsere beiderseitigen momentanen Arbeits-sorgen.

Er hatte zwei oder drei Filme von mir im russischen Fernsehen gesehen, lobte sie freundlich sowie auch einige Schauspieler von uns, mit



Sergej Bondartschuk (General Sotow)

denen er bei Mosfilm zusammengetroffen war. Plötzlich stellte es sich heraus, daß wir gleichen Jahrgangs sind und im Herbst 1944 im Mittelabschnitt der Front am Narew – welcher Zufall! – unmittelbar einander gegenüberlagen. Im Nu ergab sich, was bei allen Frontsoldaten der Welt unweigerlich immer der Fall war: Hier lagen wir, dort der Feind ...

Alle Gegenstände auf dem Tisch, Tassen, Kuchenteller, Kännchen usw. mußten zur strategischen Markierung erhalten. Löffelchen und Kuchengabeln waren Geschütze und Maschinengewehre, und schon wurde der Frontverlauf von damals rekonstruiert. Irgendeinem höheren strategisch-taktischen Ratschlag zufolge blieb es einige Tage auf beiden Seiten ruhig, nur von gelegentlichen Einschlägen oder MG-Stößen unterbrochen. Da fiel mir eine kleine Episode ein. Da wir uns wie ein Wunder auf Anhieb verstanden und vertrauten, erzählte ich sie.

Trotz der ruhigen Front beobachtete und beäugte man sich gegenseitig mißtrauisch. Minütlich konnte ein Angriff erfolgen. Die Schützengräben lagen keine 100 Meter auseinander. Nach Einbruch der frühen Dunkelheit, es war wolkenverhangen und stockfinster, kroch ich auf vorgeschobenem Posten in eine Art Lauschstellung. Es war die Zeit der Schlammperiode. Nicht mehr Herbst und noch nicht Winter. Nässe und Matsch. Alles andere als

angenehm. Zentimeter für Zentimeter robbte ich vor und versuchte, auch nur das kleinste Geräusch zu vermeiden. Als ich fast genau zwischen den Gräben angekommen war, blieb ich liegen und lauschte angestrengt in die Finsternis. Nach einer Weile hörte ich Flüstern. Ganz leise wie Grillenzirpen, fast gehaucht: „Fritz ...“ Ich hielt den Atem an. Dann wieder: „Friiitzz ...“ Er mußte mich gehört haben. Ich zögerte, dann flüsterte ich zurück: „Iwan ...“

Pause. Dann er: „Ne streljai!“ (Schieß nicht!) Er schien Angst zu haben. Wir waren weniger als zehn Meter auseinander. Auf diese Entfernung hätten wir uns mit Leichtigkeit umbringen können. Wenn wir gewollt hätten. Ich flüsterte beruhigend: „Ja ne budu streljat.“ (Ich werde nicht schießen.) Nach einer Pause, in der ich und sicher auch er den eigenen Herzschlag hörten und nicht richtig wußten, wie unser Kontakt weitergehen sollte, flüsterte er: „Ja ne Iwan, moje imja Alexander.“ Darauf ich: „Ja ne Fritz, moje imja Rudi.“ Er wiederholte: „Ja Alexander, ty Rudi ...“

Ich befaßte mich ein wenig mit der russischen Sprache und hatte irgendwann die ehrgeizige Illusion, nach der Einnahme Moskaus Gogol, Tschechow und Puschkin vielleicht im Original lesen zu können.

Beides ist nicht gelungen.

Ab und zu ein einzelner Schuß oder eine Leuchtkugel, die für kurze Momente das Gelände erhellen. Wir drückten uns beide in den Dreck, und er fing fast vertraulich an zu rezitieren: „Iber alle Gipfeln ist Ruh ... Geinrich Geine.“ Ich verbesserte ihn flüsternd: „Njet! Eto Goethe, Johann Wolfgang von Goethe.“ Mein Gegenüber dachte wohl nach. Dann kam: „Denk ich Deutschland in Nacht ... Geinrich Geine.“

Später, viel später, erfuhr ich, daß dies der Anfang des Wintermärchens des in meiner Heimat verfeimten Dichters Heinrich Heine war, das folgerichtig so weitergeht: „... dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ Wie wahr!

Später habe ich auch erfahren, daß dieser Dichter neben Goethe und Hauptmann in Rußland zu den beliebtesten deutschen Poeten zählt. Wir hatten noch einige Stunden vor uns und fanden sichtlich Gefallen an unserer einmaligen seltsamen Bekanntschaft. Er sagte, daß er als Schlosser unter Tage arbeite, 23 Jahre alt sei und daß er in der Schule Deutsch lernte. Ein Gleichaltriger lag mir als Feind gegenüber. Es berührte mich seltsam. Seine Mutter arbeite für die Armee, sein Vater und die Schwester kämpften an der Front, der ältere Bruder sei bereits gefallen. Er hoffe, den Krieg zu überstehen und gesund in seine Heimat zurückzukommen, nach Krasnogorsk.

Beim Nennen dieses Namens schoß mir kein Blitz ins Gehirn, kein Schauer über den Rücken, kein Schlag in die Brust. Nichts wies darauf hin, keine Vorahnung, daß ich knapp zehn Monate später für ein halbes Jahr dort in einem Bergwerk auf den Knien rutschen sollte und meine Gichtfinger mich heute noch an diese harte Zeit der Gefangenschaft erinnern.

Vor dem Morgengrauen fragte er noch, was ich arbeiten würde. Als ich sagte, daß ich zum

Theater gehen wolle, schwieg er und dachte lange nach. Dann fragte er flüsternd: „Rudi, was du machen hier in mein Rodina?“ Ich mußte ihm die Antwort schuldig bleiben. Bevor wir beide in unsere Stellungen zurückrobten, flüsterte er eindringlich: „Gitler kaputt!“

Es war Abend geworden. Die Frauen machten inzwischen einen „kleinen“ Imbiß, wie er üppiger nicht sein konnte. Wir waren im gastfreundlichen Rußland. Sergej und ich plauderten unterdessen über unsere jeweilige gegenwärtige Arbeit. Als ich – so ganz nebenbei – von meinen Generalsnöten erzählte, meinte er erstaunt, da müsse sich doch jemand finden lassen; ich solle ihm doch mal das Drehbuch schicken, ganz unverbindlich, vielleicht könne er mir einen Kollegen empfehlen.

Mit dem harmlosesten Gesicht der Welt sagte ich, daß ich – ganz zufällig – einen Rollenauszug, von den Hardts übersetzt, bei mir hätte. Jetzt stutzte er doch, warf mir einen mißtrauischen Blick zu und stieß ein „Ty schulik!“ aus. Das heißt auf gut Deutsch „Du Spitzbube!“ Als wir uns spät verabschiedeten, fragte er, ob er bei seinem nächsten Film über den zweiten Weltkrieg die kleine Szene von Fritz und Iwan verwenden dürfe. „Mit Vergnügen“, sagte ich, wir könnten ja bei unserer gemeinsamen Arbeit an *meinem* Film nochmals darüber reden. Er wiederholte: „Ty schulik!“ Dann tauschte er mit Irina, seiner Frau, einen nachdenklichen Blick ...

Nach einigen Tagen sagte er zu, machte aber zur Bedingung, daß Irina ihn begleiten könne und sie beide nicht im Hotel wohnen müßten. Ich hatte damals eine winzig kleine Stadtwohnung am Leninplatz, wo sie wohnen konnten. Vom Balkon aus konnte er, wenn er seinen Text lernte, von oben die hohe Stirn des in Granit gemeißelten Volkstribuns sehen, was ihn, wie er später amüsiert berichtete, besonders inspirierte.

Es war ein wunderbares Arbeiten mit ihm. Meine beiden Hauptdarsteller, Horst Schulze und Sergej Bondartschuk, ebenfalls gleichen Alters, verstanden sich gut.



Horst Schulze (Ernst Schneller) und Sergej Bondartschuk

Eine seltene Harmonie verband uns. Horst Hardt war dabei ein prächtiger Vermittler. Wäre noch nachzutragen, daß wir alles Organisatorische und Genehmigungspflichtige mit 1000 Tricks unterhalb der bürokratischen Schwellen auf privater Ebene erledigen konnten. Die offizielle Genehmigung vom sowjetischen Kulturministerium, daß Bondartschuk die Rolle spielen durfte, traf ein, als der Film längst abgedreht war.

Das Problem hatte in der Sowjetunion die Politiker auf den Plan gerufen.

Der gefangene russische General, um den es ging, sollte nämlich unter Folter und Scheinhinrichtungen gezwungen werden, eine kampfstärke Division mit sogenannten russischen

Hilfswilligen aufzustellen, ähnlich der schon existierenden berühmten Wlassow-Armee. Immerhin ein sensibles Problem.

Wir lösten das aber sowohl mit unserer eigenen Sachkenntnis als auch mit unseren beiderseitigen künstlerischen Erfahrungen und Kompetenzen.

Ich habe keinen Lieblingsfilm. Schon gar nicht von mir. Wenn ich einen hätte, dann wäre es dieser.

Aber nur wegen der Szenen mit dem großen russischen Schauspieler Sergej Fjodorowitsch Bondartschuk.

Rudi Kurz

AUS HELLGES ANEKDOTENKISTE

Nachwirkungen einer Kindheitserinnerung

Als ich im Juli meinen 97. Geburtstag abging, fragte mich meine Betreuerin Birgitt, ob ich einen besonderen Wunsch hätte. Wie das bei alten Leuten so ist: Ich würde gern noch einmal die Stätte meiner Kinderjahre besuchen – eben die Berliner Laubenkolonie Wendenaue. Hier hatte ich in den 20er Jahren eine wunderschöne Kindheit verbracht. So fuhr denn meine Betreuerin mit meiner Frau, unserem Sohn und mir dorthin.

Der Anblick der großen Wiese – vor 90 Jahren mit Gänseblümchen, Pfingstblumen, wildem Rotem Mohn übersät – weckte in mir viele Erinnerungen. Vor allem aber jene: Neben

unserer Laubenkolonie hatten die Männer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold (zu jener Zeit die Kampforganisation der SPD zur Verteidigung der Weimarer Republik) ihr Heim. Gegen Abend kamen immer zwei, drei junge Leute mit einer Klampfe zu uns Kindern, und wir sangen gemeinsam – um ein Lagerfeuer sitzend – die drolligsten Lieder. So z. B. „Auf der Mauer, auf der Lauer sitzt 'ne kleine Wanze“ oder „Mein Hut, der hat drei Ecken“. Besonders gern sangen wir die „Schnaderhüpfel“, die uns die jungen SPD-Genossen beibrachten, wie z. B. „Da oben auf dem Berg, wo die Bäume sich biegen, da hau'n sich zwei Kahle, daß die Haare so

fliegen“ oder „Und ich stand auf der Brücke und ich spuckt in den Kahn, ja da freut sich die Spucke, daß sie Kahn fahren kann.“ Einen Vierzeiler mochte ich besonders gern: „Rot ist die Liebe und rot die Tomat' und rot ist der Schlips vom Sozialdemokrat.“ Ich verstand zwar nicht alles, merkte aber sehr wohl, daß da sprachlich etwas nicht ganz „astrein“ war. Später, auf der Heimfahrt, ging mir durch den Kopf, daß dieses „Rot“ in jenem Schnaderhüpfel möglicherweise bewirkt hat, daß ich mich 1945 der SPD anschloß – nicht ahnend, daß das kräftige Rot der 20er Jahre ab Mitte der 40er so verblasen würde ...

Helmuth Hellge

Ein Band mit Gedichten von Rudolf Bauer

Erst Kriegsgebrüll, dann AfD

Der Maler Heinrich Vogeler (1872–1942) schuf zwischen 1914 und 1934 von ihm so benannte „Komplexbilder“. Sie bestehen aus Kompositionen verschiedener Szenen, realistischen Darstellungen von Wirklichkeitsausschnitten, die einem bestimmten Thema untergeordnet sind. Die Gedichte, die der Bremer Sozialwissenschaftler und bildende Künstler Rudolf Bauer in seinem neunten Gedichtband „Aus gegebenem Anlass“ zusammengestellt hat, können in Anlehnung an dieses Verfahren Komplexgedichte genannt werden: Sie sind mit einer gewissen Strenge einem zentralen Motiv untergeordnet, der Erhaltung des Friedens. Sie enthalten zugleich viele scharfe Beobachtungen und oft die Aufforderung, den Feinden des Friedens zu widerstehen und zu handeln. Die Aufgeforderten sind verschieden; die von Bauer genannten Kriegsherren aus Vergangenheit und Gegenwart – auf diesem Gebiet finden sich keine Frauen – ähneln sich. Bauer befaßt sich u. a. mit der „Hunnenrede“ Kaiser Wilhelms II. 1900 in Bremerhaven, der Bremer Lokalgröße Kolonialgeneral Paul von Lettow-Vorbeck (1870–1964) sowie mit „Deutschlands Prediger Gauck“. Aktuell und bissig wird es im letzten der acht Abschnitte, der denselben Titel wie das Buch trägt – z. B. so: „Aus der Natterngrube des Militarismus. Im zeitlichen Ablauf kam erst mal / das Kriegsgebrüll dann a. f. d. / zunächst militärischer Ernstfall / dann völkische Brutalität / erst als Fußvolk der Nato marschieren / ‚mehr macht mehr Verantwortung‘ zählt / um dann sich stolz zu gerieren / als die Menschenrechtsretter der Welt / die Tarnuniformierte von der Leyen / befehligt die Mordbrennerschar / zur Rettung

der angeblich freien / der freiesten Welt fürwahr / und identitäre sie schreien / das Abendland sei in Gefahr.“

Der gegebene Anlaß ist der Zusammenhang von offizieller, moralisch verpackter Kriegspolitik und der lautstarken Begleitung durch „Retroschisten“. In einem anderen Gedicht heißt es zu dieser Verbindung: „die Hass säen / bekämpft aber auch die / welche den Hass militärisch / nutzen zum Angriff“. Bauer nutzt sowohl die kleine Form und spießt SPD-Grüne-Feldherren im Dreizeiler auf: „Jugoslawien-Krieger. Schröder und Fischer / die rot-grüne Panzerfaust / der Gewaltlosen“, verwendet aber auch die große: Den Band eröffnet eine über 14 Seiten gedruckte Adaption des letzten von Wolfgang Borchert (1921–1947) vor seinem Tod verfaßten Textes „Dann gibt es nur eins“. Bauer ergänzt dessen Zeilen mit eigenen und stellt sie unter die Überschrift „Es gilt noch immer“. Bei Borchert heißt es zu Beginn: „Du, Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserrohre und keine Kochtöpfe mehr machen – sondern Stahlhelme und Maschinengewehre, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“ Bauer setzt fort: „auch wenn sie keine Befehle erteilen / sondern dir drohen / mit dem Verlust des Arbeitsplatzes / mit Hartz-IV-Schikanen / falls du dich weigerst / den Marder herzustellen den Leopard / Tornados den Eurofighter / Kampfhubschrauber oder U-Boote / Fregatten Korvetten / Handfeuerwaffen und Drohnen / dann gilt noch immer / nur eins.“ Thomas Metscher, der zu dem Band einen nuancierten, souverän argumentierenden Essay als Nachwort beigefügt hat,

bezeichnet zu Recht einen Satz Klaus Manns, der einem der Abschnitte vorangestellt ist, als Bauers „schriftstellerisches Credo“: „Wer sich berufen glaubt, die Summe menschlicher Erfahrung durch das Wort auszudrücken, darf nicht die dringlichsten Probleme – die Organisation des Friedens, die Verteilung menschlicher Güter – vernachlässigen oder gar ignorieren.“ Metscher weist darauf hin, daß die Gedichte Bauers in einer „Traditionslinie politischer Dichtung neuen Typs“ stehen, die um 1800 entstand und mit den revolutionären Erhebungen um die Mitte des 19. Jahrhunderts und der Arbeiterbewegung eine neue Qualität erhielt. Progressive politische Dichtung könne bis heute „nur eine solche sein, die den Idealen der Revolution Frankreichs die Treue hält, sie zugleich mit Impulsen verbindet, die der Arbeiterbewegung, der Oktoberrevolution und den anticolonialen Bewegungen“ entstamme. Vor allem aber: „Die Stellung zu Krieg und Frieden, heute wie einst, ist das politisch-ethische Grundkriterium für den Rang solcher Dichtung.“ Es gebe nicht viel an neuer deutschsprachiger Lyrik dieser Art. So füllten „die Texte Bauers nicht zuletzt auch eine Leerstelle aus“ und schlossen an Bewegungen an, „die weit über dem Niveau der hierzulande akkreditierten Literatur stehen“.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Arnold Schölzel

Rudolf Bauer/Thomas Metscher: Aus gegebenem Anlass. Gedichte und Essay. Verlag Tredition, Hamburg 2018, 194 Seiten, Paperback 18,90 €, Hardcover 24,90 €, E-Book 2,99 €

Über das Geschäft mit dem Wohnen

In der Schriftenreihe des Münchner Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung ist eine grundlegende Untersuchung zur wieder breit debattierten „Wohnungsfrage“ erschienen. Verfaßt haben sie zwei einschlägig ausgewiesene Experten: Andrej Holm und Claus Schreer.

Die Wohnungsfrage, schreiben Holm und Schreer, galt in der Bundesrepublik zur Jahrtausendwende bei den zuständigen politischen Stellen als „gelöst“. Die Immobilienwirtschaft verkündete: „Deutschland ist fertig gebaut“; fortan sollte vor allem „saniert“ werden. Daß das ein Trugschluß war, beweist unter anderem der Mietpreisanstieg bei den Angebotsmieten in Berlin: Zwischen 2008 und 2018 lag der bei 104 Prozent. Das ohnehin schon teure München bekam im gleichen Zeitraum eine Steigerung von immerhin 61 Prozent hin. Im Durchschnitt der fünf größten Städte mußten Mieter bei

Neuvermietungen 2018 über 50 Prozent mehr für den Quadratmeter berappen als zehn Jahr zuvor. Parallel verschärft sich die schon seit Jahrzehnten schwelende Krise des sozialen Wohnungsbaus; jedes Jahr läuft die Sozialbindung Zehntausender dieser Wohnungen aus, nur etwa 25 000 werden pro Jahr neu bewilligt. Dennoch waren es, so die Autoren, erst die sich häufenden Proteste, die das Thema Wohnungspolitik 2018 auf die politische Agenda der Bundesregierung gesetzt haben. Holm und Schreer untersuchen „die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen für das Geschäft mit dem Wohnen“, also die Mechanismen des kapitalistischen Wohnungsmarktes, die Mietpreisexlosion als „Ergebnis der Mietgesetzgebung der BRD“, die Bodenspekulation, die Aktivitäten internationaler Investoren und Anleger auf dem deutschen Wohnungsmarkt, die staatlichen Milliardenbesenke an Kapitalanleger und

Wohnungsspekulanten, die „Planungssohnmacht der Kommunen“ und vieles mehr.

Sie fordern allerdings nicht einfach geringere Mietsteigerungen oder „Anreize“ für den Wohnungsneubau, sondern eine grundsätzlich andere Wohnungspolitik. Ständige Mietsteigerungen seien kein Naturgesetz, dauerhaft niedrige Mieten grundsätzlich möglich. Ihre Prämisse ist: „Appelle an die Sozialpflichtigkeit des Wohnungseigentums sind nutzlos!“ Eine soziale Wohnversorgung müsse „gegen private Gewinninteressen durchgesetzt werden“.

(jw)

Andrej Holm, Claus Schreer: Mietpreisexlosion und Wohnungsnotstand. Ursachen und Alternativen. ISW-Report, Nr. 116/117, 60 S., 5 €. Bezug: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e. V., Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München; E-Mail: isw_muenchen@t-online.de

Kunst und Kernenergie – materialistisch betrachtet

In Greifswald, wo einst täglich Tausende Arbeiter und Ingenieure in das Kernkraftwerk „Bruno Leuschner“ (in Rußland als „AES Nord“ bekannt) fuhren, erschien 2018 ein Buch. Ein Katalog, ein Werk – groß und gewichtig, sowohl das Äußere als auch den Inhalt betreffend.

Der Autor Peter Kroll (81) ist, vereinfacht ausgedrückt, Atomingenieur. 16 Jahre arbei-

Ausführlich widmet sich der Autor dem sowjetischen Plan GOELRO, dem historisch beispiellosen Prozeß der Konzipierung und enorm schnellen Realisierung des energetischen und wirtschaftlichen Aufbaus in einem 1920 noch rückständigen riesigen Land. Bildhaft erfährt der Leser das Wichtigste über Personen, Dokumente und Schauplätze des Beginns und die gigantischen

Kuczynski u. a. die Frage: „Warum sprichst du trotz der Stalinzeit immer ohne Einschränkung so bewundernd von den Völkern der Sowjetunion?“ Kuczynski antwortet: „Seit den Griechen in alter Zeit scheint mir kein Volk so Großartiges für den Fortschritt der Menschheit geleistet zu haben wie die Völkergemeinschaft der Sowjetunion.“ So sieht es auch Peter Kroll.



Die friedliche Nutzung der Atomenergie

Wandbild: Josep Renau, Halle 1971

tete er an seinem „Lebenswerk“, das den Titel trägt „Kunst und Kernenergie. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte der Kernenergie“. Der Begriff der Kernenergie, er schließt unter anderem Atomkraftwerke und Atombomben ein, birgt Diskussionsstoff, heute mehr denn je. Das spiegelt sich auch in der Kunst wider. Der Begriff der Kulturgeschichte ist inhaltlich sehr umfassend und anspruchsvoll. Wer das Buch liest – man muß dafür nicht Atomingenieur sein – erkennt, daß der Autor sich einer großen Aufgabe gestellt hat.

In dem Werk gibt es zum Beispiel den Bezug zur griechisch-römischen Antike, es ist von Prometheus, Aphrodite, Pandora und den griechischen Atomisten die Rede. Vom Gemälde Raffaels „Schule von Athen“ (1510) spannt Kroll den Bogen zur Jenaer Dissertation von Karl Marx (1841).

An einer anderen Stelle treffen sich, das ist ebenfalls reich bebildert, zwei Deutsche und ein Russe: Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), Armin Münch (1930–2013) und Igor Kurtschatow (1903–1960). Peter Kroll zeigt anschaulich anhand von Grafiken den Zusammenhang. Der Grafikprofessor hat einen Faust-Zyklus gestaltet. Kurtschatow ist darin der Faust des 20. Jahrhunderts und den russischen Faust.

Wer weiß heute noch, daß in der DDR der Uranbergbau im Erzgebirge und seine weltpolitischen Wirkungen sowohl literarisch als auch in Spielfilmen dargestellt wurden? Wer kann noch etwas mit dem Begriff „SDAG Wismut“ anfangen? Zu den Atombombenabwürfen in Japan sowie zur heutigen Bedrohung durch atomare Rüstung bringt Kroll beeindruckende Gemälde, Grafiken und Karikaturen weltbekannter Künstler.

Ergebnisse nach einem historisch kurzen Zeitabschnitt. Auch zur Atomenergie der DDR bezieht der Autor Position. Geschildert wird die wissenschaftliche und wirtschaftliche Unterstützung aus der Sowjetunion, die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, veranschaulicht durch Fotos von Treffen zwischen Wissenschaftlern und Ingenieuren beider Länder, die DDR-Kernkraftwerke Rheinsberg und Lubmin.

Der Leser findet auch einen Bezug zu dem Buch „Dialog mit meinem Urenkel“, 1983 in der DDR erschienen. Hier beantwortet der Wirtschaftshistoriker Professor Jürgen

Er hat dabei nicht nur die Realisierung des GOELRO-Planes, den Sieg über den Hitlerfaschismus oder die wissenschaftlich-technischen Spitzenleistungen der Sowjetunion im Blick, sondern auch ihren jahrzehntelangen beharrlichen Kampf gegen den Atomkrieg und für den Erhalt des Friedens auf der Erde.

Uwe Durak
Greifswald

Peter Kroll: Kunst und Kernenergie. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte der Kernenergie. Selbstverlag, Greifswald 2018, Großformat, 168 S. (Tel. 03834-5202192)



Karl Marx und Friedrich Engels

Zeichnung: Armin Münch

BUCHTIPS



► **M. Müller / P. Brandt / R. Braun (Hg.): Frieden! Jetzt! Überall!**
Ein Aufruf

Aus Furcht vor Rußland, als Reaktion auf den Irrsinn eines „America first“ oder aus Angst vor Gewalt und Terror kommen die Gespenster des kalten Krieges zurück. Der neue Rüstungswettlauf ist keine Drohung mehr, sondern bereits harte Realität. Deutschland kann in der Entspannungspolitik zwischen Ost und West im Rahmen der Europäischen Union eine führende Rolle einnehmen. Dafür muß Frieden wieder zu einem zentralen Thema unserer Gesellschaft werden. Genau dafür setzen sich die Herausgeber Michael Müller, Peter Brandt und Reiner Braun ein, die mit ihrem Aufruf die aktuellen Perspektiven einer neuen Friedens- und Entspannungspolitik ausloten und entwickeln.

Mit Texten von Katarina Barley, Frank Bsirske, Daniela Dahn, Daniel Ellsberg, Sigmar Gabriel, Michail Gorbatschow, Stephan Hebel, Uwe Hixsch, Reiner Hoffmann, Alexander S. Neu, Matthias Platzeck, Horst Teltschik, Jürgen Trittin, Willy van Ooyen, Heidemarie Wiczorek-Zeul, Sahra Wagenknecht, Ernst Ulrich von Weizsäcker u. v. a.

Westend-Verlag, Frankfurt/Main 2019, 336 S., inklusive e-Book mit 15 weiteren Texten, 22 €

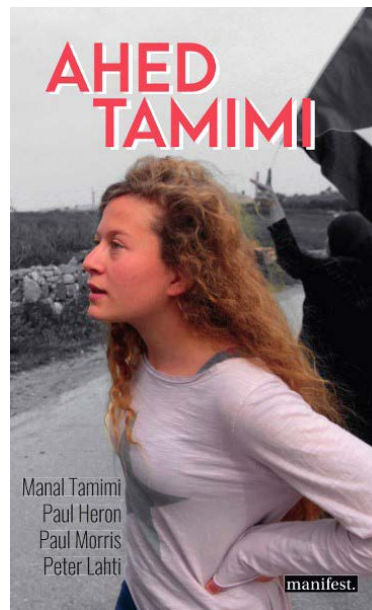
► **Hellmut Kapfenberger: Ho-Chi-Minh-Pfad. Meisterwerk Zehntausender**
Die Geschichte der legendären Nachschubtrasse

Was wäre aus Vietnam und seinen Nachbarn geworden, hätte es den Ho-Chi-Minh-Pfad zu Lande und, kaum bekannt, ab 1961 auch zu Wasser, nicht gegeben? Am 19. Mai 1959 wurde das Projekt der Strategischen Militärtransporttrasse Truong Son geboren. Innerhalb von 16 Jahren entwickelte sich einer der entscheidenden Faktoren für die Niederlage der USA. Hellmut Kapfenberger war zu Kriegszeiten und auch danach



Korrespondent für DDR-Medien in Vietnam. Er vermittelt ein umfassendes Bild von der gigantischen militärischen Nachschubtrasse. Für dieses Buch besuchte er noch einmal Vietnam und sprach mit Zeitzeugen.

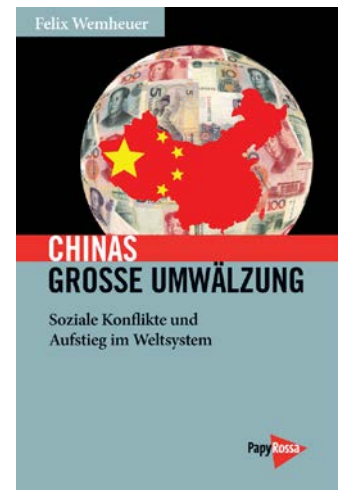
Verlag Wiljo Heinen, Berlin und Böklund 2019, 502 S., zahlr. Abb., 22 €



► **Ahed Tamimi – Ein Schlag gegen die Besetzung**

Ahed Tamimi wurde durch eine Ohrfeige zum neuen Symbol des palästinensischen Widerstands (siehe auch RF 245, S. 8). Das Video, auf dem sie sich gegen den schwerbewaffneten israelischen Soldaten in der Einfahrt ihres Hauses wehrt, ging um die Welt. Dieses Buch ist Zeugnis des anhaltenden Widerstands von Ahed, ihrer Familie und ihres Dorfes in einem ungleichen Kampf.

Die deutsche Übersetzung beinhaltet alle Texte der englischen Originalausgabe – geschrieben u. a. von Aheds Tante Manal Tamimi. In den Anhang aufgenommen wurde zusätzlich ein Text von Sozialisten



aus Israel und Palästina als Beitrag zur Diskussion um die richtige Strategie im Kampf gegen die nationale Unterdrückung der Palästinenser.

Manifest-Verlag, Berlin 2019, 214 S. 13,90 €

► **Felix Wemheuer: Chinas große Umwälzung**
Soziale Konflikte und Aufstieg im Weltssystem

Der gegenwärtige Aufstieg der Volksrepublik China führt zu einer Neuordnung der globalen Machtverhältnisse. Auch innerhalb des Landes haben sich durch die wirtschaftliche Entwicklung Klassen- und Geschlechterverhältnisse grundlegend verändert. Jedes Jahr verlieren Millionen von Bäuerinnen und Bauern ihr Land, und neue Klassen von freien Lohnarbeitern und von Kapitalisten sind entstanden. Streiks, ländliche Unruhen und ethnische Konflikte sind die Folge.

Felix Wemheuer untersucht außerdem Chinas große Transformation im Kontext globaler Trends von Entkolonialisierung, kaltem Krieg und dem Siegeszug des neoliberalen Kapitalismus. Rückständigkeit zu überwinden und den Westen wirtschaftlich einzuholen, war und ist ein zentrales Ziel der chinesischen Führung. Im Buch wird der Frage nachgegangen, ob China das Weltssystem grundlegend verändert oder selbst zu einem neuen kapitalistischen Zentrum aufsteigt. Und es wird diskutiert, welchen Charakter die heutige chinesische Gesellschaft hat.

„Unser Sozialismus ist erst wenige Jahrzehnte alt, er befindet sich noch in der Anfangsphase. Die Festigung und Entwicklung des Sozialismus erfordert harte Anstrengungen und Kämpfe der Menschen mehrerer Generationen, von über zehn Generationen, sogar Dutzender Generationen.“
Deng Xiaoping, 1992

PapyRossa-Verlag, Köln 2019, 272 S., 16,90 €

Stimmen aus aller Welt über die DDR

Solange der sozialistische deutsche Staat, die DDR, existierte, haben sich immer wieder Persönlichkeiten aus der ganzen Welt bei oder nach Besuchen über die DDR geäußert. Zum 30. Jahrestag am 7. Oktober 1979 hat die Auslandspresseagentur Panorama DDR über hundert solcher Stellungnahmen in einem Buch vereint. Entstanden ist so ein Mosaik persönlicher Erfahrungen und Erkenntnisse, die jeweils ein Stück gesellschaftlicher Wirklichkeit widerspiegeln. Stellvertretend für die anderen veröffentlichen wir hier einige dieser Äußerungen – Älteren zur Erinnerung, Jüngeren zur Verdeutlichung dessen, was die DDR für die Welt (und für uns) war.

Die Serie, in der wir seit Juli 2016 etwa einhundert Meinungsäußerungen über die DDR wiedergaben, ist hiermit beendet. Selbstverständlich bleiben wir aber weiter dran an „DDR konkret“ – auch künftig ein Schwerpunktthema des „RotFuchs“.

Cecilia und Tania

Zwei Kinder aus Chile

Wir chilenischen Kinder und Pioniere wollen hier den Kindern über Chile und auch über andere Länder Lateinamerikas berichten. Mit Unterschriftensammlungen tragen wir dazu bei, daß die Junta gezwungen wird, die Gefangenen und Verschleppten freizulassen. Außerdem haben wir Zehntausende von Spielsachen gesammelt für die Kinder in Chile. Bei diesen Aktionen wurden wir von den Menschen in der DDR sehr unterstützt. Wir wollen helfen, daß unser Land wieder frei wird und die Kinder glücklich sein können.

Elie Telliano

Schüler aus Guinea

Seit unserer Ankunft sind wir hier sehr glücklich. Wir alle spüren deutlich die Solidarität, die uns entgegengebracht wird. Viel haben wir schon erlebt. Hier kann man Sport treiben und Spiele lernen, die von den Kindern in den verschiedensten Ländern gespielt werden, und das macht sehr viel Spaß. Mir hat besonders der Besuch im Kosmonautenzentrum gefallen. Unsere Begleiter haben uns dort erklärt, was man beachten muß, um sich mit Hilfe des Himmels zu orientieren, um Sterne zu erkennen. Wir haben auch an einem Tag in einer kleinen Werkstatt der Pionierrepublik gearbeitet. Das Geld für unsere Arbeit haben wir auf das Solidaritätskonto für die um ihre Freiheit kämpfenden Völker überwiesen. Aus Anlaß des internationalen Kinderfestes organisierte die Delegation aus der Republik Guinea eine Ausstellung mit Kinderzeichnungen über unser Land. Fast jeder hier in der Pionierrepublik hat diese Ausstellung besucht, die einzelnen Delegationen kamen in unser Haus, ebenso wie

ein Mitglied des Zentralrates der FDJ und der Direktor der Pionierrepublik „Wilhelm Pieck“. Mit den chilenischen Kindern und der Delegation aus Kuba hatten wir ein Freundschaftstreffen. Es hat viel dazu beigetragen, die Freundschaft zwischen uns zu festigen.

Angel Wagenstein

*Filmregisseur, Bulgarien
(geboren am 17. Oktober 1922)*

Mein lieber kleiner Freund! Im Oktober wird Deine Republik fast dreimal so alt sein wie Du und fast zweimal jünger als ich. Du erinnerst Dich nicht, aber ich muß an den zerstörten Alexanderplatz denken mit seinen ausgebrannten Dächern, in denen Birken wuchsen, an denen allein man erkennen konnte, daß die Gewehre nicht erst seit gestern schwiegen. Du erinnerst Dich nicht, aber ich kenne den Anfang des schweren, langen und einzig möglichen Weges, den Dein Land, meines und auch andere Länder mit vom grausamen Krieg zerstörten Dächern antraten. Damals, an jenem Anfang, gab es Unter den Linden keine Linden, und man sah mehr Krücken als Kinderwagen. Damals war es leichter, den Menschen Brot zu geben als Hoffnung. Es war unsagbar schwer, mein Freund, aber über dem Reichstag wehte eine rote Fahne, und sie bedeutete mehr als alle Wörter der Welt! Ich weiß, daß für Dich 29 Jahre außerordentlich viel sind – so viel, daß Du sie Dir nicht vorstellen kannst. Aber für mich gab es das Gestern, denn gestern kam ich aus dem faschistischen Gefängnis heraus ... Und so verstehst Du, warum ich mich freue, wenn ich heute Deine sozialistische Heimat stark sehe, aufblühend und sicher: denn sie ist Teil meiner Welt, und ihre Feiertage sind auch die meinen.

Erst kürzlich, am ersten Tag des September, war ich in Berlin. Zu dieser Zeit begann für Dich und Deine Freunde die Schule. Du hast mir das Raumschiff gezeigt, das Du gezeichnet hattest, eine wunderschöne, fast echte „Sojus“-Rakete mit runden Fensterchen! Ich bin fest davon überzeugt, daß Du noch in derselben Nacht mit diesem gemalten Schiff durch das offene Fenster der Waldowstraße davongeflogen bist, und aus allen geöffneten Fenstern flogen mit gemalten Raketen

Millionen Kinder aus der ganzen Republik, um Sigmund Jähn und seine sowjetischen Freunde auf ihrem ruhmreichen Himmelsweg ein wenig zu begleiten. Denk ein bißchen nach, und Du wirst verstehen, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen jener roten Fahne auf dem Reichstag und Eurem bezaubernden Nachtflug! Ich weiß nicht, was Ihr dem Genossen Sigmund Jähn gesagt habt, als ihr ihn zwischen zwei Sternen einholtet, und was er Euch antwortete, aber ganz sicher habt Ihr von oben bemerkt, wie grün, wie erneuert Euer Land ist und wie ruhig der Schlaf seiner Menschen.

Du weißt, daß es Länder gibt, die stolz sind auf ihre unfehlbaren Waschmittel und auf ihre unfehlbaren Waffen ... Deine Republik aber kann mit Recht stolz sein auf ihre Kin-



Angel Wagenstein

der – auf Dich und auf alle, die so sind wie Du. Und weil dies eine Republik für Kinder ist, sind sie ihre Sorge von heute und ihr Ruhm von morgen, ihre Hoffnung und ihre Freude. Dir wird so viel gegeben, doch so wenig wird von Dir verlangt – einfach, gut zu lernen. Ich hoffe, Du wirst das zu schätzen wissen! Und jetzt erlaube ich mir, Dir und Deinen Freunden zum Geburtstag Eures Vaterlandes zu gratulieren. Übermittle bitte meine besten Glückwünsche Deiner Mutter und Deiner Lehrerin, dem Straßenbahnfahrer und dem Feuerwehrmann, dem Sportler und dem Fischer, der Postbotin, dem Volkspolizisten und dem Künstler, jenem ehrenvollen jungen Mann, der an der Grenze wacht, und dem alten Mann, der auf dem Alexanderplatz Eis verkauft. Glückwunsch zum Feiertag, mein kleiner Kosmonaut, ich wünsche Dir und Deiner Heimat weitere Sternenwege!

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Oktober und Anfang November

■ Regionalgruppe Rostock

Am 5. Oktober um 14 Uhr spricht Egon Krenz zum Thema: **Gründung und Niedergang der DDR – Wendepunkte europäischer Geschichte**

Die Veranstaltung wird musikalisch begleitet von Hartmut König, Liedermacher und Mitgründer des Oktoberklubs

Ort: Stadtteilbegegnungszentrum (SBZ) Toitenwinkel, Olof-Palme-Straße 26, 18147 Rostock

■ Regionalgruppe Teterow

Am 7. Oktober um 10 Uhr Politischer Stammtisch aus Anlaß des 70. Jahrestages der Gründung der DDR

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern – Nord/West

Am 7. Oktober um 15 Uhr Forum zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR

Ort: Stadtkantine, Großschmiedestr. 41–43, 23966 Wismar

■ Regionalgruppe Gera

Am 10. Oktober um 19 Uhr lädt der Arbeitskreis „Politische Bildung“ (Die Linke, „RotFuchs“, Cuba Si) alle Interessierten ein. Richard Dollinger gibt eine **Einführung in die politische Ökonomie des Kapitalismus**

Ort: Geschäftsstelle der Partei Die Linke, Markt 12 A, 07545 Gera

■ Regionalgruppe Frankfurt/Oder

Am 11. Oktober um 15 Uhr spricht der Journalist Matthias Krauß (Potsdam) zu seinem Buch **Die große Freiheit ist es nicht geworden**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstr. 1, 15230 Frankfurt/Oder

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 12. Oktober um 10 Uhr spricht der Historiker Dr. Volker Külow zum Thema: **Wahlstrategie und Gesellschaftsstrategie – Die Linke nach den Wahlen 2019**

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Dresden

Am 12. Oktober um 10 Uhr Gemeinsame Veranstaltung linker Vereine aus Anlaß des 70. Jahrestages der Gründung der DDR zum Thema: **Erbe und Erfahrungen aus 40 Jahren des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates beim Aufbau des Sozialismus**

Referent: Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Vorsitzender des Marxistischen Forums Sachsen

Ort: Filmtheater Schauburg, Königsbrücker Straße 55, 01099 Dresden

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 15. Oktober um 18 Uhr Veranstaltung zum **70. Jahrestag der Gründung der DDR** – ein Jubiläum mit geschichtlichen, aktuellen und persönlichen Bezügen Gestaltung durch eigene Beiträge der Teilnehmer. Die Veranstaltung wird musikalisch begleitet von der Singegruppe des „RotFuchs“-Fördervereins.

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am 17. Oktober um 14 Uhr spricht Dr. Winfried Hansch, Vorsitzender der Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft e. V., zum Thema: **Aktuelle Beziehungen der lateinamerikanischen Länder zu den USA**

Ort: Kühleweinstraße (Kulturraum am Ende der Sackgasse), 39106 Magdeburg

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 17. Oktober um 15 Uhr spricht Eckard Schlenker zum Thema: **Die Situation in der Ukraine nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen**

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

■ „RotFuchs“-Gruppe Luckenwalde

Am 19. Oktober um 10 Uhr spricht der Historiker Prof. Götz Dieckmann zum Thema: **Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt – 70. Jahrestag der Gründung der DDR**

Ort: Begegnungsstätte für Senioren „Haus Sonnenschein“, Schützenstraße 37, 14943 Luckenwalde

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 19. Oktober um 10 Uhr spricht Rechtsanwalt Hans Bauer, Vorsitzender der

GRH, zum Thema: **DDR-Gründung vor 70 Jahren – Errungenschaften und Fehler**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen

Am 23. Oktober um 14 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Die DDR würdigen heißt, sich dem Kampf gegen Kriegsgefahr und Rechtsentwicklung verpflichtet fühlen**

Ort: Kulturhaus der Stadt Bitterfeld-Wolfen, Puschkinplatz 3 (Konferenzzimmer), OT Wolfen, 06766 Bitterfeld-Wolfen

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 23. Oktober um 18 Uhr spricht Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Vorsitzender des Marxistischen Forums Sachsen, zum Thema: **Demokratie und Macht** (zu den Landtagswahlen in Sachsen)

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Cottbus

Am 26. Oktober um 10 Uhr spricht der frühere Kundschafter Dieter W. Feuerstein zum Thema: **Ein halbes Jahrhundert Frieden in Europa, das hat sich schon gelohnt**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Schwerin

Am 26. Oktober um 10 Uhr spricht der Historiker Prof. Götz Dieckmann zum Thema: **Die DDR in den weltumfassenden Klassenkämpfen ihrer Zeit**

Ort: Bertha-Klingberg-Haus, Max-Planck-Straße 9 A, 19063 Schwerin





LESERBRIEFE

Bundesdeutsche Medien sind nach wie vor dabei, die DDR und ihre Bürger sowie die sozialistische Wirtschaft zu verteufeln. An vorderster Stelle die Sicherheitsorgane. Sie waren die ersten, deren Dienststellen zunächst ausgeraubt und dann dem Vandalismus überlassen, deren Tätigkeit als ungesetzlich, ja verbrecherisch bezeichnet wurde.

Ich war 30 Jahre Angehöriger der Volkspolizei, davon 33 Jahre bei der Kriminalpolizei. Dabei habe ich direkt auch mit der Tätigkeit und den Auswirkungen der westlichen Geheimdienste und deren Methoden zu tun bekommen. Immer noch, selbst nach 30 Jahren Anschluß der DDR an die BRD, wird gegen das MfS und seine Tätigkeit, seine Mitarbeiter vorgegangen, ihren größten und wirksamsten Gegner. Insbesondere wird ihm vorgehalten, sehr viele Informelle Mitarbeiter (IM) genutzt zu haben. Dazu ist zu sagen: Kein Geheimdienst kann ohne Informanten arbeiten, auch der BND nicht. In welchem Umfang dieser deutsche Geheimdienst heute agiert, läßt sich an der neuen gigantischen Dienststelle in Berlin nur erahnen. Mit welchen Mitteln und Methoden hier gearbeitet wird, kann sich der „Normalbürger“ meist gar nicht vorstellen. Und noch etwas: Für mich wurde der Anspruch auf Nachzahlung des Rentenanteils Bekleidungs- und Verpflegungsgeld bestätigt. Aber in Sachsen-Anhalt gibt es einen Innenminister, der die Zahlung „aussetzt“, was darauf schließen läßt, daß er mit dem baldigen Ableben eines 90jährigen rechnet.

Gerhard Bochnig, Giersleben/Anhalt

Fast dreißig Jahre hoch ist der mediale Müllberg, der auf die DDR aufgehäuft wurde.

So wie viele andere war auch ich Mit-Konstrukteur der DDR mit unseren Biographien, unseren Lebensleistungen, unseren eigenen Erfahrungen, vor allem auch der unserer Eltern. Wir hatten den Staffelstab von unseren für soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Welt kämpfenden Vorfahren übernommen und dürfen nun den Lauf der Geschichte nicht sich selbst überlassen. Auch nicht, wenn unser Stab im Wettkampf mit dem Kapital 1990 abhanden kam.

Nein, wir noch Lebenden mit revolutionären Erlebnissen und Ideen dürfen nicht müde und schwach werden, den Streit um eine bessere Welt fortzusetzen. Lassen wir es uns nicht länger gefallen, wie Ureinwohner einer deutschen Kolonie behandelt zu werden. Wir müssen verbliebene demokratische Möglichkeiten nutzen,

um unsere Biographien vor der Vernichtung zu schützen, unsere Gleichheitsrechte durchzusetzen, revolutionäre Zukunftsalternativen zum herrschenden System zu propagieren und um die uns nachfolgenden Generationen vor Kriegen, Elend und Not, Faschismus, ja, vor dem atomarem Inferno, das bei einem Trump nicht auszuschließen ist, zu bewahren. Unsere Kinder, Enkel und auch schon Urenkel sind sich nicht alle dieser sie bedrohenden Gefahren bewußt –, abgelenkt und verführt mittels materieller und sozialer Korrumpierung durch das gegenwärtig herrschende System. Wir Altgewordenen können und müssen ihnen die Augen öffnen und ihnen die Schmutzstäpsel aus den Ohren holen. Wir wissen doch, wie das möglich ist. Schließlich haben wir darin elterliche und großelterliche Erfahrung.

Die DDR solo gibt es nicht mehr, eine BRD, inklusive DDR, geographisch ja, nicht aber sozial, wirtschaftlich, politisch, ideologisch und psychisch mit ihr geeint. Der historische Wert der DDR für die Zukunft eines friedlichen, sozial gerechten, sich mit allen um Freiheit, Souveränität und sozialen Fortschritt kämpfenden Völkern in der Welt solidarisierenden und antifaschistischen Deutschlands wird mehr und mehr vom herrschenden rechten Zeitgeist in einen deutschen Werteverlust umgemünzt. Das schadet nicht nur unseren Kindern, Enkeln und Urenkeln, sondern auch uns für den Rest unseres Lebens als „Psycho-Keule“. Deshalb wehre ich mich und erhebe ich mich immer wieder zum „Anwalt“ der DDR.

Manfred Wild, Berlin

Pünktlich zum 30. Jahrestag der „Wiedervereinigung“ der DDR mit der BRD wurde abermals die unsägliche Debatte unter dem Motto „DDR = Unrechtsstaat“ losgetreten.

Folge ich dem ehemaligen NSDAP-Mitglied und späteren Bundeskanzler der BRD Kiesinger, war die DDR kein Staat. Er nannte die DDR 1967 ein „Phänomen“ – ein „Phänomen“ als Unrechtsstaat?

Seit dem Bestehen der DDR gab es in der BRD kaum eine Veröffentlichung zum Unrecht im „dritten Reich“ ohne Hinweis darauf, daß es „drüben“, in der DDR, doch viel schlimmer sei. Bis heute muß das angebliche Unrecht in der DDR dazu herhalten, die Verbrechen der Nazi-Herrschaft zu relativieren und zu verharmlosen.

Aus meiner Sicht ist der Begriff Unrechtsstaat in bezug auf die DDR weder juristisch noch politisch haltbar. Es ist ein polemischer Kampfbegriff, der zur Delegitimierung der DDR ins Feld geführt wird, was auch bestens funktioniert, wie die Haltung des Ministerpräsidenten von Thüringen, Bodo Ramelow (PDL), beweist, der sich obengenannter Auffassung anschloß. Ein Unrechtsstaat ist nach meiner Auffassung ein Staat, der das Recht gar nicht erst anstrebt, der ganzen Bevölkerungsgruppen die Existenzberechtigung abspricht. Das trifft, wenn man an die „Endlösung der Judenfrage“ denkt, nur auf Nazi-Deutschland zu.

Die Politik der BRD gegenüber der DDR bestand seit Gründung beider Staaten aus aggressivem Antikommunismus, Ächtung des Antifaschismus und maximaler Schädigung der „Sowjetzone“, wie Adenauer, erster Bundeskanzler der BRD nach dem zweiten Weltkrieg, die DDR nannte.

Er war nicht nur Wegbereiter der Bundesrepublik, sondern brachte seine Gesinnung schon vor und mit Hitlers Machtbeginn zum Ausdruck. Am 10. August 1934 schrieb er in einem Brief an den Preußischen Minister des Innern: „... daß nach meiner Meinung eine so große Partei wie die NSDAP unbedingt führend in der Regierung vertreten sein müsse“.

Wilfried Steinfath, Berlin

Vor Wochen schlug die Debatte um einen Facebook-Post der sächsischen CDU hohe Wellen. Dabei wurde ein Foto der im Februar 1945 durch Bomben zerstörten Stadt Dresden einem Bild maroder DDR-Altbauten in Görlitz von 1990 mit dem Spruch gegenübergestellt: „Sozialismus hat nur für Leid gesorgt, egal ob ... national oder real existierend.“

Abgesehen von der Tatsache, daß es nicht schwerfällt, auch im westlichen Bundesgebiet marode Altbauten zu finden, gibt mir dieser Vergleich aus dem Munde von Menschen, die sich auf das christliche Wertesystem berufen, sehr zu denken.

Ich habe in meinem vielschichtigen beruflichen Leben mit Freud und Leid, mit helfenden, aber auch mit böswilligen Menschen zu tun gehabt. Ob in verantwortlichen Stellen in der Friedensbewegung, der Volkssolidarität oder als Amtsträger meiner Partei in staatlichen Organen – die Funktionäre der CDU waren für mich aufrichtige, berechenbare und kompetente Partner. Wir arbeiteten zusammen, stritten um beste Lösungen in komplizierten Zeiten und waren nicht selten fröhlich in der heute so oft geschmähten DDR. Wem nützt es, wenn die DDR nur als Schmuttelkind und als Inkarnation des Bösen dargestellt wird? Damit wird nicht nur die Lebensleistung und ehrliche Arbeit all derer mißachtet und mit Füßen getreten, die versuchten, mit den Schwierigkeiten klarzukommen und die hier blieben, sondern auch das Andenken an Persönlichkeiten der CDU wie Otto Nuschke und Gerald Götting beschmutzt. Von der „friedlichen Revolution“ und der „Heldenstadt“ Leipzig ist die Rede. Heldenstädte in meiner Vorstellung sind Leningrad (St. Petersburg), Stalingrad (Wolgograd) und Warschau durch deren Kampf gegen ein menschenverachtendes räuberisches System. Das, was „friedliche Revolution“ genannt wird, war ein Rück-Schritt in ein bereits schon früher bestehendes kapitalistisches System.

Dr. Wilfried Meißner, Chemnitz

Pastor Volker Hartmann befaßte sich mit der Umgestaltung der Landwirtschaft im Dorf Lüssow (Kreis Güstrow) – nachzulesen in der Kirchenchronik des Ortes. Er schilderte die Umgestaltung als erzwungene Beitritte der Bauern und diffamierte sie als schreiendes Unrecht.

Meine Erfahrungen sind da ganz andere. In jener Zeit war ich in engem Kontakt mit den Bauern und Siedlern des Kreises Bützow. Mir ist nicht ein einziges Beispiel bekannt, daß ein Bauer gezwungen wurde, seinen Betrieb in die zu bildende Genossenschaft einzubringen. Ihnen wurden Modellprojekte wie Typ 1, 2 oder 3 angeboten. Die Wahl, in welcher Wirtschaftsform er tätig sein wollte, traf der Bauer alleine. Und wenn er Einzelbauer bleiben wollte, blieb er das.

Natürlich wurden die Vorteile der Großbrauwirtschaft nicht von allen sofort erkannt. Doch nachgewiesenermaßen konnte durch Genossenschaften eine höhere Arbeits- und Lebensqualität erreicht werden. Und nicht zu vergessen, die Bauern blieben Eigentümer ihrer Betriebe.

Ziehen wir Vergleiche mit der Treuhand bei der Abwicklung der DDR, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Das gesamte Volksvermögen harter 40jähriger Arbeit wurde den Werktätigen ohne Entschädigung genommen. Tausende Arbeitslose, ungeklärte Vermögensfragen, Diffamierung und Mißachtung der Rechte der Menschen – auch darüber sollte der Ehrenbürger Güstrows, Herr Hartmann, in der Chronik Zeugnis ablegen.

Gerhard Perlick, Bützow

Wer mehr und Authentisches über die Lüssower wissen will, greife zu dem großformatigen Bild-Text-Band von Herbert Homfeld: Die Lüssower. Geschichte und Geschichten eines mecklenburgischen Landstrichs. VEB Hinstorff-Verlag, Rostock 1987

Am 3. Oktober 1990 verschwand die Volkswirtschaft der DDR. Die Bevölkerung war ersatzlos enteignet. Mehr als 1,4 Billionen DM Volkseigentum, von DDR-Bürgern erarbeitet – fast 85 000 DM pro Kopf der Bevölkerung. Es ging zu 87 % in westdeutsche, zu 7 % in ausländische und zu 6 % in ostdeutsche Hände über. Binnen fünf Jahren wurden drei Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Geblieben ist eine kleinteilige Wirtschaftsstruktur mit Innovationsschwäche und Bevölkerungsschwund. Allein Mecklenburg-Vorpommern verließen seit 1990 über 330 000 Einwohner. Die heutige Besiedlung Ostdeutschlands entspricht dem Niveau von 1905. Den Fokus auf die einstige Treuhand zu richten, lenkt davon ab, daß die Deindustrialisierung vom Finanz- und Wirtschaftskapital der BRD gewollt war, um einen lästigen Konkurrenten zu beseitigen und einen neuen Absatzmarkt zu gewinnen. Statt Untersuchungsausschüsse einzusetzen müssen gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen und die DDR-Bürger für das geraubte Volkseigentum entschädigt werden.

Wilfried Schubert, Güstrow

Ein neuer Untersuchungsausschuß kann nach fast 30 Jahren die von der Treuhand geschaffenen Tatsachen nicht mehr rückgängig machen. Das Volksvermögen der DDR und ihrer Bürger wurde letztendlich verramscht. Das war politisch vom Westen so gewollt. Deshalb wurden die Handlungen der Manager der Treuhand auch außerhalb jedes Rechts gestellt.

Was allerdings beim eventuellen Öffnen einiger bisher geschlossenen Treuhandakten interessant sein könnte, wäre die Frage, wie in so kurzer Zeit von nicht einmal vier Jahren das einstmals geschätzte Volksvermögen von über 1000 Milliarden auf ein Minus von 300 Milliarden heruntergewirtschaftet werden konnte, was wiederum doch möglich ist, wenn man so verfahren ist wie mit dem Rostocker Hafen. Erst wird er für 19 Millionen verschleudert und dann für ein Mehrfaches wieder zurückgekauft.

Ich gehe davon aus, daß alleine die landwirtschaftlichen Nutzflächen der ehemaligen Volks-eigenen Güter ein Vielfaches des behaupteten

Minus der Treuhand wert waren. Das Argument von einem Dr. Boick, daß man mit einem neuen Untersuchungsausschuß nur der AfD in die Hände spielen würde, die behauptet, erst hätten sich die „SED-Bonzen“ auf Kosten der DDR-Bevölkerung bereichert und anschließend die Manager der Treuhand, könnte man leicht entkräften. Man müßte nur das Einkommen von SED-Funktionären, Top-Managern der DDR-Wirtschaft, Abgeordneten der Volkskammer und anderen Funktionsträgern ins Verhältnis zu den Einkommen der Werktätigen setzen. Gleiches sollte man dann mit den ähnlich gelagerten Einkommen heutiger Entscheider tun. Das Ergebnis dürfte überzeugend sein.

Ralf Kaestner, Bützow

Der Arzt und Schriftsteller Dietmar Beetz, geboren 1939, hat in der DDR bis 1989 insgesamt 19 Bücher veröffentlicht, vom Briefroman über Krimis, Kinderbücher und Verse. Er ist weit in der Welt herumgekommen, u. a. als Schiffsarzt auf der DDR-Fischfanghochseeflotte und als Helfer in einigen vormals kolonial ausgebeuteten afrikanischen Ländern. Er kennt sich aus, auch mit den Ursachen von Krankheiten, Hunger und Kriegen. Viel Bestürzendes und Schreckliches hat er gesehen.

Nun hat er ein Kompendium vorgelegt, das wertvolle Auskünfte darüber gibt, wie die kapitalistische Klassenherrschaft die Historie in ihrem Sinne umschreibt: etwa wenn die Rede ist von „zwei Diktaturen in Deutschland“, dem „verordneten Antifaschismus“, der „maroden DDR-Wirtschaft“, der „Erziehungsdiktatur“, einer „DDR vor dem Staatsbankrott“ oder der „friedlichen Revolution“.

Die Absicht ist klar: Die DDR soll unter dem Lügenberg auf ewig begraben sein. Doch das wird nicht gelingen. Es gibt Zeitzeugen, lebende und archivierte. Alles gedruckt.

In einem vorangestellten Prospekt-Bändchen weist Beetz auf die Struktur der Publikation hin und informiert darüber, unter welchen Themen seine Texte in 10 Einzelheften gebündelt sind. Alle Bände zusammen zählen 1300 Seiten.

Nähere Bezugsbedingungen des „Scripte-Friedhofs“ beim Autor D. Beetz, Silberdistelweg 21, 99097 Erfurt, Telefon/Fax: 03 61/4 23 28 32; E-Mail: beetz-dietmar@web.de

Werner Voigt, Kromsdorf

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“, warnte Bertolt Brecht in seinem „Arturo Ui“ vor faschistischen Nachfolgern – aber über Brechts Mahnung sind wir inzwischen längst hinaus. Der neugeborene braune Sumpf hat sich seit langem über Deutschland gelegt, bedroht, jagt und mordet. Unverhüllt, fast wie selbstverständlich und oft kaum von nennenswerter Empörung und Entsetzen begleitet, hören und lesen wir auch von Bewaffnung der rechten Szene. Übungszentren sind im Angebot, ganz legal, Namenslisten kursieren mit Personen, die im Visier der neuen Faschisten sind. In diesem Lande, wo gerade grell, laut und fast täglich das Großereignis der „Freiheit und Demokratie“, 30 Jahre „Mauerfall“, gewonnene „Meinungsfreiheit“ gefeiert wird, die Menschenrechts-Chöre ertönen, etabliert sich – politisch mehr oder weniger geduldet – das faschistische Kontrastprogramm. Die Meinungsfreiheit findet kaum freie Meinungen, die laut NEIN zu diesen Umtrieben

sagen. Wo solches ertönt, wird reflexartig die linke Gefahr an die Wand gemalt.

Wie kann das sein? Ist das mit deutscher Verantwortung vor der Geschichte gemeint?

Was ist das für ein Rechtsstaat, der sich und seine Werte feiert, immer wieder die nicht mehr existierende DDR mahnd vorführt und zugleich faschistische Traditionen duldet?

Roland Winkler, Aue

Die KPD-Regionalorganisation Oder/Spree hat in diesem Jahr Putz- und Pflegepatenschaften für zwei Stolpersteine in Frankfurt (Oder) übernommen. Die Stolpersteine sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig. Mit ihnen soll an das Schicksal der Menschen erinnert werden, die zwischen 1933 und 1945 von den Faschisten politisch verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden, an jüdische Opfer, Sinti und Roma, Homosexuelle, Euthanasieopfer und andere.

Vor kurzem haben wir den ersten Einsatz zur Säuberung der Stolpersteine durchgeführt. Während der Reinigung liefen viele Frankfurter an uns vorbei, manch einer schaute sicher auch bewußt weg. Ein junger Mann mit Fahrrad blieb kurz bei uns stehen und sprach sich positiv zu unserem Putzeinsatz aus.

Bleibt zu erwähnen, daß am 12. Juni in unserer Stadt erstmals sieben Stolpersteine gestohlen wurden.

Jens Röstel, Frankfurt (Oder)

Am 25. Juli erschien auf der Internetseite der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ ein Artikel über den Besuch von Frau von der Leyen in Polen. In diesem Artikel hieß es, „... ihr Vater, der frühere niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht, habe als einer der ersten Politiker in der Bundesrepublik die Oder-Neiße-Grenze anerkannt“.

Eine Ungeheuerlichkeit, so die Geschichte zu verfälschen. Es waren die 15 Abgeordneten der KPD, die, wie der Auszug aus dem Protokoll des deutschen Bundestages von der 7. Sitzung am 22. September 1949 beweist, die Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze bezeichneten.

Reimann (KPD): Wir wollen in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern leben und besonders mit den Völkern des Ostens und Südostens.

Gerade die Revision stört nicht nur unser Verhältnis gegenüber Polen, sondern bedeutet in der endgültigen Konsequenz den Krieg! Das darf nicht sein! Unser Volk darf nicht in einem dritten Weltkrieg vernichtet werden. Die Oder-Neiße-Grenze ist die Grenze des Friedens.

(Andauernde erregte Rufe: Pfui! Pfui! – Lärm. – Glocke des Präsidenten. – Erregte Zurufe: Abtreten! Abtreten!)

Ich trete hier nicht ab, bis ich nicht alles gesagt habe!

(Andauernde große Unruhe und Rufe: Pfui! Raus! – Abg. Strauß: Schickt ihn nach Moskau! Ziehen Sie die Uniform an!)

Zurufe: Moskauer Agent! Bezahlter Provokateur!
Dr. Adenauer, Bundeskanzler: Ich habe weiter im Namen der Bundesregierung folgende Erklärung abzugeben: Wir bedauern, daß dieser Saal und diese Rednertribüne durch eine solche Rede des Abgeordneten Reimann, die den deutschen Interessen absolut zuwiderläuft, entweiht worden sind.

Johann Weber, Niederbayern

Im Juni nahm ich an einem von Gisbert Graff und Dr. Carola Weiß organisierten Freundschaftstreffen in Wolgograd teil (s. a. *RF 260*, S. 39). Am ersten Tag besuchten wir den Mama-jew-Hügel – ein beeindruckendes Erlebnis. Die Wachablösung im Saal des Soldatenruhms werde ich wohl nie vergessen. An der dortigen Ewigen Flamme legten wir ein Gebinde für die gefallenen Soldaten nieder.

Das Panorama-Museum zeigt Szenen des Kampfes und soll das größte seiner Art sein. Gegenüber dem Museum stehen noch Reste der Mühle. Diese verteidigte eine Handvoll Soldaten 58 Tage lang gegen die faschistische Wehrmacht.

Zu unserer Gruppe gehörende ehemalige NVA-Offiziere legten einen Kranz am Ewigen Feuer auf dem Platz der gefallenen Helden nieder und salutierten den Gefallenen zur Ehre. In der städtischen Jugendfreizeitstätte trafen wir uns mit Vertretern der Stadt, der Duma und mit Kriegsveteranen. Es war, wohl nicht nur für mich, sehr ergreifend, daß uns der ehemalige Oberbürgermeister und jetzige Duma-Vorsitzende auf Deutsch begrüßte, uns, deren Vorfahren im Auftrage Hitlers ihr Land überfallen hatten und für den Tod von über 27 Millionen Sowjetbürgern verantwortlich waren. Er hieß uns herzlich willkommen, berichtete einiges über die Stadt und freundschaftliche Beziehungen zwischen Wolgograd und der DDR, die bis heute zu den Menschen im Beitrittsgebiet bestehen. Er stellte uns dann einen 94jährigen Kriegsveteranen vor, der u. a. an der Befreiung Berlins teilgenommen hatte.

Übrigens: Auf dem Rückflug nach Berlin las ich die „Moskauer Deutsche Zeitung“. Darin stand ein Interview mit dem Präsidenten von Boscha Rußland, Hansjürgen Overstolz. Er berichtete u. a. über seine ganz unterschiedlichen Erfahrungen in Frankreich und Rußland. Anders als in Rußland passierte es ihm in der Bretagne, daß er darauf angesprochen wurde, was er als Deutscher denn an einem Resistance-Denkmal verloren hätte.

Wolfgang Reinhardt, Nordhausen

Nach dem Ende des INF-Vertrags gilt es, eine neue atomare Aufrüstung zu verhindern. Die Kriegsdrohungen der USA und der NATO müßten alle Menschen aufrütteln, gegen diese schnell anwachsende und reale Kriegsgefahr aktiv zu werden. Sicherheit in Europa gibt es nur *mit* und *nicht gegen* Rußland!

Gerade unsere Heimatstadt Torgau, Stadt der

Begegnung, die jedes Jahr an den „Geist der Elbe“ erinnert, sollte sich der Initiative „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) anschließen, der in Deutschland mittlerweile 665 Mitglieder angehören (Stand 5. August). Am 8. Juli jeden Jahres werden bundesweit vor den Rathäusern dieser Städte sichtbare Zeichen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen gesetzt. Die Stadt Torgau wäre dann zumindest in Nordsachsen die erste Stadt, die sich klar zu dieser Friedensinitiative bekennt.

Elke und Gerd Brucks, Torgau

Wie ein aus dem Hut gezaubertes Kaninchen taucht plötzlich Frau von der Leyen auf und wird prompt Präsidentin der Europäischen Kommission. Wie konnte denn das passieren? Sind das nun die neuen demokratischen Prozesse? Wo kommen denn plötzlich die ganzen Vorschublorbeeren her?

In mir werden aber Erinnerungen wach, an den Film „Die tollkühnen Männer in ihren fliegenden Kisten“. Gerd Fröbel spielt dort den Colonel Manfred von Holstein. Er sagt sinngemäß, ein Offizier könne alles und studiere während seiner Flugversuche die Bedienungsanleitung seines Flugzeugs. Das Ganze fällt dann auch folgerichtig ins Wasser. Frau von der Leyen war aber nie Offizier, und ich habe den Verdacht, daß es für die Führung eines Verteidigungsministeriums auch keine Bedienungsanleitung gab und für die Präsidentschaft der EU-Kommission ebenfalls nicht.

Jetzt aber habe ich wirklich Sorge um Europa. Ich denke, bezogen auf den kapitalistischen Staat, an ein Zitat von Kurt Tucholsky: „Eine Regierung ist nicht der Ausdruck des Volkswillens, sondern der Ausdruck dessen, was ein Volk erträgt.“ (1934)

Jürgen Barz, Wismar

Zu: Wissenschaftliche Weltanschauung (VII. Weltkongreß der KI), RF 257, S. 16/17

Auf dem 1935 in Moskau durchgeführten VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (KI) hielt Wilhelm Pieck den Rechenschaftsbericht, dem in einer Resolution vom 1. August 1935 zugestimmt wurde. Die Materialien wurden im Dietz-Verlag, Berlin 1975, veröffentlicht.

Neben dem Referat sind in diesem Buch u. a. die Rede Georgi Dimitroffs „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“, die Rede Ercolis (Palmiro Togliatti) „Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“ sowie die Rede D. S. Manuilskis „Der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion und seine weltgeschichtliche Bedeutung“ enthalten.

In der Resolution zum Rechenschaftsbericht hieß es: „Der Weltkongreß ... verweist auf die Unterschätzung der Wichtigkeit der Massenarbeit unter den Jugendlichen sowohl seitens der kommunistischen Jugendverbände als auch seitens der kommunistischen Parteien und auf die Schwäche dieser Arbeit in einer Reihe von Ländern, fordert das EKKI und das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale auf, wirksame Maßnahmen zur Überwindung der sektiererischen Abkapselung einer Reihe von kommunistischen Jugendver-

bänden zu treffen, ... die Jugend zum Kampf gegen Militarisierung, Zwangsarbeitsdienstlager, für die Verbesserung ihrer materiellen Lage, für die Rechte der jungen werktätigen Generation zu mobilisieren und zu diesen Zwecken auf die Herstellung einer breiten Einheitsfront aller nichtfaschistischen Massenorganisationen der Jugend hinzuwirken.“

Ich stelle mir die Frage: Welche Schlußfolgerungen müssen wir heute daraus ziehen?

Dr. jur. Klaus Emmerich, Edertal

Richard Grenell ist offiziell US-Botschafter in Deutschland, de facto aber so etwas wie ein Besatzungsbeamter, jedenfalls benimmt er sich so. Seine neueste „Eingebung“: Die Deutschen müßten sich dankbar zeigen, daß die USA, oder noch besser, ihre Bürger, gutes Steuergeld für 50 000 in Europa stationierte Amerikaner bezahlen, ohne daß dies je angemessen gewürdigt worden wäre. Deshalb „drohte“ Grenell unverschlüsselt mit einem (Teil-)Abzug der US-Truppen aus Deutschland. Flugs gesellte sich die US-Botschafterin in Polen, Georgette Mosbacher, an seine Seite und erklärte, „wir“, die USA, die Polen würden es begrüßen, wenn die amerikanischen Truppen nach Polen kämen.

Im ersten Reflex könnte man ja sagen: Gut so, Hauptsache sie nehmen auch das komplette atomare Zubehör mit. Doch allen Satire-Kommentaren zum Trotz, die Sache ist so einfach nicht. Die Truppen wären ja schon vor mehr als 70 Jahren dort, wenn die Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition in Jalta im Februar 1945 und später die Staaten des Warschauer Vertrags dies nicht verhindert hätten. Das Ziel der westlichen Alliierten der Anti-Hitler-Koalition wurde schon unmittelbar nach der Potsdamer Konferenz neu justiert: Richtung Moskau.

Die diplomatischen Verrenkungen des deutschen Außenministers werden nicht lange auf sich warten lassen. Eines aber wird er mit absoluter Sicherheit nicht sagen, nämlich, daß die USA seit 1945 in Europa nie als Schutzmacht aufgetreten sind, daß sie stets nur ihre ureigenen Interessen als Weltmacht verfolgt haben und speziell die Westzonen Deutschlands bzw. die spätere Bundesrepublik als Startrampe für eine militärische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion präparieren wollten.

In einer Bundespressekonferenz Mitte August wurde auf eine Frage nach der deutschen Haltung zum „angedrohten“ Truppenabzug aus Deutschland gesagt, daß damit nicht zu rechnen sei. Schließlich wisse man in Washington, daß das hier stationierte US-Militärpersonal die Sicherheit der USA garantiere. Besser kann man es nicht ausdrücken, um Deutschland zu einem „Bundesstaat“ der USA zu erklären. Peter Struck „reloaded“ und erweitert: Deutschland wird am Hindukusch verteidigt, die USA am Rhein.

Deshalb werden auch keine Verschiebungen im Militärapparat stattfinden. Und die derzeitigen Machthaber in Polen, die sich ja noch ein wenig näher an der russischen Westgrenze befinden, werden zusätzlich bedient.

Ich würde es – im Interesse von Frieden und Sicherheit – begrüßen, wenn der komplette US-Militärapparat aus Europa verschwinden würde.

Hans Schoenefeldt, Berlin





Richtlinienkompetenz

Karikatur: Freimut Woessner

■ Regionalgruppe Berlin-Hohenschönhausen

Am 30. Oktober um 18 Uhr spricht Rechtsanwalt Hans Bauer, Vorsitzender der GRH e. V., zum Thema: **Umgang der heutigen Machthaber in der BRD (Politik und Justiz) mit der Geschichte der DDR**

Ort: Nachbarschaftshaus im Ostseevierviertel, Ribnitzer Straße 1 B, 13051 Berlin

■ Veranstaltung Anfang November

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am 2. November um 10 Uhr spricht Bruno Mahlow, Mitglied des Ältestenrates der Partei Die Linke, zum Thema: **Die gegenwärtige internationale Lage unter dem Aspekt des wirtschaftlichen und militärischen Drucks der NATO, insbesondere der USA, auf China und Rußland**

Ort: Bürgertreff, Fontaneplatz 2, 15711 Königs Wusterhausen

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger, Wolfgang Metzger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluss für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Konstantin Brandt
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Eberhard Herr
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Erik Höhne
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Ralf Jungmann
Marcel Kunzmann

Rudi Kurz

Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Herbert Meißner
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Cornelia Noack
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Prof. Dr. Rolf Sieber
Gisela Steineckert
Peter Steiniger
Johann Weber
Theodor Weißborn
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel
Dr. Reiner Zilkenat

Künstlerische Mitarbeit:

Dieter Eckhardt, Siegfried Lachmann,
Heinrich Ruynat, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

oder Heiner Brendel

Tel. 030-654 45 94
Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Thiele

Prerower Platz 6, 13051 Berlin
Tel. 030-981 56 74

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.